

# HAMBURGER BEITRÄGE

zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik

---

## **Jahresbericht 1995**

Heft 100  
Hamburg, Januar 1996

## **Impressum**

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg besteht seit dem Juni 1971 und ist eine unabhängige Einrichtung in Form einer Stiftung des Bürgerlichen Rechts. Laut Satzung ist es Zweck der Institutsarbeit "sich im Rahmen der Friedensforschung speziell mit sicherheitspolitischen Problemen zu befassen und dabei die Kriterien von freier Forschung und Lehre, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Publizierung der Forschungsergebnisse zu erfüllen". Im Sinne dieser Aufgaben gibt das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik die Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik heraus.

Das Kuratorium setzt sich zusammen aus: Staatsrat Hermann Lange, Behörde für Wissenschaft und Forschung, (Vorsitzender); Dr. Jürgen Lühje, Präsident der Universität Hamburg (Stellv. Vorsitzender); Dr. Johannes Bastian, Fachbereich Erziehungswissenschaft; Staatsrat a.D. Helmut Bilstein, SPD-Hamburg; Uli Cremer, GAL-Hamburg; Dr. Hartmut Delmas, Literaturwissenschaftliches Seminar; Prof. Dr. Leoni Dreschler-Fischer, Institut für Experimentalphysik; Manon Hamann, Studentenvertreterin; Klaus Lattmann, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, CDU-Hamburg; Prof. Dr. Heinz Renn, Institut für Soziologie; Prof. Dr. Rainer Tetzlaff, Institut für Politische Wissenschaft.

Die Hamburger Beiträge erscheinen in unregelmäßiger Folge. Für Inhalt und Aussage der Beiträge sind jeweils die Autoren verantwortlich. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des IFSH. Bestellungen können nur in begrenztem Umfang angenommen werden. Anfragen an:

**Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik  
an der Universität Hamburg (IFSH)  
Falkenstein 1, D - 22587 Hamburg  
Tel.: 040/86 90 54 - 56, Fax 866 36 15**

**Redaktion: Susanne Bund**

**ISSN 0936 - 0018 ISSN 0936 - 0026**

## Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	5
2. Zur Arbeit des IFSH 1995	8
2.1. Arbeitsschwerpunkte	10
2.1.1. ESG	10
2.1.2. OSZE und OSZE-Jahrbuch	16
2.1.3. GUS/Osteuropa	22
2.1.4. Weltinnenpolitik	25
2.2. Tagungen und Arbeitskreise	30
2.2.1. Peacekeeping at a Crossroad	30
2.2.2. Deutschland, Polen, Rußland und die europäische Sicherheit	32
2.2.3. Kooperative Sicherheitspolitik in Südasien	36
2.2.4. Die OSZE und die europäische Sicherheitspolitik im Umbruch	38
2.2.5. Falkensteiner Gesprächskreis	41
2.2.6. Phantastische Zeiten	44
2.2.7. Wohin treibt Deutschland?	45
2.3. Expertisen	46
2.3.1. TAB	46
2.4. Friedensgutachten 1995	49
2.5. Öffentlichkeitsarbeit	51
2.6. Die Arbeit der Pädagogin	54
2.7. Internationales Fellowship-Programm	56
2.8. Lehrtätigkeit	58
2.9. Personalia	60
2.9.1. Nachwuchsförderung	63
2.9.2. Praktika	64
2.10. Drittmittel und sonstige Finanzierungen	65
2.11. Sonstiges	67
3. Forschungsprojekte	70
4. Veröffentlichungen	113

<b>5. Anhang</b>	<b>133</b>
5.1. Interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Naturwissenschaftler und internationale Sicherheit"	133
5.2. Reihenübersicht	136
5.3. Kontakte des IFSH (Auswahl)	138
5.4. Resonanz auf die Arbeit des IFSH (Auswahl)	142

## 1. Vorwort

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) wurde im Sommer 1971 als Stiftung bürgerlichen Rechts gegründet. Stiftungsträgerin ist die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Behörde für Wissenschaft und Forschung. Die Organe des Instituts sind: Stiftungsvorstand, Kuratorium, Wissenschaftlicher Beirat und Institutsrat. Stiftungsvorstand ist der jeweilige wissenschaftliche Direktor.

Das Themenspektrum der Friedensforschung ist außerordentlich breit. Es findet in der Satzung des IFSH und im Namen des Instituts insofern eine Einschränkung, als der Schwerpunkt der Institutsarbeit bei friedenswissenschaftlichen Fragestellungen mit sicherheitspolitischen Bezügen liegen soll. Entsprechend standen im Mittelpunkt der Institutsprojekte der vergangenen Jahre Probleme der militärischen Kräfteverhältnisse und der Kooperativen Rüstungssteuerung (arms control), Themen wie Rüstungsdynamik, Kriegsgefahr und Rüstungskonversion, die Suche nach sicherheitspolitischen Alternativen, aber auch Fragen ökonomischer und ökologischer Aspekte von Sicherheit sowie Konzepte einer Neuen Europäischen Friedensordnung (NEFO) und eines Systems Kollektiver Sicherheit in und für Europa (SKSE).

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre arbeitete ein Teil der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts vorrangig an einer Konkretisierung des Konzepts Gemeinsamer Sicherheit (GS). Dazu gehörten auch Fragen der "Konventionellen Stabilität" und der "Strukturellen Angriffsfähigkeit" unter besonderer Berücksichtigung auch der Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE).

Seit 1989 beteiligt sich das IFSH an der Diskussion der revolutionären Umbrüche in den Staaten Mittel- und Osteuropas. Der Bereich Rußland/Osteuropa und Gesamteuropäische Integration ist mittlerweile einer der Schwerpunkte der Institutsarbeit. Seit 1992 arbeitet ein Teil der Institutsmitarbeiter und -mitarbeiterinnen darüber hinaus an einem Konzept einer Europäischen Sicherheitsgemeinschaft (ESG), in das u.a. die Vorarbeiten des Instituts zu einem System Kollektiver Sicherheit und die Resultate der Diskussion Gemeinsamer Sicherheit weitgehend einfließen. 1995 legte das IFSH ein erstes umfangreiches Buch zur ESG vor;

zugleich verlagerte das Institut in Folge der Ergebnisse der ESG-Studie einen Teil seiner Schwerpunktarbeit auf Untersuchungen zur Tätigkeit und Fortentwicklung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

Seit 1993 schließlich diskutiert das Institut im Rahmen eines neuen interdisziplinären Forschungsschwerpunktes eine Reihe globaler Risiken, Gefahren, Bedrohungen nicht-militärischer Art und ihre Rückwirkungen auf Frieden und Sicherheit. Der neue Forschungsschwerpunkt läßt sich vorläufig mit dem Arbeitstitel "Weltinnenpolitik" und dem Grundgesetzauftrag "... dem Frieden dienen" zusammenfassen.

Die Ergebnisse der Institutsarbeit werden in einer Vielzahl von Schriften publiziert. Ein Großteil der Buchpublikationen erscheint in der Schriftenreihe Demokratie, Sicherheit, Frieden (vormals: Militär, Rüstung, Sicherheit), ein Teil der Aufsätze in der Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F).

Das IFSH selbst gibt vier Reihen heraus: Die "Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" richten sich eher an einen fachwissenschaftlichen Adressatenkreis; die "Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" sind dagegen für eine breitere Öffentlichkeit gedacht; die "Pädagogischen Informationen" schließlich sind auf die schulische und außerschulische Bildungsarbeit ausgerichtet. Ergänzt werden diese drei Veröffentlichungsreihen seit 1991 durch den Rundbrief "IFSH-aktuell". IFSH-aktuell soll die interessierte Öffentlichkeit in knapper Form über neue Projekte, Veranstaltungen, aktuelle Stellungnahmen, Besucher und Veröffentlichungen des Instituts informieren. Alle vier IFSH-Reihen bzw. deren Veröffentlichungen sind - soweit vorrätig - kostenlos erhältlich.

Neben den Reihen gibt das Institut seit 1987 zusammen mit zwei weiteren Einrichtungen alljährlich das "Friedensgutachten" heraus. Seit 1994 schließlich ist das IFSH mit der Aufgabe betraut, das Jahrbuch der OSZE, also das Jahrbuch zur Arbeit der 53 Staaten, die sich in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zusammengeschlossen haben, herauszugeben. Das erste OSZE-Jahrbuch erschien 1995 beim Nomos-Verlag, Baden-Baden.

Die Ergebnisse des Instituts werden jedoch nicht nur schriftlich vorgelegt. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Instituts nehmen vielmehr (teilweise in ständiger Lehrtätigkeit) seit 1971 auch Lehraufträge an der Universität Hamburg, an der Universität der Bundeswehr Hamburg und anderen Hochschulen innerhalb und außerhalb Hamburgs wahr. Darüber hinaus bemüht sich das IFSH durch ständige Kooperation und eine Vielzahl von Diskussionen sowie über verschiedene Formen der Öffentlichkeitsarbeit nicht nur um die Vermittlung seiner Ergebnisse an andere in- und ausländische Institute und Fachexperten, sondern auch um ihre Umsetzung in Politik, Exekutive, Medien und Bildungseinrichtungen. Diesem Zweck dient auch der 1995 gegründete Falkensteiner Gesprächskreis. Er hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, hochrangige Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, aber auch anderen Bereichen wie zum Beispiel Militär und Medien, zusammenzuführen. Aufgabe soll es sein, strategische Überlebensfragen der Menschheit in Beziehung zu den praktischen Schritten einer friedlichen Weltinnenpolitik zu setzen.

Zu den Serviceleistungen für die Öffentlichkeit gehören ferner die Bibliothek und die Dokumentation des Instituts. Beide sind öffentlich zugänglich. In ihnen stehen annähernd 20 000 Bände, ca. 140 laufend geführte Zeitschriften und das ausgewertete Material aus etwa zwei Dutzend in- und ausländischen Zeitungen sowie Presse- und Informationsdiensten zur Verfügung.

Am IFSH sind in der Regel etwa 30 wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen tätig, darunter auch ausländische Fellows, abgeordnete Offiziere des Bundesministeriums der Verteidigung sowie Beamte des Auswärtigen Amtes und Pädagogen und Pädagoginnen der Schulbehörde. Wie bereits diese Aufzählung zeigt, findet das Institut Hilfe und Unterstützung bei einer Vielzahl von Personen und Institutionen. Die Hauptlast der Finanzierung ruht aber zweifelsohne bei der Stiftungsträgerin, der Freien und Hansestadt Hamburg. Ihr, bzw. ihren Bürgerinnen und Bürgern, gilt deshalb unser besonderer Dank.

Hamburg, Januar 1996

Dieter S. Lutz

## **2. Zur Arbeit des IFSH 1995**

Im Mittelpunkt der Institutsarbeiten im Jahre 1995 stand zum einen die Fortentwicklung des Konzeptes für ein System Kollektiver Sicherheit in und für Europa, der "Europäischen Sicherheitsgemeinschaft (ESG)" (vgl. Abschnitt 2.1.1.), zum anderen die Analyse der Umbrüche und Konflikte in der GUS und in Osteuropa und deren Folgen (vgl. Abschnitt 2.1.3.), ferner die Fortführung der ersten Arbeiten im neuen interdisziplinären Forschungsschwerpunkt "Weltinnenpolitik" (vgl. Abschnitt 2.1.4.). Daneben wurden wieder eine Reihe von Studien zu aktuellen Problemen, z.B. zur Lage im ehemaligen Jugoslawien und zum Peacekeeping der Vereinten Nationen vorgelegt. Genannt werden sollte auch die Ausrichtung und Durchführung von nationalen und internationalen Tagungen und Konferenzen des IFSH (vgl. Abschnitte 2.2.1. bis 2.2.6.), darunter auch zwei im Ausland (Kanada und Polen).

Eine Reihe von Ergebnissen und Aktivitäten des IFSH und seiner Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen lassen es zu, den Berichtszeitraum 1995 als in besonderem Maße erfolgreich zu bezeichnen. Zu ihnen gehört die erstmalige Veröffentlichung des OSZE-Jahrbuches (vgl. Abschnitt 2.1.2. und 2.2.4.), der Abschluß des gemeinsam von allen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen des IFSH getragenen und publizierten ESG-Buches (vgl. Abschnitt 2.1.1.), die Erstellung einer umfangreichen Studie für das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) zum Thema präventiver Rüstungskontrolle (vgl. Abschnitt 2.3.1.). Zu nennen ist auch die Einwerbung von Mitteln der VW-Stiftung für ein "Internationales Fellowship-Programm Graf Baudissin" (vgl. Abschnitt 2.7.), das zwanzig Vertretern der jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas ermöglichen soll, sich am IFSH mit dem Aufbau demokratischer Streitkräfte zu beschäftigen. Zu nennen ist schließlich auch die Gründung eines "Falkensteiner Gesprächskreises", der hochrangige Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft am IFSH zusammenführt (vgl. Abschnitt 2.2.5.).

Die Forschungsprojekte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Institutes werden im folgenden detailliert im Abschnitt 3 aufgeführt; die Ergebnisse der Forschungsarbeiten in Form von Veröffentlichungen werden in den Abschnitten 4. und 5.2. aufgelistet. Ausführungen zum Friedensgutachten der drei Friedensforschungsinstitute, das im Berichtszeit-



raum turnusgemäß unter der Federführung des IFSH erstellt wurde, finden sich in Abschnitt 2.4. Die Breite der Tätigkeiten und Initiativen, aber auch die Unterschiedlichkeit der Kooperations- und Adressatenkreise, die das Institut mit seiner Arbeit bzw. seinen Arbeitsergebnissen zu erreichen sucht, werden in den Abschnitten 2.1. ff und im Anhang illustriert.

## **2.1. Arbeitsschwerpunkte**

### **2.1.1. Arbeitsschwerpunkt Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG)**

Die wissenschaftliche Analyse von Problemen des Friedens und der Sicherheit in Europa stellt eine der Aufgaben dar, die dem IFSH durch seine Satzung vorgegeben ist. Einen historischen Augenblick lang schien der Eindruck begründet, diese eine Aufgabe aus dem Spektrum der Zielsetzungen und Funktionen des IFSH würde sich politisch erledigen. Dem Ende des Ost-West-Konflikts ging die Hoffnung auf eine dauerhafte Sicherung des Friedens mangels kriegsträchtiger Konfliktgründe einher. Inzwischen zählt Europa in den fünf Jahren der postkonfrontativen Ära ein Vielfaches mehr an Kriegstoten als in den fünf Jahrzehnten des Kalten Krieges zuvor; die Hoffnung hat getrogen.

Vor fünf Jahren war nicht absehbar, daß in den nachfolgenden Monaten und Jahren in Staaten wie Jugoslawien, Moldawien, Georgien und Armenien geschossen und getötet wird. Heute sind die Kriegsschauplätze der kommenden Jahre unbekannt. Aber die Beschaffenheit der europäischen, insbesondere der osteuropäischen Konfliktgeographie macht die Annahme wahrscheinlich, daß dann weiterhin einige der alten, vermehrt um einige neue Krisenherde militärische Gewalt hervorbringen werden. Anders als gestern bei Untersuchungen zur Ost-West-Konfrontation sind heute die Streitparteien von morgen nicht eindeutig identifizierbar. Frieden in Europa wird mehr denn je zu einer generellen Frage politisch-institutionell-organisatorischer Konfliktprävention und Sicherheitsvorsorge.

Das IFSH hat bereits im Frühjahr 1990, wenige Monate nach dem Systembruch in Osteuropa, eine erste Skizze der Grundzüge eines regionalen Systems Kollektiver Sicherheit in Europa vorgelegt. Es konnte hierbei auf die vielfältigen Studien zurückgreifen, die am IFSH seit Beginn der 80er Jahre (vgl. z.B. Heft 1/1984 der Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) zum Themenschwerpunkt "Kollektive Sicherheit - Eine Alternative?") zu dieser Thematik erarbeitet wurden bzw. sich so die in langjähriger Forschungstätigkeit erworbene Expertise seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zunutze machen.

Im April 1993 veröffentlichte das IFSH einen ersten Zwischenbericht mit dem Titel "Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts. Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) als Garant von Sicherheit und Frieden - Eine Studie des IFSH" (Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 75). Er wurde im Rahmen einer Reihe von Veranstaltungen und Arbeitskreisen diskutiert, darunter eine interne Tagung am IFSH am 1. und 2. Februar 1993 (vgl. auch Jahresbericht 1993, Abschnitt 2.2.1.), ein internationales Symposium im Dezember 1993 (vgl. auch Jahresbericht 1993, Abschnitt 2.2.3.) sowie der Arbeitskreis "Völkerrecht und Friedensordnung". Er ist ferner in ein Buch eingeflossen, das von Dieter S. Lutz unter dem Titel "Deutschland und die Kollektive Sicherheit" (Opladen 1993) veröffentlicht wurde. Ein Teil der ergänzenden Beiträge und Kritiken schließlich wurde unter dem Themenschwerpunkt "ESG" als Ausgabe 3/1993 der Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) publiziert. Darüber hinaus wurde 1994 ein Sammelband zu den Ergebnissen des Internationalen Symposiums vom Dezember 1993 fertiggestellt und in der Reihe "Demokratie, Sicherheit, Frieden" unter dem Titel "Egon Bahr/Dieter S. Lutz (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) veröffentlicht.

Mittlerweile haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH die Arbeiten zur ESG vertieft und erweitert. Zu den Ergänzungen gehören u.a. eine Analyse der gegenwärtigen defizitären Sicherheitsarchitektur, die Einarbeitung der obligatorischen Schiedsgerichtbarkeit in das Gesamtkonzept und die Darstellung möglicher Umsetzungsschritte. Die Ergebnisse der Diskussionen wurden 1995 von der Stiftung für Entwicklung und Frieden, Bonn, in der Reihe EINE WELT unter dem Titel "Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft. Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert" publiziert.

Die ESG selbst wird im Vorschlag des IFSH als ein System kollektiver Sicherheit verstanden. Sie funktioniert so, wie die Vereinten Nationen ihrer Gründungsabsicht zufolge funktionieren sollten, aber aus unterschiedlichen Gründen weder während des Kalten Krieges noch danach funktionieren konnten: nach dem Prinzip des konsequenten Einstehens der Gemeinschaft für die Sicherheit jedes einzelnen ihrer Mitglieder. Große, wie kleine Staaten stehen unter gleichem Recht, erhalten gleiche Sicherheit, übernehmen gleiche Verpflichtungen. Die verlässliche Funk-

tionsfähigkeit verlangt dazu einen begrenzten Schritt von der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zu einem übernationalen Mechanismus; deshalb wird die Gewaltoption, die letzte Zuflucht des Rechts auf Sicherheit, aus der Verfügung der Einzelstaaten bzw. ständiger oder zeitweiliger Interessenkoalitionen in die Obhut der internationalen Rechtsgemeinschaft überführt. Das meint die Leitidee von der Ablösung des Rechts des Stärkeren durch die Stärke des Rechts.

Folgende Merkmale charakterisieren das Konzept:

1. *Rechtscharakter*: Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft ist eine regionale Abmachung im Sinne des Kapitels VIII der Charta der Vereinten Nationen.
2. *Beitrittskreis*: Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft steht zum Beitritt allen Mitgliedstaaten der OSZE offen.
3. *Beitrittsanforderung*: Die Mitglieder der Europäischen Sicherheitsgemeinschaft verpflichten sich zur Einhaltung des ESG-Vertrages. Insbesondere verpflichten sie sich rechtsverbindlich, auf die Anwendung von Gewalt bei der Lösung von Konflikten verzichten. Sie verpflichten sich ferner, die Minderheiten- und Menschenrechte zu achten. Mit dem Beitritt zur ESG ist automatisch der Beitritt zum obligatorischen (Schieds-)Gerichtshof der Gemeinschaft verbunden.
4. *Organisationszweck*: Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft dient der Aufrechterhaltung des Friedens. Diesen Organisationszweck erfüllt die ESG mittels Gewaltverhütung durch friedliche Streitbeilegung. Dazu dient ihr ein breiter Fächer ziviler Einwirkungsmittel von der obligatorischen (Schieds-)Gerichtsbarkeit ("Aggressor in einem bewaffneten Konflikt ist, wer sich dem Schiedsverfahren entzieht") über klassische und unkonventionelle politische Einflüsse bis zur Verhängung wirtschaftlicher Sanktionen.
5. *Militärischer Beistand*: Militärischer Waffeneinsatz bleibt die äußerste Sanktion gegen Bruch der ESG-Regeln, gegen Aggression oder zur Beendigung bereits ausgebrochener militärischer Gewalt. Sollte zu Zwangsmaßnahmen gegriffen werden müssen, stehen

hierfür (neben nationalen) auch systemeigene Verbände zur Verfügung. Der Einsatz von Streitkräften unterliegt dabei der ausschließlichen Verantwortung der Gemeinschaft im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen. An die Stelle von Intervention tritt Ordnungsrecht.

6. *Abrüstung*: Die kollektive Sicherheitsleistung der Gemeinschaft senkt den verteidigungspolitischen Selbstvorsorgebedarf ihrer Mitglieder, was militärische Abrüstung in erheblichen Größenordnungen ermöglicht.
7. *Handlungsfähigkeit*: Um die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft sicherzustellen, wird der Generalsekretär als eine nationalen Interessen nicht verpflichtete Institution mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet, über die er autonom verfügen kann, soweit andere Organe der ESG die behandelten Angelegenheiten nicht an sich ziehen. Die Kompetenzverteilung zwischen den entscheidungsbefugten Organen ist so geregelt, daß in einem System von "checks and balances" eine gegenseitige Kontrolle gewährleistet wird, jedoch ohne die negative Konsequenz einer gegenseitigen Lähmung der Gremien.
8. *Demokratischer Entscheidungsprozeß*: Der Entscheidungsprozeß der ESG-Organen - neben dem (Schieds)Gerichtshof ein Europäischer Sicherheitsrat, eine Ständige Kommission und der Generalsekretär - ist in hohem Maße demokratisiert, indem er unter Beteiligung der größtmöglichen Zahl von Mitgliedstaaten, jedoch ohne einzelstaatliches Vetorecht, abläuft.
9. *Finanzierung*: Die Finanzierung der Europäischen Sicherheitsgemeinschaft ist so zu regeln, daß sie nicht durch Mittelverknappung lahmgelegt werden kann.
10. *Außenbeziehungen*: Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft wird ihre Außenbeziehungen zu Nichtmitgliedstaaten, zu den Vereinten Nationen und zu den Bündnisorganisationen nach dem Grundsatz engstmöglicher Kooperation gestalten, um auch jenseits ihres geographischen Geltungsbereichs zu einem Faktor sicherheitspolitischer Stabilität zu werden.

Nach Ansicht des IFSH läßt sich eine effektive und funktionierende Europäische Sicherheitsgemeinschaft aus der OSZE heraus entwickeln. Zu den erforderlichen Reformmaßnahmen der OSZE gehören:

- die Schaffung einer völkerrechtlich verbindlichen Grundlage für die OSZE;
- die Effektivierung der Entscheidungsstruktur der OSZE nach dem Mehrheitsprinzip und ohne Vetorecht;
- die Einrichtung eines gesamteuropäischen Sicherheitsrates;
- die Stärkung der Position und Erweiterung der Kompetenzen des OSZE-Generalsekretärs;
- die Einrichtung eines obligatorischen und rechtsverbindlich entscheidenden (Schieds-)Gerichtshofes nach dem Vorbild des Artikel 24 Absatz 3 GG;
- die Aufstellung von systemeigenen Friedenstruppen inklusive von Verfügungstruppen für den Generalsekretär sowie die Einrichtung eines Militärstabes;
- die Einführung des Prinzips "zuerst OSZE" (OSCE first).

Das IFSH wird diese und ähnliche Vorschläge auch weiterhin in enger Diskussion mit der politischen Praxis ausarbeiten. Eine erste Diskussionsrunde z.B. mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages ist bereits für Januar 1996 festgelegt.

Veröffentlichungen zum Arbeitsschwerpunkt ESG:

- Kollektive Sicherheit - Eine Alternative? Themenschwerpunktheft der Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S + F) 1/1984.
- Volker Böge/Peter Wilke, Sicherheitspolitische Alternativen. Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Diskussion, Baden-Baden 1984.
- Dieter S. Lutz (Hrsg.), Kollektive Sicherheit in und für Europa - Eine Alternative? Beiträge zur Utopie und Umsetzung einer neuen Friedens- und Sicherheitspolitik, Baden-Baden 1985.

- Dieter S. Lutz, Sicherheit 2000. Gemeinsame Sicherheit im Übergang vom Abschreckungsregime zu einem System Kollektiver Sicherheit in und für Europa, Baden-Baden 1991.
- Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts. Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) als Garant von Sicherheit und Frieden - Eine Studie des IFSH, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 75, Hamburg 1993.
- From the Law of the Strongest to the Strength of the Law. A European Security Community (ESC) to Safeguard Peace and Security - A Study by the Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 75, Hamburg 1993.
- Dieter S. Lutz, Deutschland und die Kollektive Sicherheit. Politische, rechtliche und programmatische Aspekte, Opladen 1993.
- Egon Bahr/Dieter S. Lutz (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG). Teil I des Symposiums über die Perspektiven Europäischer und globaler Friedens- und Sicherheitspolitik im Rahmen der Veranstaltungen der Freien und Hansestadt zum 50. Jahrestag der Luftangriffe auf Hamburg, Baden-Baden 1994/95.
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft. Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, Bonn 1995.

### **2.1.2. OSZE und OSZE-Jahrbuch**

Am 1. August 1975 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs von 33 europäischen Staaten sowie der USA und Kanadas die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki. Kritiker der KSZE vertraten damals die Ansicht, durch die Schlußakte werde der Status quo, d.h. die Teilung Europas, festgeschrieben. Zwei Jahrzehnte später wissen wir vom Gegenteil zu berichten: Die KSZE hat nicht den Status quo stabilisiert, sondern die Rahmenbedingungen zu seiner Überwindung geschaffen - z.B. als Berufungsgrundlage für die friedlichen Freiheitsrevolutionen in Mittel- und Osteuropa. Ohne KSZE keine Abschaffung des Abschreckungssystems, kein Ende des Ost-West-Konflikts, keine Wiedervereinigung Deutschlands. Wäre die KSZE nicht geschaffen worden, sie hätte - ex post betrachtet - erfunden werden müssen.

Aber auch nach Überwindung des Ost-West-Konfliktes gilt, daß keines der gravierenden Probleme Europas dauerhaft gelöst werden kann, wenn nicht die Sicherheitsfrage gelöst ist. Der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), wie die KSZE seit 1995 heißt, kommt damit auch für die Zukunft eine Schlüsselrolle zu. Gleichwohl gibt es bis heute kein Periodikum, das die KSZE/OSZE und ihre Arbeit über die Zeit hinweg begleitet, beschreibt, analysiert, kritisiert, würdigt.

Während auf einer Vielzahl von Sachfeldern Jahrbücher herausgegeben werden und auch andere europäische bzw. internationale Organisationen sich durch Eigen- und Fremddarstellungen intensiv der Öffentlichkeit präsentieren, fehlt es bislang an vergleichbaren Publikationen über die OSZE. Eine Ausnahme bildet lediglich der sehr kurz und bündig gehaltene englischsprachige Helsinki-Monitor. Vor einer ausreichenden Information über die Aktivitäten der OSZE und einer wissenschaftlichen unabhängigen Analyse ihrer Arbeit kann keinesfalls gesprochen werden. Dies gilt vor allem auch für den deutschsprachigen Raum.

Auch eine internationale Institution wie die OSZE braucht dringend Öffentlichkeit. Richtig ist zwar, daß der Erfolg präventiver Diplomatie, wie sie von der OSZE betrieben wird, stille und diskrete Aktivitäten voraussetzt. Doch je erfolgreicher die OSZE stille präventive Diplomatie betreibt, desto weniger wird sie in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Ein



Konflikt, der nicht stattgefunden hat, ist keine Meldung. Bleiben Aktivitäten, Leistungen und Erfolge einer Institution aber unbekannt, so gerät sie über kurz oder lang ins Abseits, wird für überflüssig gehalten, verliert ihre Unterstützung, unter Umständen sogar ihre materiellen Zuwendungen. Umgekehrt kann Kritik nur seriös üben, wer Daten und Fakten kennt und um die Erfolge und Mißerfolge weiß. Aber auch, wenn die Existenz der internationalen Institution nicht in Frage gestellt wird, sondern im Gegenteil ihr Ausbau notwendig ist und ihre Leistungsfähigkeit gestärkt werden soll, so bedarf es oftmals als Anstoß des öffentlichen Interesses, gelegentlich auch des öffentlichen Drucks, sei es bei inhaltlichen Fragen, sei es im Streit um Finanzen, Ressourcen, Kompetenzen. Nicht zuletzt aus diesen und ähnlichen Gründen haben auch die KSZE-Staaten selbst in einem "Zusatzdokument zur Durchführung einiger Bestimmungen der Charta von Paris für ein neues Europa", also im Rahmen der Erklärung des Pariser KSZE-Treffens der Staats- und Regierungschefs am 21. November 1990, beschlossen, daß das Sekretariat der KSZE "Jahrbücher" herausgibt.

Das im Jahresbericht 1994 angekündigte unter Federführung des IFSH 1995 erstmals veröffentlichte OSZE-Jahrbuch will versuchen, sowohl das beschriebene öffentliche Defizit abzudecken als auch dem Beschluß der KSZE und der Pariser Charta von 1990 selbst zu entsprechen. Anläßlich des 20. Jahrestages der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte auf einem vom IFSH veranstalteten internationalen Symposium am 8. September 1995 der Öffentlichkeit vorgestellt (vgl. Abschnitt 2.2.4.), fand das OSZE-Jahrbuch eine breite positive Resonanz, sei es bei den Medien, sei es in der Politik oder in der Wissenschaft. Mittlerweile wird das Jahrbuch übersetzt und soll im Frühjahr 1996 in Moskau auch in russischer Sprache vorgelegt werden.

Herausgeber des Jahrbuches ist das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), vertreten durch seinen Direktor Dr. Dr. Dieter S. Lutz, in Kooperation mit folgenden Personen und Institutionen:

- Prof. Dr. Adam Daniel Rotfeld,  
Direktor des Stockholm International Peace Research Institute  
(SIPRI)

- Dr. Andrej Zagorski,  
Stv. Direktor des Moscow State Institute for International Relations
- Prof. Dr. Pál Dunay,  
Stv. Direktor des Hungarian Institute of International Relations,  
Budapest
- Prof. Dr. Arie Bloed,  
Generalsekretär des Netherlands Helsinki Committee, Den Haag
- Prof. Dr. Jonathan Dean,  
Botschafter a.D., Union of Concerned Scientists, Washington

Sitz der Redaktion des deutschsprachigen Jahrbuches ist das IFSH in Hamburg, Chefredakteur ist Professor Dr. Kurt P. Tudyka. Die Redaktion wird ab 1996 um Ursel Schlichting und Susanne Bund (IFSH) erweitert.

Das Jahrbuch selbst soll die OSZE inmitten der Probleme zeigen, die sich aus dem Bemühen um die Verhütung von Konflikten und dem Streben nach Frieden ergeben. Es beschränkt sich also nicht auf eine Berichterstattung über die Organisation oder aus der Organisation. Es will auch die ihr zur Bearbeitung übertragenen sicherheitspolitischen Felder in deren potentiell oder faktischem Zusammenhang mit den Aufgaben der OSZE darstellen. Dabei können auch Defizite und Desiderata, Möglichkeiten, Alternativen und Perspektiven aufgezeigt werden. Dementsprechend ist das Jahrbuch dreigliedrig aufgebaut: Es beginnt mit der Beschreibung der gesamteuropäischen Problemlagen und der Konflikt-herde im OSZE-Bereich sowie mit der Darstellung der Haltung zur und Erwartungen an die OSZE seitens einzelner Mitgliedsländer. Im zweiten Teil werden die Instrumente und Verfahren beschrieben bzw. analysiert, welche die OSZE zur Lösung ihrer mehrdimensionalen Aufgaben einsetzt. Einzelne Fallstudien sollen exemplarisch Einsichten in vergleichbare Situationen und übergreifende Probleme vermitteln. Der dritte Teil ist der Arbeitsweise ihrer Organe und den Beziehungen zu anderen internationalen Organisationen gewidmet. Im Anhang sind Dokumente und Daten abgedruckt.

Die dreißig Autorinnen und Autoren des OSZE-Jahrbuches 1995 sind unterschiedlicher Herkunft: wissenschaftliche Analytiker unterschiedlicher Disziplinen, Diplomaten und Militärs mit einem jeweils unterschiedlichen Verhältnis zur Praxis und zur Reflexion über sie. Sie sind Experten aus verschiedenen Mitgliedsländern der OSZE. Geplant ist, zukünftig bei der Vergabe der Themen Autorinnen und Autoren aus mittel- und osteuropäischen Staaten verstärkt zu berücksichtigen.

Unterstützung findet die Herausgabe des Jahrbuchs nachdrücklich beim Generalsekretariat der OSZE in Wien. Das IFSH steht sowohl mit dem Generalsekretär selbst als auch mit der OSZE-Administration und verschiedenen Einrichtungen wie z.B. dem Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) in Warschau in direktem Kontakt. Darüber hinaus genießt das IFSH die Unterstützung des Außenministers der Bundesrepublik Deutschland sowie der zuständigen Abteilungen des Auswärtigen Amtes.

Zu den Service- und Unterstützungsleistungen der OSZE gegenüber dem IFSH bzw. den Herausgebern und Redakteuren des OSZE-Jahrbuches gehören u.a. auch die Übermittlung aller relevanten Informationen, Daten und Fakten (darunter auch die Unterstützung des Aufbaus einer möglichen Datenbank), ferner der freie Zugang zu allen auch nicht offiziell publizierten Akten und Dokumenten sowie die Erlaubnis zur Teilnahme an OSZE-Konferenzen und sonstigen Treffen der Organisation und ihrer Mitglieder und schließlich auch die Möglichkeit zur beobachtenden Teilnahme an den Aktivitäten der OSZE vor Ort. Es steht völlig außer Zweifel, daß auf dieser Basis nicht nur günstige Bedingungen für die Herausgabe eines Jahrbuches geschaffen, sondern auch ideale Bedingungen für eine wissenschaftliche Begleitforschung gegeben sind. Das IFSH wird diese - in vergleichbarem Maße nur selten gebotene - Chance nutzen. Es wird sich dabei als zentrales Problem auf die Rolle der OSZE im Rahmen der gegenwärtigen Sicherheitsarchitektur Europas und auf ihre Bedeutung für die Errichtung einer neuen europäischen Sicherheitsordnung konzentrieren. Die Herausgabe des OSZE-Jahrbuches und mehr noch der sich über das Jahrbuch hinaus künftig entwickelnde Arbeitsschwerpunkt OSZE steht insofern in enger Verbindung mit dem in Abschnitt 2.1.1. dargelegten Arbeitsschwerpunkt ESG.

**Vorstellung des OSZE-Jahrbuchs (Pressekonferenz) am 8. September 1995 im Rathaus der FHH durch den Generalsekretär der OSZE Dr. Wilhelm Höynck**

"Am 1. August 1975 lief in Helsinki die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit vom Stapel. Zwanzig Jahre danach stellt das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg das erste OSZE-Jahrbuch vor.

Das Jahrbuch erscheint zum richtigen Zeitpunkt. Der neue Name, *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit*, zeigt, daß sich die alte KSZE wesentlich geändert hat. Die Strukturen der OSZE sind damit nicht einfacher geworden. KSZE/OSZE-Strukturen sind nicht auf dem Reißbrett konzipiert worden. Sie sind gewachsen wie ein Baum, der den wechselnden Einflüssen der politischen Umwelt ausgesetzt war.

Hinzu kommt: Wir erleben eine Zeitenwende, ohne daß uns dies schon wirklich bewußt geworden wäre. Mehr oder minder gleichzeitig finden fundamentale Veränderungen statt, und zwar in nahezu allen Lebensbereichen und in nahezu allen Weltregionen.

Die internationalen Beziehungen, einschließlich der sie prägenden Strukturen, sind Teil dieser Entwicklung. Es besteht eine ungewöhnlich komplexe Problemlage, mit vielversprechenden Chancen, aber auch mit erheblichen Risiken. Eindimensionale Lösungsansätze, die auf ein einzelnes Problem oder auf die Probleme eines einzelnen Landes ausgerichtet sind, ohne die Nachbarbereiche oder die Nachbarländer zu berücksichtigen, können nicht weiterführen.

Auch die OSZE befindet sich in einem Prozeß der Neuorientierung, ähnlich wie die Vereinten Nationen, die NATO, die WEU und andere internationale Organisationen. In diesem kritischen Entwicklungsstadium kann das OSZE-Jahrbuch insbesondere bei der Erfüllung von zwei Aufgaben helfen:

Das Jahrbuch kann Denkarbeit anregen, zusammenfassen und für die Entscheidungsträger zugänglich machen. Dies ist besonders wichtig, weil die OSZE keinerlei eigene Planungs- oder Forschungskapazität hat.

Zweitens ist der breiten Öffentlichkeit die Arbeit der OSZE kaum bekannt. Deshalb tut sich die öffentliche Diskussion auch so schwer, halbwegs realistisch darüber zu urteilen, was die OSZE kann und was sie nicht kann.

Aus allen diesen Gründen möchte ich allen danken, die an diesem ersten OSZE-Jahrbuch mitgewirkt haben. Ihnen, insbesondere Herrn Dr. Lutz und Herrn Professor Tudyka. Hervorheben möchte ich die Mitwirkung der Institute in Utrecht, in Budapest, in Stockholm und in Moskau. Diese internationale Vernetzung erleichtert, ein breites, möglichst repräsentatives Meinungsspektrum im OSZE-Jahrbuch darzustellen.

Dies ist ein Jahrbuch zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Die Arbeit am Jahrbuch ist von den genannten Institutionen und natürlich von den einzelnen Autoren geleistet worden. Diese tragen auch die Verantwortung für den Inhalt des Jahrbuchs. Ich glaube, nur in einer solchen Form läßt sich ein breit angelegter, freier Diskurs über die OSZE führen.

Der beste Dank für die Mühen der Autoren wären zahlreiche - und kritische Leser".

### **2.1.3. Arbeitsschwerpunkt GUS/Osteuropa**

Der Verlauf des komplizierten Transformationsprozesses in Ostmitteleuropa hat weitgehende Auswirkungen auf die Sicherheit und die politische Struktur Europas. Die Zukunft Rußlands und der Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion ist durch vielfältige Unsicherheitsfaktoren geprägt. Eine der zentralen Aufgaben europäischer Friedenspolitik liegt deshalb in der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung und Einbindung der Länder aus Mittel- und Osteuropa sowie der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) in einen gesamteuropäischen Kooperations- und Integrationsprozeß. Dieses Ziel erfordert die beharrliche Fortsetzung des Demokratisierungsprozesses in dieser Region. Wegen der damit verbundenen Problemvielfalt und Komplexität gilt es um so mehr, intensive wissenschaftliche Analysen der Bedingungen, Möglichkeiten und Probleme anzustellen, um die Kenntnisse über diese Region in Deutschland und den Transformationsprozeß selbst zu fördern. Dieser akuten Problemrelevanz Rechnung tragend, untersucht die von Dr. Hans-Georg Ehrhart geleitete "Arbeitsgruppe GUS und europäische Sicherheit" am IFSH sicherheitspolitisch relevante Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS sowie ihre Wechselwirkungen mit west- bzw. gesamteuropäischen Kooperations- und Integrationszusammenhängen.

Im Berichtszeitraum befaßten sich die Mitarbeiter des Arbeitsschwerpunktes mit folgenden Themen: Ursel Schlichting setzte sich mit der Minderheitenproblematik in der GUS und insbesondere mit dem Konflikt in Tschetschenien auseinander. Anna Kreikemeyer schloß ihr Projekt "Russische Außen- und Sicherheitspolitik in bewaffneten Konflikten auf dem Territorium der früheren Sowjetunion (1993-1995)" zum Jahresende ab. Hans-Joachim Gießmann befaßte sich mit der sicherheitspolitischen Lage in Ostmitteleuropa unter besonderer Berücksichtigung der Verteidigungs- und Streitkräfteplanung der Reformstaaten. Wolfgang Zellner setzte das von der Volkswagen-Stiftung finanzierte Projekt "Strategien zur Bewältigung des sicherheitspolitischen Vakuums in Osteuropa: Das Beispiel Ungarns 1990-1995" fort. Dieses Projekt wird im Februar 1996 abgeschlossen werden. Konrad Klingenburg und Matthias Karádi widmeten sich schwerpunktmäßig dem kriegesischen Konflikt im ehemaligen Jugoslawien. Hans-Georg Ehrhart setzte sich schließlich mit der Problematik des Peacekeeping und der spezifischen Rolle der Euro-

päischen Union (EU) bei der Gestaltung der europäischen Sicherheit auseinander.

Des Weiteren wurden 1995 zwei Konferenzen außerhalb Deutschlands veranstaltet. Zum einen organisierte Dr. Ehrhart in Zusammenarbeit mit der Universität Jena sowie der Universität Warschau eine trilaterale, russisch-polnisch-deutsche Konferenz in Warschau zum Thema Europäische Sicherheit (vgl. Abschnitt 2.2.2.). Zum anderen wurde ein internationaler Workshop über die Rolle des Peacekeeping am Lester W. Pearson International Peacekeeping Training Centre in Kanada durchgeführt (vgl. Abschnitt 2.2.1.).

Neben der Konferenztätigkeit dient die Aufnahme von internationalen Fellows und die Entsendung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Arbeitsschwerpunktes an ausländische Forschungseinrichtungen dem Ausbau von internationalen Kooperationsbeziehungen. Im Berichtszeitraum weilten drei internationale Fellows im IFSH: Dr. Dmitrij A. Trofimov vom Zentrum für Internationale Studien am Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen (bis 15. Januar 1995), Dr. Pál Dunay, Stv. Direktor des Hungarian Institute of International Affairs, Budapest (bis 31. Januar 1995) und Dr. Andrei V. Zagorski, stellvertretender Direktor des Moskauer Staatlichen Instituts für Internationale Beziehungen (November/Dezember 1995). Aus der Arbeitsgruppe absolvierten Anna Kreikemeyer einen einmonatigen Forschungsaufenthalt in Moskau und Konrad Klingenburg ein dreimonatiges Fellowship am Centre for International Relations der Queens University in Kingston, Kanada. Schließlich ist Dr. Ehrhart von der Institutsleitung mit dem Projektmanagement des "Internationalen Baudissin-Fellowship-Programms" betraut worden. Im Rahmen dieses von der Volkswagen-Stiftung mit einem Betrag von ca. 500.000,- DM geförderten internationalen Stipendienprogramms sollen im Zeitraum von fünf Jahren insgesamt zwanzig Offiziere und Wissenschaftler aus den Verteidigungsadministrationen der Staaten Mittel- und Osteuropas sowie der GUS ein sechsmonatiges Fellowship am IFSH absolvieren (vgl. noch Abschnitt 2.7.).

Zu den sonstigen Aktivitäten im Rahmen des Arbeitsschwerpunktes gehörte auch die Teilnahme von Anna Kreikemeyer als Mitglied der deutschen Delegation an der Wahlbeobachtung des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) der OSZE in Armenien.

Frau Kreikemeyer vertrat das IFSH ferner bei dem regelmäßigen Dialog mit russischen Generalen, der von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen organisiert wird. Schließlich empfingen die Arbeitsgruppe eine Reihe von Gästen, u.a.: Dr. Vladimir J. Gelman, Institut für humanitäre und politische Studien, Moskau und Mitglied der russischen Zentralen Wahlkommission für die Vereinigung JABLoko; Olga Lasebnikova, Europa-Institut Moskau; Dr. Gali Oda Terlakh, Royal Scientific Society, Aman; Jan Voghelen, Abteilungsleiter der Abteilung für Verteidigungsanalysen des National Defense Research Establishment, Stockholm; Jussi Säppäle, Finish Broad Casting Company, Helsinki; Prof. Dr. Ilenka Mitreva, Skopje, Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses und außenpolitische Sprecherin der Sozialdemokratischen Partei Mazedoniens; Erhan Yjkas, Berater des staatlichen Fernsehens der Türkei; Dr. Jiri Holob, Berater des tschechischen Parlaments; Valentin Vasilew, außenpolitischer Sprecher der Parlamentsfraktion der "Union der Demokratischen Kräfte" Bulgariens, Sofia; Ivan Kostov, Vorsitzender der "Union der Demokratischen Kräfte", Sofia.

Aus den Veröffentlichungen der Arbeitsgruppe seien hier stellvertretend genannt:

- Anna Kreikemeyer/Andrei V. Zagorski, The mechanisms and capacity of the CIS in Peacekeeping, in: Lena Johnson/Clive Archer (eds.), The CIS, Boulder 1995
- Dimitry A. Trofimov, Islam in the Political Culture of the Former Soviet Union: Central Asia and Azerbaijan, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 93, Hamburg 1995.



#### **2.1.4. Weltinnenpolitik**

Das Ende des Kalten Krieges und die revolutionären Umbrüche in den Staaten der vormaligen Warschauer Vertragsorganisation gaben dem IFSH die Chance, in den vergangenen Monaten auch diejenigen grundlegenden Gefahren zu diskutieren, die der Menschheit weltweit und unabhängig vom vormaligen Ost-West-Gegensatz drohen. Welches sind diese Gefahren? Auf welchen Wegen und mit welchen Mitteln sind sie - bei Scheitern mit der möglichen Folge des Untergangs - zu beheben?

Zu den Problemdimensionen und den darin enthaltenen Konfliktmöglichkeiten, die von den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des IFSH diskutiert wurden, gehören u.a.:

- die militärische Dimension, darunter Fragen der Rüstung und Abrüstung ebenso wie die Probleme drohender und/oder aktueller Kriege;
- die ökonomische Dimension, darunter insbes. das Massenelend und die Massenarmut der sog. Dritten Welt;
- die ökologische Dimension, darunter der Raubbau an den Ressourcen ebenso wie die Vernichtung von Umwelt und Nachwelt;
- die technologische Dimension, darunter die Kosten für Reparaturmaßnahmen oder Effizienzsteigerungen ebenso wie die zivilen Risiken und der militärische Mißbrauch innovativer Technologien;
- die anthropologische Dimension, darunter die Folgen und Einwirkungen von Umwelt und Technologie auf den Menschen als "Person", insbes. aber die (schleichenden) Veränderungen des Menschen(bildes).

Im Ergebnis der Überlegungen kamen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH zu dem Schluß, daß das Institut weder den Versuch unternehmen sollte, sich auf lediglich einen dieser globalen Problemsektoren zu konzentrieren noch sich darauf beschränken sollte, nur problemübergreifend die Entwicklung analysierend zu begleiten. In Berücksichtigung des Satzungsauftrages und der Themenkontinuität der bisherigen Arbeitsschwerpunkte sollte das IFSH vielmehr die Möglichkeiten erforschen, wie Deutschland entsprechend seinem Verfassungsauftrag "dem Frieden in der Welt zu dienen", tätig werden kann, um zu einer Entwicklung beizutragen, in der zunehmend Gewalt zwischen und in Staaten ver-

hindert wird, also die Entwicklung in die Richtung einer Weltinnenpolitik gefördert wird.

Als Folge dieser Überlegungen sollen Projekte, die bevorzugt Konflikte

- globaler Reichweite,
- wachsender Zukunftsbedeutung,
- lebens- und existenzbedrohenden Charakters
- und latenter Gewalttätigkeit

zum Gegenstand haben, im Mittelpunkt stehen. Generelles Forschungsziel ist die Prüfung bzw. Erarbeitung kooperativer Strategien der Problemlösung zwecks Konflikt- und Gewaltvorbeugung in besonderer Ausrichtung auf Handlungsoptionen der Bundesrepublik Deutschland.

Mittlerweile sind im Rahmen des Arbeitsschwerpunkts Weltinnenpolitik mehrere Forschungsprojekte initiiert worden (vgl. die Projekte in Abschnitt 3 von Gießmann, Gießmann/Lutz, Müller, Neureither/Gießmann). Aus der Reihe dieser Projekte sei insbesondere die Arbeit von Dr. Erwin Müller an einer Monographie hervorgehoben, die auf die Überführung überkommener Weltpolitik und Weltordnungspolitik in einen Zustand der Weltinnenpolitik abzielt, indem die mit den bekannten Defiziten behaftete Außenpolitik zwischen Staaten in eine Politik verwandelt wird, die nach den Maßstäben von Innenpolitik gestaltet wird. Da die Idee eines Weltstaats auf absehbare Zeit in das Reich der Utopie verwiesen werden muß, geht es dem Projekt in erster Linie darum, organisatorische Alternativen herauszuarbeiten, mit deren Hilfe eine Weltinnenpolitik (zumindest im weiteren Sinne) praktikierbar wäre, etwa in der Gestalt einer entscheidungsmächtigen internationalen bzw. supranationalen Organisation.

Zu den Diskussionen der letzten Monate gehören im Rahmen des Arbeitsschwerpunktes Weltinnenpolitik ferner u.a. Überlegungen zu einem künftigen Projekt "Neue Formen des Terrorismus?". Im Mittelpunkt dieses Vorhabens steht die Frage, ob sich gegenwärtig neue Akteure, neue Ziele und neue Mittel terroristischer Aktionen identifizieren lassen. Sind die jüngsten Ereignisse in Tokio, Oklahoma und Tschetschenien "klassische" Terroraktionen, Sonderfälle oder Zeichen eines Trends hin zu nationalem Terrorismus? Ermöglicht die globale Proliferation von Massen-

vernichtungsmitteln darüber hinaus eine neue Qualität von Terrorismus, in dem nicht-staatliche Akteure atomare, biologische oder chemische Materialien, Agenzien oder Waffen zur Durchsetzung ihrer Ziele einsetzen können und dies auch wollen? Welche politischen und militärischen Herangehensweisen an Terrorismus bestehen und welche sind wofür (nicht) geeignet?

Bei der VW-Stiftung wurde darüber hinaus im Dezember 1995 von Dr. Gießmann und Dr. Lutz der Antrag zur Förderung eines Projekts zum Thema "Bedingungen und Chancen der Einbindung souveräner Staaten in internationale Regime der Zusammenarbeit am Beispiel der Umweltpolitik der Volksrepublik China" eingereicht. Ziel des zunächst auf ein Jahr befristeten Projekts ist die Untersuchung der spezifischen gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen in der VR China für die Übernahme staatlicher Verantwortung im Rahmen internationaler Steuerungsbemühungen zum Umweltschutz aus dem Blickwinkel der regionalen und globalen Konfliktprävention. Das Projekt ist dabei ausdrücklich auf eine interdisziplinäre Kooperation zwischen dem IFSH und wissenschaftlichen Partnereinrichtungen der Bundesrepublik ausgerichtet und soll auch die Einbeziehung chinesischer Experten ermöglichen.

Nicht unerwähnt bleiben sollte in diesem Zusammenhang auch, die vom Direktor des IFSH an der Universität Hamburg durchgeführte dreiseimestrige Lehrveranstaltung "Weltinnenpolitik", die sich für ein Semester dem "Fallbeispiel China" widmet (vgl. auch Abschnitt 2.8.).

Ein weiteres Kooperationsvorhaben ist mit der Abteilung Forschung, Gesellschaft und Technik der Daimler Benz AG in Berlin vorgesehen. Hierbei geht es zunächst um die Frage, wie bestimmte erkennbare Konfliktpotentiale in der gesellschaftlichen Entwicklung und in den internationalen Beziehungen in das Bewußtsein der entscheidenden Akteure in Politik und Wirtschaft hineingetragen werden können. Mit Unterstützung des Kooperationspartners sollen hierzu ausgewählte Krisenszenarien modelliert, Handlungszwänge beschrieben und mögliche Alternativen zur Konfliktprävention ausgearbeitet werden. Wie im Falle des bei der VW-Stiftung eingereichten Projekts sind auch hier in einem ersten Schritt Fallstudien geplant, die später in weiterführende Kooperationsvorhaben münden sollen.

Um strategische Fragen des Überlebens einerseits und Probleme der Handlungsorientierung andererseits geht es schließlich auch dem vom Direktor des IFSH, Dr. Dieter S. Lutz und dem Vorstandsvorsitzenden des Otto-Versand, Dr. Michael Otto, gegründeten Falkensteiner Gesprächskreises. Im Mittelpunkt dieses Gesprächskreises, der im IFSH hochrangige Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft zusammenführt, stehen insbesondere existentielle und grenzüberschreitende Probleme, die konkretisiert und am Beispiel Rußlands diskutiert werden (vgl. ausführlicher Abschnitt 2.2.5.).

Neben einer Reihe weiterer Veröffentlichungen (vgl. Abschnitt 4.) wurden 1995 in der IFSH-Reihe "Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" auch die vier bereits im Jahresbericht 1994 angekündigten Expertisen publiziert:

Die Studie von Marion Hinte "Internationale Imperative und nationale Restriktionen in der Energiepolitik der VR China" befaßt sich mit der Energiepolitik Chinas unter besonderer Berücksichtigung von Energieverbrauch und Kohlendioxid-Emissionen. Sie beschreibt nationale bzw. internationale Handlungsoptionen zur schrittweisen Verringerung bzw. zur Dämpfung des Zuwachses der Emissionen von Kohlendioxid in der VR China.

Die Expertise mit dem Titel "Modernisierung in der VR China: Neue Konfliktpotentiale und immanente sowie globale Regelungsmechanismen" von Dr. Thomas Kiefer, Hamburg, behandelt, ausgehend vom Modernisierungskonzept für die Wirtschaft und die gesellschaftliche Transformation der VR China, nationalstaatliche Besonderheiten in der Organisation von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft und in der Bewältigung von Konflikten sowie die ökonomischen und sozialen Auswirkungen der chinesischen Modernisierungspolitik im nationalen, regionalen und globalen Kontext.

"Beobachtete und modellierte Klimaänderungen - Projektionen in die Zukunft" ist der Titel der Studie von Dr. Hans-Friedrich Graf, Max-Planck-Institut für Meteorologie, Hamburg. Untersucht werden die physikalischen Bestandteile des Klimasystems in ihrer Wechselwirkung mit biologischen und chemischen Prozessen.

Dr. Volker Linneweber, Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, befaßt sich mit "Nutzung globaler Ressourcen als Konfliktpotential". Die Studie untersucht lokale, regionale und globale Kausalitäten von Umwelt und sozialen Reaktionen auf veränderte Lebensbedingungen.

Weitere Veröffentlichungen zum Arbeitsschwerpunkt:

- Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Globale Herausforderungen. Teil II des Symposiums über Perspektiven Europäischer und Globaler Sicherheitspolitik, Baden-Baden 1994/1995.
- Gießmann, Hans-Joachim, Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung in der VR China: Wechselwirkungen und politische Herausforderungen, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Globale Herausforderungen, Baden-Baden 1994/1995, S. 65-78.
- Neureither, Ulrike, Genetische Veränderung des Menschen, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Globale Herausforderungen, Baden-Baden 1994/1995, S. 121-129.
- Müller, Erwin, "Weltinnenpolitik" - mehr als ein Wort?, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Globale Herausforderungen, Baden-Baden 1994/1995, S. 165-176.
- Tudyka, Kurt, Von der strategischen Weltpolitik über die funktionelle Weltpolitik zur föderalen Weltpolitik, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Globale Herausforderungen, Baden-Baden 1994/1995, S. 151-164.

## 2.2. Tagungen und Arbeitskreise

### 2.2.1. IFSH-Konferenz in Kanada: "Peacekeeping at a Crossroad?"

Am 26. und 27. Mai 1995 fand in Kanada die zweite deutsch-kanadische Konferenz über Sicherheitsfragen statt. Das Thema der Veranstaltung lautete: "Peacekeeping at a Crossroad?" Veranstaltet wurde dieses von *Dr. Hans-Georg Ehrhart und Professor David G. Haglund* initiierte internationale Kooperationsprojekt vom IFSH, dem Center for International Relations der Queen's University, Kingston/Ontario, und dem Lester B. Pearson Canadian International Peacekeeping Training Center, Cornwallis/Novia Scotia. Ort der Veranstaltung war das von *Alex Morrison* geleitete internationale Trainingszentrum für Peacekeeping, das im Februar 1994 von der kanadischen Regierung mit dem Auftrag ins Leben gerufen wurde, angesichts der zunehmenden Relevanz friedensbewahrender Maßnahmen alle Aspekte des Peacekeeping in den Bereichen Forschung, Ausbildung und Training sowohl theoretisch als auch praktisch zu behandeln.

An der Veranstaltung nahmen 25 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Militärs und Diplomaten aus Nordamerika, Asien und Deutschland teil. Der begrenzte, aber hochrangige Teilnehmerkreis - erwähnt seien hier nur der ehemalige Botschafter Kanadas in Deutschland, *John Halstead*, oder der Abteilungsleiter für Peacekeeping-Operationen im kanadischen Außenministerium, *Dr. David Livermore*, - ermöglichte eine intensive inhaltliche Diskussion über Probleme und Perspektiven des Peacekeeping im Rahmen von vier Panels.

In der ersten Arbeitssitzung wurde am Fallbeispiel des ehemaligen Jugoslawien versucht, die Rolle und Bedeutung dieses Konflikts für die NATO, deren Verhältnis zur UNO und die Friktionen im Bereich des Peacekeeping herauszuarbeiten sowie Lehren aus den dort gemachten Erfahrungen zu ziehen. Im zweiten Panel konzentrierten sich die Referenten auf die Vermittlung der jeweiligen sicherheitspolitischen Ansätze und Interessen Deutschlands, Kanadas und der USA. In der dritten Sitzung wurden Problemaspekte des "neuen" Peacekeeping analysiert und mit institutionellen Fragen der UN in Beziehung gesetzt. Das abschließende Panel war der konzeptionellen Debatte und der künftigen Rolle Deutschlands gewidmet. Keynote speaker beim gesellschaftlichen Höhe-

punkt der Veranstaltung, dem sogenannten "Company of Good Cheer Diner", war der deutsche Botschafter in Kanada *Dr. Hans Günther Sulimma*.

Die Veranstaltung wurde von der Kanadischen Regierung und der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziell unterstützt. Die Konferenzbeiträge werden vom Kanadischen Institut für strategische Studien publiziert. 1996 soll der vom IFSH gepflegte transatlantische Dialog durch einen Workshop über Stand und Zukunft der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU fortgesetzt werden.

### **2.2.2. Trilaterale Konferenz zum Thema "Deutschland, Polen, Rußland und die europäische Sicherheit" in Warschau**

Zukunftsweisende Wege für Sicherheit und Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten aufzuzeigen und zu erproben, gehört nicht erst seit 1990 zu den zentralen Forschungszielen des Institutes für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH). 1992 veranstaltete das Institut in Deutschland eine gesamteuropäische Konferenz mit Vertretern aus den neuen unabhängigen GUS-Staaten, 1994 einen Workshop in Moskau zu Fragen des Konfliktmanagements in der GUS.

In diesem Jahr wurde vom 20.-21. Oktober 1995 auf Initiative des IFSH in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für östliche Studien an der Universität Warschau (*Prof. Dr. Michal Dobroczynski*) erstmalig eine trilaterale Konferenz zum Thema "*Deutschland, Polen, Rußland und die europäische Sicherheit*" in Warschau veranstaltet. An dieses Projekt schlossen sich als Mitorganisatoren der Lehrstuhl für Politische Wissenschaften an der Universität Jena (*Prof. Dr. Raimund Seidelmann*), das Warschauer Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung (*Dr. Hans P. Blumenthal*), das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (*Dr. Heinrich Machowski*), das Institut für Weltwirtschaft der Handelshochschule Warschau (*Prof. Dr. Janusz Golebiowski*) sowie das Staatskomitee für wissenschaftliche Forschungen Warschau an. Auf russischer Seite beteiligten sich Politiker sowie Experten und Expertinnen verschiedener namhafter Institute aus Moskau. Die internationale Konferenz fand mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit aus Mitteln der Bundesrepublik Deutschland statt. Sie wurde von den polnischen Gastgebern als ein wichtiges politisches und wissenschaftliches Ereignis angesehen, was sich an der langen, hochrangig besetzten Teilnehmerliste ablesen ließ.

Der *Premierminister der Republik Polen, Dr. Jozef Oleksy*, ließ es sich nicht nehmen, die Vertreterinnen und Vertreter aus Polens Nachbarstaaten persönlich in der Galerie der polnischen Bildhauerkunst der Alten Orangerie in Warschau zu begrüßen. In seiner Eröffnungsrede stellte Oleksy die historischen und geopolitischen Rahmenbedingungen der polnischen Außenpolitik in den Vordergrund. Die Traumata der Kriege und Teilungen Polens bis hin zur Auslöschung des polnischen Staates bestimmten das deutsch-russische und das polnisch-russische Verhältnis in



entscheidender Weise. Enge deutsch-russische Beziehungen seien in der Vergangenheit immer mit antipolnischen Elementen einhergegangen. Dennoch hätten Polens militärische Anstrengungen sowohl 1920 als auch im Zweiten Weltkrieg das Schicksal Europas beeinflusst.

Die geopolitische Lage zwischen Rußland und Deutschland, zwischen der NATO und der GUS werde in Polen als Auftrag verstanden, zur Stärkung der europäischen Sicherheit beizutragen. Seit der politischen Wende im Lande sei es daher das Ziel, die Integration in europäische Strukturen (EU und NATO) stetig voranzutreiben. Die Rückkehr nach Europa sei aber gerade in Polen nicht von antirussischen Ressentiments begleitet. Ganz im Gegenteil hoffe Warschau auf eine demokratische Entwicklung in Rußland und strebe keine neue Teilung Europas am Bug an. Die NATO sei heute auch kein Gegner Rußlands mehr, vielmehr trage sie zur Stärkung von Demokratie und Frieden bei. Polen befürworte daher ein Abkommen für eine strategische Partnerschaft zwischen der NATO und Rußland. Was Polens Beitritt zur NATO anbelange, mache Warschau sich keine Illusionen über die langsame Geschwindigkeit der künftigen Ost-Erweiterung.

Die Konferenz wurde mit Stellungnahmen von sicherheitspolitischen Spitzenvertretern aus dem deutschen Bundestag (*Karsten Voigt MdB, SPD, Olaf Feldmann MdB, FDP und Dr. Friedbert Pflüger MdB, CDU*), dem polnischen Sejm (*Mieczyslaw Czerniawski, Vorsitzender der polnisch-russischen Parlamentariergruppe*) und der russischen Staatsduma (*Vjaceslav Nikonov, Vorsitzender des Ausschusses für internationale Sicherheit und Rüstungskontrolle*) begonnen. Während Friedbert Pflüger und Karsten Voigt in dem Ziel einer NATO-Osterweiterung Übereinstimmung erkennen ließen, zeigten sich doch Unterschiede in der Einschätzung Rußlands. Voigt vertrat die Ansicht, eine richtig betriebene NATO-Osterweiterung führe Rußland geradezu an den Westen heran. Pflüger hingegen war der Meinung, man dürfe gerade bei der Weiterentwicklung der NATO die Ungewißheit der Entwicklung in Rußland nicht aus dem Blick verlieren. Differenzen auf dem Podium ergaben sich auch in bezug auf die künftige Rolle der OSZE. Karsten Voigt hielt es für eine Illusion, die OSZE an die Stelle der NATO setzen zu wollen. Olaf Feldmann hingegen strebte eine Stärkung der OSZE an, da Sicherheit nicht allein auf militärischen Grundlagen beruhe.

*Im Panel I: Besonderheiten des Verhältnisses Deutschland - Polen - Rußland und ihre Bedeutung für die europäische Sicherheit (Prof. Dr. Raimund Seidelmann, Dr. Dr. Dieter S. Lutz, Prof. Dr. Longin Pastusiak, Prof. Dr. Tadeusz Iwinskij und Dr. habil. Igor Maximicev) sowie in der anschließenden Diskussion unter der Leitung von Karsten D. Voigt stand zunächst, wie nicht anders zu erwarten, die kontroverse Frage nach der NATO-Osterweiterung und nach Polens Beitrittschancen im Vordergrund. Während weitgehende Übereinstimmung bestand, daß das deutsch-russische Verhältnis die polnische Sicherheit derzeit nicht bedrohe, wurden die verschiedenen Aspekte der NATO-Osterweiterung durchaus unterschiedlich eingeschätzt. Differenzen entstanden über die Wirksamkeit des sicherheitspolitischen Instrumentariums der NATO zur Bewältigung der aktuellen Bedrohungen, über die Bedeutung von Grenzziehungen bei den Erweiterungen westlicher Integrationsorganisationen, über den Stellenwert der ungewissen inneren Entwicklung Rußlands für die Gestaltung einer europäischen Sicherheitsordnung und über die aktuellen Aufgaben des Westens die Sicherheit zu befördern. Dieter S. Lutz versäumte nicht, hervorzuheben, daß die Debatte über die sicherheitsrelevanten Institutionen an konzeptionellen Defiziten leide und ein Rückfall in Denkweisen der achtziger Jahre drohe. Mehr noch: die dringend notwendige Beschäftigung mit den eigentlichen sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft, den grenzüberschreitenden globalen Problemen, würde in unverantwortlicher Weise aufgeschoben.*

*Im Panel II: Wirtschaftliche Sicherheit und Zusammenarbeit Deutschlands Polens und Rußlands als Faktoren der europäischen Stabilität (Prof. Dr. Janusz Golebiowski, Prof. Dr. Kurt Tudyka, Prof. Dr. Hans-Dieter Jacobsen, Prof. Dr. habil. Jerzy Kleer, Prof. Dr. Wladislaw Markiewicz, Prof. Dr. Jurij Osipov, Prof. Dr. Leonid Chodov) und der anschließenden Diskussion unter der Leitung von Dr. Vladimir Gutnik wurde rasch deutlich, daß die Stabilitätsquelle Wirtschaft in Polen noch nicht in dem Maße sprudelt, daß sie die Relevanz militärischer Sicherheitsstrukturen und -instrumente relativieren könnte. In dem Maße wie sich aber das Sicherheitsdenken von solchen militärischen Kategorien lösen und das Produktions- und Investitionsvolumen sowie der Außenhandel anwachsen und sich damit die soziale Lage verbessert, wird der polnische Druck auf eine rasche NATO-Osterweiterung abnehmen.*

Im Panel III: *Perspektiven und Möglichkeiten deutsch-polnisch-russischer Zusammenarbeit und ihre Bedeutung für die europäische Sicherheit* (Prof. Dr. Wolfgang Pfeiler, Dr. Christoph Royen, Prof. Dr. Anna Wolff-Poweska, Prof. Dr. Andrzej Drawicz, Dr. Vladimir Baranowski) unter der Leitung von Andrzej Wielowieski wurde zweierlei klar. Erstens darf der Blick auf die Internationalisierung der Wirtschaftsprozesse gerade angesichts der Transformationskrise in Rußland nicht blind machen für die Risiken und Widersprüche einer solchen Umgestaltung. In Rußland stagniert die Entmonopolisierung, herrscht bestenfalls ein Nomenklatura- und Manchesterkapitalismus, sind weite Teile der Bevölkerung von Verelendung bedroht und die außenpolitische Elite neigt zu (selbst-) Isolationismus. Zweitens sind im Westen enorme Anstrengungen erforderlich, um die "Geographie der Ökonomie" (Voigt) zu verändern, die strukturelle Distanz zwischen den früheren Blöcken zu überwinden und die Bereitschaft der westlichen Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen, den Menschen in den Reformländern mit mehr Interesse zu begegnen.

Die trilaterale IFSH-Konferenz trug sicherlich das Ihre dazu bei, über die Mauern der früheren Blockkonfrontation und die aktuellen Gräben der wirtschaftlichen Asymmetrie hinweg nach dem Gemeinsamen zu suchen. Bleibt zu hoffen, daß der Vorschlag, eine entsprechende trilaterale Parlamentariergruppe auf den Weg zu bringen, bald in die Tat umgesetzt werden wird.

Die Beiträge zum Symposium sollen als Sammelbände sowohl in deutscher als auch in polnischer und russischer Sprache veröffentlicht werden.

### 2.2.3. IFSH-Seminar "Kooperative Sicherheitspolitik in Südasien"

Im Rahmen des von der VW-Stiftung geförderten Forschungsprojekts "Kooperative Sicherheitspolitik in Südasien" fand vom 23. bis zum 25. Februar 1995 ein Symposium mit internationaler Beteiligung in Bonn statt. Gegenstand der Tagung im Gustav-Stresemann-Institut war die prekäre Sicherheitslage, die seit Jahrzehnten zwischen den Ländern China, Indien und Pakistan herrscht. Während China bereits über erhebliche Nuklearwaffenbestände und Raketenstreitkräfte verfügt, besitzen Indien und Pakistan zunächst die Fähigkeit, Nuklearwaffen zu bauen und mittels Raketen und Flugzeugen einzusetzen. Darüber hinaus sind steigende Rüstungsexporte in diese Region zu verzeichnen. Auf einigen Gebieten kann sogar von einem Rüstungswettlauf dieser Länder gesprochen werden. Die vorgenommenen Rüstungssteigerungen werden den einzelnen Ländern jeweils mit der Überlegenheit der anderen Seite auf einzelnen Waffensektoren legitimiert. Über 20 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus Südasien, Europa und Amerika diskutierten drei Tage lang Strategien, die aus dieser Sackgasse herausführen könnten.

Die Experten aus den betroffenen Regionen beschrieben zunächst die jeweilige Bedrohungswahrnehmung, die durch Aufrüstungsschritte und politische Differenzen zwischen den Staaten der Region in der Vergangenheit induziert worden sind. *Dr. Shireen Mazari*, Zeitungsherausgeberin aus Islamabad, verwies auf die mehrfache Überlegenheit der indischen konventionellen Streitkräfte. Potentielle Kernwaffen Pakistans seien in erster Linie dorthin gerichtet. Nukleare Abrüstung ist insoweit mit der Bereitschaft zur konventionellen Abrüstung gekoppelt. *Dr. David Fischer*, ehemaliger "External Affairs Director" der internationalen Atomenergiebehörde (IAEO), schlug die Schaffung eines regionalen Vertrages zur Kontrolle der Kernwaffen und des nuklearen Brennstoffkreislaufes vor, solange Indien und Pakistan nicht bereit seien, dem Kernwaffensperrvertrag beizutreten. *Jasjit Singh*, Direktor des Institute for Defence Studies and Analyses aus Neu Dehli, beschrieb die vertrauensbildenden Maßnahmen, welche in Südasien bisher vereinbart wurden. Er trat für das weltweite Verbot bodengestützter Raketen ein, deren Reichweite einen unmittelbaren Gefechtsbereich überschreiten. Dies würde die globale Erweiterung des INF-Vertrags von 1986 bedeuten.

Sicherheit in Südasien ist nicht nur eine Frage militärischer Potentiale und sicherheitspolitischer Abkommen. Sicherheit wird in einem umfassenderen Sinne abhängen von der Entwicklung der zivilen Infrastruktur und der Sicherstellung der Ernährung der rapide zunehmenden Bevölkerung. *Dr. Akmal Hussain* aus Lahore forderte deshalb eine verbesserte, wissenschaftlich-technische Kooperation zwischen Indien und Pakistan. Er stellte ein Paket vor, das von einer Konfliktlösung in Kaschmir bis hin zu gemeinsamen Projekten im Bereich Energieversorgung, Transport und Handel reichte. *Dr. M.R. Sriniviasan*, der ehemalige Vorsitzende der indischen Atomenergiekommission, analysierte die mögliche regionale Kooperation bei der Energieerzeugung, nuklear, konventionell und solar, wie auch bei der Energienutzung.

An den Diskussionen beteiligten sich ferner *Prof. Sumit Ganguly* vom Hunter College, New York, *Dr. Christophe Carle* vom Institut Francais des Relations Internationales, Paris, von *Dr. Heinrich Siegmann* von der Schweizer Bankgesellschaft, Zürich und *Dr. Christian Wagner* vom Forschungsprogramm Moderner Orient Berlin.

Beiträge und Ergebnisse des Seminars sollen als Sammelband veröffentlicht werden.

#### 2.2.4. Symposium "20 Jahre nach Helsinki - die OSZE und die europäische Sicherheitspolitik im Wandel"

Am 1. August 1975 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs von 33 europäischen Staaten sowie der USA und Kanadas in Helsinki die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Aus Anlaß des 20. Jahrestages der Unterzeichnung legte das IFSH am 8. September 1995 erstmals das "OSZE-Jahrbuch" vor (vgl. Abschnitt 2.1.2. und 2.2.4.) und veranstaltete im Rathaus der Freien und Hansestadt Hamburg ein Symposium unter dem Titel "20 Jahre nach Helsinki - Die OSZE und die europäische Sicherheitspolitik im Umbruch". In Anwesenheit des OSZE-Generalsekretärs, Dr. Wilhelm Höynck, diskutierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit politischen Praktikern über die Zukunft der OSZE und die künftige europäische Sicherheitsarchitektur.

In seiner Begrüßung würdigte Senator *Thomas Mirow* die Leistungen der OSZE/KSZE, insbesondere im Bereich der Menschenrechte. OSZE-Generalsekretär *Wilhelm Höynck* wies in seiner Einführung auf die Diskussion über ein europäisches Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert hin. Höynck gab u.a. der Meinung Ausdruck, daß die Diskussionen um das Sicherheitsmodell an sich schon zur langfristigen Vertrauensbildung beitragen. Militärische Aspekte würden allerdings immer mehr in den Hintergrund treten. Den Ausführungen des Generalsekretärs zu Folge, soll das zu erarbeitende Modell internationale eng mit innerer Sicherheit verbinden. Der Direktor des IFSH, *Dieter S. Lutz*, zeigte die Möglichkeit auf, die OSZE zu einem funktionierenden gesamteuropäischen Sicherheitssystem zu entwickeln und verwies auf das vom IFSH vorgelegte Modell einer "Europäischen Sicherheitsgemeinschaft (ESG)".

Der erste der drei Schwerpunkte des Symposiums war der Thematik "*Sicherheitsarchitektur Europas*" gewidmet. In seinem einführenden Referat unterbreitete Botschafter a.D. *Jonathan Dean* fünf Vorschläge zur Stärkung der OSZE: verbesserte Entscheidungsstrukturen, die Anwendung des Prinzips "OSZE first", Friedenserhaltung durch Drittländer, die Einrichtung einer OSZE-Friedensoperation in Nagorny-Karabach und die Fortsetzung des OSZE-Engagements in Tschetschenien sowie eine verbesserte Finanzierung der OSZE. *Ortwin Hennig* rief zur Förderung von Stabilität auf, unterbreitete Vorschläge zur institutionellen Reform

der OSZE und betonte die zunehmende Bedeutung von "soft power". Zum von Kooperation, Konkurrenz und Subsidiarität geprägten Verhältnis von OSZE und Vereinten Nationen äußerte sich *Ralf Roloff*. Die Erweiterung der westlichen Sicherheitsstrukturen und die Rolle der OSZE hatten die Ausführungen von *Adam Daniel Rotfeld* zum Inhalt. *Heinrich Schneider* befaßte sich mit den Schwierigkeiten der Implementierung neuer Sicherheitsstrukturen und diskutierte die Frage der Verrechtlichung der OSZE. Eine kritische Position gegenüber einer weiteren Verrechtlichung der OSZE nahm *Andrej Zagorski* ein.

Den zweiten Themenschwerpunkt "*Abrüstung und Rüstungskontrolle*" eröffnete *Detlof von Berg*. Er befaßte sich insbesondere mit der deutschen Außenpolitik und forderte den Ausbau kooperativer Sicherheitsbeziehungen mit den mittel- und osteuropäischen Staaten. *Heinz Dieter Jopp* gab einen breiten Überblick über die Einwirkungsmöglichkeiten der OSZE-Staaten in den Bereichen Proliferation, Rüstungsexport und Präventiver Rüstungskontrolle. Das Spannungsverhältnis von russischen Revisionswünschen zum KSE-Vertrag einerseits und einer möglichen NATO-Osterweiterung andererseits veranschaulichte das Refrat von *Pál Dunay*. *Hans-Joachim Gießmann* unterstrich den Beitrag der OSZE zu Abrüstung und Rüstungskontrolle und forderte die Stärkung der Elemente kollektiver Sicherheit gegenüber solchen kollektiver Verteidigung. Die Brisanz der Probleme des KSE-Vertrags, insbesondere die Frage der Flankenregelung, hatte der Beitrag von *Wolfgang Zellner* zum Inhalt.

"*Präventive Diplomatie*" war der dritte Schwerpunkt des Symposions. Botschafter *Hansjörg Eiff* wies auf die OSZE-Aufgaben in diesem Bereich hin. Der Abbau des Demokratiedefizits, ein verbesserter Menschenrechtsschutz und Frühwarnung waren seine wesentlichen Forderungen. *Rolf Welberts* berichtete von den OSZE-Langzeitmissionen in der Republik Moldau und in Georgien. *Jörg-Peter Mentzel* erörterte die Rolle von Streitkräften als Instrument Präventiver Diplomatie. Auf die Abhängigkeit der OSZE von der Kompromißbereitschaft der Konfliktparteien wies *Falk Lange* hin. Früherkennung, frühzeitiges Handeln sowie die Unterstützung durch die internationale Staatengemeinschaft wurden als Voraussetzungen für erfolgreiche Konfliktprävention benannt. *Anna Kreikemeyer* plädierte für die Einbeziehung substaatlicher Akteure in Sezessionskonflikten, eine verstärkte wirtschaftliche Wiederaufbauhilfe,

einen verbesserten Menschenrechtsschutz sowie die stärkere Einbeziehung von Frauen in OSZE-Strukturen und -Missionen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des OSZE-Symposiums waren sich darin einig, daß die Zusammenkunft von Wissenschaftlern und Praktikern anregend und fruchtbar für beide Seite war und der regelmäßige Austausch fortgesetzt werden soll. Die Ergebnisse der Tagung wurden als Themenschwerpunkt der "Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F)" Heft 4/1995 veröffentlicht.



### 2.2.5. "Falkensteiner Gesprächskreis"

Der Kalte Krieg hat lange - zu lange - den Blick verstellt für die grundlegenden Probleme und Gefahren, die der Menschheit grenzüberschreitend und unabhängig vom vormaligen Ost-West-Konflikt drohen. Stichworte sind: Überbevölkerung und Welthunger, Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut, Ressourcenraubbau und Umweltvernichtung, Klima-Veränderung und Terrorismus und vieles mehr. Doch auch fünf Jahre nach "Epochenbruch" und "Zeitenwende" ist die propagierte neue Weltordnung noch immer bloße Deklaration, ist weder eine Weltinnenpolitik in Sicht noch eine "*grand strategy*" erkennbar, sind noch nicht einmal die Überlebensfragen der Menschheit auch nur in Ansätzen, geschweige denn in ihrer gordischen Komplexität diskutiert.

Aktuell mehr denn je gefordert ist deshalb die sog. Hohe Politik. Vorrangig ihre Aufgabe ist es, die brachliegenden Gestaltungsmöglichkeiten auch zu nutzen. Gegenwärtig besonders gefordert ist aber auch die Wissenschaft, darunter insbesondere die Friedensforschung. Sie ist jener Zweig der Existenzhaltungswissenschaften, der sich als methodisch gelenkter Versuch versteht, nach den Ursachen von Gewalt, einschließlich von Kriegen, zu fragen und nach Wegen ihrer Überwindung zu suchen. Bezweifelt werden muß allerdings, ob die bisherigen knappen finanziellen und personellen Ressourcen der Friedensforschung zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben ausreichen: Das Ende des Ost-West-Konflikts hat Chancen der Friedensgestaltung in einem Ausmaß eröffnet, die bislang Utopien waren. Entsprechend groß und neu zugleich sind die Möglichkeiten und Aufgaben, die es zu nutzen bzw. zu erfüllen gilt.

In dieser historischen Situation gefordert ist deshalb - neben Politik und Wissenschaft - auch die Wirtschaft: Die wachsende internationale Arbeitsteilung, die Internationalisierung der Unternehmensentscheidungen, die Mobilität der Kapitalströme, die grenzüberschreitende Wirkung durch elektronische Medien und Vergleichbares mehr lassen nicht nur die Staaten dieser Welt, sondern auch deren Wirtschaften immer mehr zusammenwachsen. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes kommt hinzu, daß sich die vormals kommunistischen Länder im Osten, aber auch die Länder der sog. "Dritten Welt" im Süden bei der Umgestaltung ihrer Volkswirtschaften am marktwirtschaftlichen Modell orientieren. Den Ländern des Westens und Nordens eröffnen sich damit nicht nur

neue Märkte und Kooperationsbeziehungen; das "westliche Modell" wird vielmehr selbst zu einem ausschlaggebenden Vehikel im Transformationsprozeß dieser Staaten auf dem Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie zu einem mitentscheidenden Faktor für den inneren und äußeren Frieden. Im eindeutigen Interesse der westlichen Marktwirtschaften liegt es, daß dieser "friedliche Prozeß" intensiviert, jedenfalls nicht durch gewaltsame oder kriegerische Umbrüche in Frage gestellt wird.

Dr. Michael Otto, Vorstandsvorsitzender des Otto-Versand, sowie Dr. Dr. Dieter S. Lutz, Direktor des IFSH, haben deshalb die Gründung eines Diskussionsforums "Falkensteiner Gesprächskreis" mit Sitz am IFSH in Blankenese initiiert. Dieser Gesprächskreis soll hochrangige Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, aber auch anderen Bereichen, wie z.B. Militär und Medien, zusammenführen. Aufgabe soll es sein, strategische Überlebensfragen der Menschheit in Beziehung zu den praktischen Schritten einer friedlichen Weltinnenpolitik zu setzen. Von Fall zu Fall ist ferner denkbar, die von der Diskussion festgestellten Defizite und offenen Fragen über die Vergabe von Expertisen und Forschungsaufträgen einer Antwort zuzuführen. Das IFSH bietet sich als Sitz des geplanten Gesprächskreises an, weil es einen Teil der geforderten Expertise selbst einbringen kann. Es ist darüber hinaus als "Mitveranstalter" der Gespräche besonders geeignet, weil es schon zu seinen satzungsmäßigen Aufgaben gehört, wegweisend im normativen und konzeptionellen Sinne zu arbeiten und doch zugleich den nachdrücklichen Anspruch der Praxisorientierung beizubehalten.

Auf seiner ersten Sitzung am 9. Oktober 1995 hat der Falkensteiner Gesprächskreis beschlossen, sich in den kommenden Monaten mit den globalen Herausforderungen, konkretisiert am Beispiel der GUS-Staaten, insbes. Rußlands, zu befassen. Im Mittelpunkt werden voraussichtlich Fragen von Energie und Wirtschaft stehen.

Teilnehmer des Falkensteiner Gesprächskreises:

Herr Dr. Klaus Asche, Vorsitzender der Handelskammer Hamburg und  
des Vorstands des Holsten-Brauerei

Herr Prof. Egon Bahr, Bundesminister a.D.

Frau Dr. Birgit Breuel, Generalkommissarin Expo 2000

Herr Prof. Dr. Hans-Peter Dürr, Direktor IMPI, München

Herr Prof. Dr. Hartmut Graßl, Director of the World Climate Research Programme, Genf

Herr Prof. Dr. Leonhard Hajen, Präses der Behörde für Wissenschaft und Forschung

Herr Prof. Dr. Knut Ipsen, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes

Herr Prof. Dr. Freimut Leidenberger, Direktor des Instituts für Hormon- und Fortpflanzungsforschung, Universität Hamburg

Frau Dr. Angela Merkel, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Herr Dr. Michael Otto, Vorsitzender des Vorstands des Otto-Versand Hamburg

Herr Alfons Pawelczyk, Senator a.D., Generalrepräsentant Mercedes-Benz

Herr Jürgen Schrempp, Vorsitzender des Vorstands der Daimler-Benz AG

Herr Dr. Volker Schwarz, Verlagsleiter des Nomos-Verlags, Baden-Baden

Herr Prof. Dr. Udo E. Simonis, Wissenschaftszentrum Berlin

Herr Dr. Fritz Vahrenholt, Präses der Umweltbehörde, Hamburg

Herr Ulrich Wickert, Moderator, Tagesthemen

Herr Dr. Dieter Wild, Stv. Chefredakteur, Der Spiegel

### **2.2.6. Ausstellung "Phantastische Zeiten ?!"**

Vom 30. Mai bis zum 27. Juni 1995 holte das IFSH in Zusammenarbeit mit 18 in Hamburg friedenspolitisch aktiven Organisationen und Initiativen aus Gewerkschaften, Kirche und Politik die Ausstellung und Ideenwerkstatt "Phantastische Zeiten?!" nach Hamburg. Das Projekt der Münchener Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik demonstriert die weltweite Gefährdung von Frieden, Umwelt und Gerechtigkeit in einer Vielzahl von handfesten Inszenierungen, in der das Konzept der *Einen Welt* "begreifbar" wird. Rund 1000 Besucherinnen und Besucher ließen sich von geschulten Betreuern und Betreuerinnen, unter ihnen auch Nachwuchskräfte des IFSH, durch die Ausstellung im Jugendclub Movimento/DGB-Gewerkschaftshaus führen. Prominenteste Besucherin war Bischöfin Maria Jepsen, die sich inmitten der Mädchen und Jungen aus der Klasse 6c der Erich Kästner Gesamtschule phantastischen Exponate erläutern ließ und "hautnah" miterleben konnte, wie 11-jährige einen Kühlschrank mit gentechnisch erzeugten Lebensmitteln, den Original-Bauzaun des Atomkraftwerks Brokdorf und Schränke mit der Ware Mensch erleben.

Mit diesem Projekt setzte das IFSH die 1987 mit der sicherheitspolitischen Ausstellung "Schreck laß nach" begonnene Zusammenarbeit mit den Münchener Friedenspädagogen fort und präsentierte seinen seit Jahren von den Hamburger Schulen genutzten nüchternen Service in Sachen Friedenserziehung einmal anders.

### **2.2.7. Wohin treibt Deutschland?**

Unter diesem Motto stand eine gemeinsame Veranstaltung des IFSH und des Instituts für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg am 27. November 1995. Dr. Paul Walker aus den USA und Dr. Andrei Zagorski aus Rußland sowie Prof. Dr. Rainer Tetzlaff vom Institut für Politische Wissenschaft diskutierten die Erwartungen an die künftige deutsche Außenpolitik unter der Moderation von Dr. Margret Johannsen (IFSH). In seiner Einführung sagte Universitäts-Vizepräsident Prof. Dr. Arnold Sywottek u.a.:

"Zum heutigen Abend haben die Veranstalter mit der Frage "Wohin treibt Deutschland?" eingeladen - eine Frage, die nicht zum ersten Mal gestellt wird. Wenn man will, kann man unsere heutige Diskussion auch als eine Gedenkveranstaltung an eine Situation sehen, in der diese Frage schon einmal - und nicht ganz folgenlos - gestellt wurde. Im November 1965 schloß Karl Jaspers sein Buch "Wohin treibt die Bundesrepublik?" ab, das ein breites Echo fand. Er wollte, so schrieb er im Vorwort, diejenigen, 'die denken, wissen und Ziele setzen, solange Jugend noch unabhängig zu denken wagt und von hohen Antrieben beseelt ist, ... zur Klarheit dessen bringen, was sie wollen.'

Vor diesem Hintergrund ... scheint mir nur folgerichtig und angebracht, wenn wir unsere neuerlichen Gehversuche im Nachdenken über Zielbestimmungen der deutschen Außenpolitik nicht autoritär einem einzelnen Philosophen überlassen, sondern als Diskurs präsentieren - als Erörterung zwischen Wissenschaftlern, die zu ihren jeweiligen Staatslenkern in ähnlicher Distanz stehen, das heißt die sich nicht als Botschafter ihrer Präsidenten oder Kanzler oder Außenminister begreifen, sondern nur als Kenner ihrer jeweiligen Szene mit all den Vorbehalten, die da gemacht werden müssen.

Ich danke Herrn Lutz und Frau Johannsen vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik und Herrn Tetzlaff vom Institut für Politische Wissenschaft für die Vorbereitung dieses Abends; ich hoffe, daß unsere Gäste, Herr Dr. Zagorskij aus Rußland und Herr Dr. Walker aus den USA, die ich besonders begrüßen möchte, hier in unserer Universität die Rationalität vorfinden, die wissenschaftliche Diskussion über Außenpolitik benötigt, und ich wünsche uns allen eine spannende uns zur Zielklarheit im Sinne von Karl Jaspers führende Diskussion."

## **2.3. Expertisen**

### **2.3.1. Expertisen für das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB)**

Im Rahmen eines Auftrages des Unterausschusses Rüstungskontrolle und Abrüstung des Deutschen Bundestages führte das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) ein Projekt mit dem Titel "Kontrollkriterien für die Bewertung und Entscheidung bezüglich neuer Technologien im Rüstungsbereich" durch.

Zum Auftakt des Projektes fand 1993 ein Workshop mit Experten und Parlamentariern in Bonn statt, an dem Egon Bahr und Götz Neuneck die Vorstellungen des IFSH zur präventiven Rüstungskontrolle vortrugen. In einer vertiefenden Expertise über Erfahrungen und Möglichkeiten qualitativer Rüstungskontrolle unter Leitung von Egon Bahr wurden 1994 am IFSH von Götz Neuneck und Reinhard Mutz die sicherheitspolitischen und technologischen Rahmenbedingungen präventiver Rüstungskontrolle dargelegt. Insbesondere wurde untersucht, welche Technologien zukünftig verstärkt in die militärische Planung einfließen werden und inwieweit sie rüstungskontrollpolitisch erfaßt werden können. Als Ergebnis stellte sich heraus, daß die verstärkte Nutzung von zivilen Technologien für den militärischen Sektor (Dual-Use-Strategien) und die zunehmende Weiterverbreitung von Produktions- und Herstellungsstrategien in Länder, die selbst eigene Rüstungsindustrien unterhalten bzw. aufbauen, die präventive Beschränkung destabilisierender Waffensysteme deutlich erschwert.

In der 1995 durchgeführten zweiten Expertise für das TAB (siehe noch Abschn. 3, Projekt Mutz/Neuneck/Wallner) wurden vor dem Erfahrungshintergrund der traditionellen Rüstungskontrolle und mit Blick auf die Aufgaben zukünftiger Rüstungskontrollsteuerung institutionelle und verfahrensmäßige Probleme eines präventiven Rüstungskontrollansatzes genauer analysiert und mögliche Lösungen auf politische Umsetzbarkeit hin vorgeschlagen.

Allgemein gesprochen läßt sich die Funktion präventiver Rüstungskontrolle dahingehend beschreiben, die zukünftigen technologischen Entwicklungen und ihre Konsequenzen für die Sicherheitspolitik und Abrü-

stung zu erfassen, abzuschätzen, unter Rüstungskontrollaspekten zu bewerten und destabilisierende Entwicklungen einzugrenzen. Für die Abfassung des Gutachtens wurde eine "Ad-hoc-Arbeitsgruppe" aus Sozial- und Naturwissenschaftlern am IFSH etabliert. Neben den oben angegebenen Personen wirkten an der Erstellung der Studie mit: Dr. Hans-Georg Ehrhart, Dr. Margret Johannsen, Dr. Hans-Joachim Gießmann, Konrad Klingenburg, Dr. Dr. Dieter S. Lutz, Mathias Martin, Ursel Schlichting, Dr. Wolfgang Zellner. Der Informationsstand wurde mittels Materialstudien, Datenbankrecherchen und zusätzlichen Befragungen erhoben. Ausführliche Hintergrundgespräche wurden im Auswärtigen Amt, im Verteidigungs- und im Wirtschaftsministerium geführt. Darauf aufbauend lag der Schwerpunkt bei der konzeptionellen Analyse der institutionellen und instrumentellen Potentiale präventiver Rüstungskontrolle im Spannungsfeld nationaler Kompetenz und internationaler Bemühungen. Gesichtspunkte wie politische Akzeptanz und Realisierbarkeit wurden besonders berücksichtigt.

Im einzelnen wurden in der Expertise die folgenden Sachgebiete bzw. Problemfelder untersucht:

- Entwicklung der Sicherheitsstrukturen in Europa,
- Entstehung militärrelevanter Innovationen,
- neue Technologien und Verteidigungsplanung,
- Diffusion militärrelevanter Technologien,
- Proliferation,
- Strukturwandel der europäischen Rüstungsindustrien.

Dabei sind Schwachstellen der parlamentarischen Kontrolle deutlich geworden: So bedarf etwa das Verhältnis zwischen Haushalts- und Verteidigungsausschuß einer Reform. Insbesondere die gegenseitige Informationspflicht und die Zeitmargen bei der Beschaffung von Wehrmaterial müssen verbessert werden. Die Etats zur militärischen Forschung und Entwicklung müssen für die Entscheidungsträger transparenter gestaltet werden.

Als Verbesserungsvorschlag wurde die Schaffung einer Koordinierungsstelle für präventive Rüstungskontrolle angeregt, welche nicht nur einen Jahresbericht über "Rüstungskontrolle und neue Technologien" erstellen sollte, sondern auch die entsprechenden Fachausschüsse mit Ein-

zelexpertisen zu destabilisierenden Tendenzen in der Wehrentwicklung unterstützen könnte.

Aus den Ansätzen präventiver Rüstungskontrolle, die sich bereits in verschiedenen bi- und multilateralen Abkommen zu Massenvernichtungswaffen finden, konnten Lehren für die zukünftige Vereinbarung von präventiven Rüstungskontrollmaßnahmen - auch bei den konventionellen Streitkräften - gezogen werden. So z.B. die Notwendigkeit, in jedem einzelnen Fall nach Schlüsselstellen im Lebenszyklus eines Waffensystems zu suchen, die verhältnismäßig einfach und zuverlässig überwacht werden können und Aufschluß über die Einhaltung möglicher beschränkender Bestimmungen geben.

Die Arbeiten wurden im Jahr 1995 mit der Studie "Vorbeugende Rüstungskontrolle: Ziele und Aufgaben unter besonderer Berücksichtigung verfahrensmäßiger und institutioneller Umsetzung im Rahmen internationaler Rüstungskontroll- und Abrüstungsregime. Gutachten für das Büro für Technologiefolgenabschätzung des Deutschen Bundestages im Rahmen des Projekts 'Rüstungskontrollkriterien'" abgeschlossen. Sie soll 1996 als Buch veröffentlicht werden.



## 2.4. Friedensgutachten 1995

In der Woche des Erscheinens des Friedensgutachtens 1995 jährte sich zum fünfzigsten Mal die Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen. Sie beginnt mit dem Versprechen, "künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren". In scharfem Kontrast dazu stehen die vielen Schauplätze fortdauernder bewaffneter Konflikte mit teilweise monströsen Formen organisierten Tötens. Regionale Schwerpunkte sind Schwarzafrika, wo die Kämpfe zwischen den Volksgruppen der Hutu und Tutsi zu entsetzlichen Massakern geführt haben, in zweiter Linie Südwestasien mit den verheerenden Bürgerkriegen in Afghanistan, Kaschmir und in Sri Lanka.

Die fruchtbarste Strategie gegen Kriegsgewalt ist zu verhindern, daß sie entsteht. Die Friedens- und Konfliktforschung sieht darin ihr wichtigstes Aufgabenfeld. Sie unterbreitet beharrlich ihre Arbeitsergebnisse. Aber sie kann nicht ändern, daß Kriegsverhütung und zivile Konfliktlösung nun einmal zu den eher spröden Forschungsmaterien zählen, auf die sich die Scheinwerfer des öffentlichen Interesses selten richten. Folgerichtig hatte das Friedensgutachten einmal mehr den auffälligsten Mangel konzeptioneller Politik analytisch aufzugreifen: den völligen Fehlschlag des Bemühens, trotz günstiger Ausgangsbedingungen nach 1989 eine funktionsfähige Sicherheitsordnung für Europa zu entwickeln. Die jugoslawische Tragödie illustriert nur das Problem: Nicht weniger als fünf internationale Organisationen konkurrieren bei der Suche nach Frieden - die UNO und die NATO, die Europäische Union mit der WEU und ganz am Rande die OSZE, jede entweder unzuständig oder unzulänglich und alle gemeinsam mit der Aufgabe überfordert.

In der Osterweiterung der NATO kann aus zwei Gründen ein erfolgversprechender Ausweg nicht gesehen werden. Zum einen würde sie Rußland ausgrenzen mit voraussehbar sicherheitsschädlichen Konsequenzen für ganz Europa. Zum anderen kann ein militärisches Bündnis, das sich selbst als Interessengemeinschaft seiner Mitglieder versteht, keine Ordnungsfunktion außerhalb dieses Mitgliederkreises übernehmen, die das Recht zur Intervention auf Drittschauplätzen einschließt. Das würde ungleiche Sicherheit festschreiben und in Europa neue Gräben ziehen. "Die Bundesrepublik Deutschland", so folgert das Friedensgutachten, "die alle außenpolitischen Positionsgewinne seit 1989, die staatliche Vereinigung,

den Wegfall der militärischen Bedrohung einem historischen Wandel verdankt, der in Moskau begann, hat am wenigsten Grund, alte Gegnerschaften und überwundene Fronten neu zu begründen. Sie sollte sich einem Sicherheitskonzept verschreiben, das eigene Sicherheit nicht zu Lasten fremder Sicherheit erwirkt. Sie sollte alle Ansätze kooperativer Sicherheitspolitik nach Kräften fördern und sich konfrontativem Vorhaben widersetzen."

Ebenfalls vornehmlich an die deutsche Adresse wendet sich die Empfehlung zum internationalen Waffenhandel. Rüstungsexporte sind weltweit rückläufig. Nur ein Land geht gegen den Trend - die Bundesrepublik Deutschland. Sie hat ihre Verkaufserlöse aus Waffen und Militärgerät 1994 gegenüber 1992 verdoppelt. Sie liegt jetzt in der Welt auf Platz zwei vor Rußland und vor den klassischen westeuropäischen Anbietern England und Frankreich. Zusätzlich hat die Bundesregierung 1995 die nationalen Exportbeschränkungen nochmals gelockert. Die Liste der Länder, in die konventionelle Waffen deutscher Hersteller nicht geliefert werden dürfen, wurde halbiert. Staaten, in bzw. zwischen denen es keineswegs friedlich zugeht, wie z.B. Algerien, Indien und Pakistan, können jetzt deutsche Rüstungserzeugnisse kaufen. Kriegswaffen und militärische Ausrüstungen sind jedoch keine Ausfuhrgegenstände wie alle anderen. Die Bundesrepublik läuft Gefahr, ihren Ruf als zurückhaltendes Exportland zu verspielen und die internationalen Bemühungen um eine weitere wirksame Einschränkung des Waffenhandels zu erschweren.

Das Friedensgutachten veröffentlichen das IFSH, die HSFK in Frankfurt/Main und die FEST in Heidelberg gemeinsam. Es erschien 1995 zum neunten Mal. Die Federführung lag turnusgemäß beim IFSH. Als Ort der öffentlichen Vorstellung wurde erstmals statt Bonn die Bundespressekonferenz in Berlin gewählt, was zu einem nochmals breiteren Medienecho beitrug. Die Einzelanalysen haben 27 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Fachdisziplinen erarbeitet. Die Beiträge aus dem IFSH stammen von Hans-Georg Ehrhart, Hans-Joachim Gießmann, Otfried Ischebeck, Margret Johannsen, Matthias Karádi, Konrad Klingenburg, Reinhard Mutz, Ursel Schlichting, Claudia Schmid, Jörg Wallner und Wolfgang Zellner.

## 2.5. Öffentlichkeitsarbeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH

Neben den schriftlichen Publikationen (vgl. Abschnitt 4) besteht die Öffentlichkeitsarbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH im wesentlichen in Aktivitäten wie Interviews, Vorträgen, Diskussionsbeiträgen und ähnlichem mehr. Nach groben Schwerpunkten unterteilt, gibt die folgende Aufstellung diese Tätigkeiten im quantitativen Zugriff wieder.

<b>Themen</b>	<b>Vorträge</b>	<b>Podiums- disk.</b>	<b>Tagun- gen</b>	<b>Inter- views</b>	<b>Gesamt</b>
<b>Aktuelle sicherheits- pol. Fragen</b>	84	16	38	169	307
<b>Regionale Konflikte</b>	24	2	4	35	65
<b>Friedens- forschung (auch IFSH)</b>	11	-	2	4	17
<b>Friedens- pädagogik</b>	12	2	-	-	14
<b>Europ. Frie- densordnung, ESG</b>	24	2	9	7	42
<b>Weltinnen- politik</b>	7	2	1	6	16
<b>Sonstiges</b>	8	-	2		10
<b>Gesamt</b>	170	24	56	221	471

Auch 1995 gab es wieder eine große Anzahl von Anfragen an das IFSH. Medien traten mit zahlreichen Wünschen nach Interviews und Hintergrundinformationen an das Institut heran. Die Schwerpunkte des Interesses lagen im Berichtszeitraum v.a. bei der Entwicklung des Krieges in Bosnien-Herzegowina und des russischen Einsatzes in Tschetschenien. Das Problem der Nukleartests hatte ebenfalls - veranlaßt durch die französischen Atomtests auf dem Mururoa-Atoll- ein erhebliches Medieninteresse zur Folge. Wie schon im Vorjahr war auch die Frage einer deutschen Beteiligung an Blauhelm-Einsätzen wieder aktuell. Darüber hinaus fanden auch die Überlegungen des Instituts zu einem regionalen System Kollektiver Sicherheit in und für Europa breite Beachtung. Zu nennen ist eine große Zahl von Anfragen zu Diskussionsveranstaltungen besonders von gesellschaftlichen Gruppen. Das IFSH bemühte sich, allen Anforderungen nachzukommen, wenngleich mittlerweile die Grenzen der personellen und zeitlichen Ressourcen als erreicht angesehen werden müssen.

Das IFSH empfing auch 1995 wieder eine Reihe in- und ausländischer Gäste. Hervorgehoben sei der Besuch des griechischen Verteidigungsministers Gerassimos D. Arsenis am 12. Januar. In einem einstündigen Vortrag vor Gästen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH betonte Arsenis, daß die Frage des Friedens zu Unrecht immer zu sehr unter militärischen Aspekten gesehen werde. Der Frieden sei aber vorrangig ein soziales, ökonomisches und ökologisches Problem. Zusammenfassend meinte Arsenis, Frieden sei ein langfristiges strategisches Problem, das nicht von heute auf morgen gelöst werden könne. Er sagte ferner, was er vermisse, die Welt aber dringend brauche, seien Visionen, Mut und politisches Engagement.

Stellvertretend für die vielen anderen Besucher seien genannt: Botschafter a.D. Elias Pinchas, Israelisches Außenministerium; Walter Kolbow, MdB; Senator a.D. Peter Zumkley, MdB; General a.D. Manfred Opel, MdB; General Julio Arnoldo Balconi Turcios, Brigadegeneral Cesar Antonio Garcia Gonzales und Brigadegeneral Victor Manuel Ventura Arellana, Guatemala; Rainer Funke, Parlamentarischer Staatssekretär im Justizministerium; Dr. Paul Walker, Institute for Peace and International Security, Cambridge, Mass.; Konrad Gilges, MdB; Hans Swedenberg und Jan Foghelin, National Defence Research Establishment, Stockholm; Dr. Gali Oda Tealakh, Royal Scientific Society, Amman, Jordanien; Dr. Jiri Holub, Tschechisches Parlament, Prag; Kwon Tai

Young, Vizepräsident des Instituts für Verteidigungsanalysen, Korea; Seon-Hong Shon, Außenministerium, Korea; Prof. Dr. Hinka Mitreva, Sozialdemokratische Partei Mazedonien; Dr. Magnus Haavelsrud, Universität Tromsø, Norwegen; Prof. Masamori Sase, National Defense Academy, Japan (vgl. auch Abschnitt 2.1.3., der u.a. einen Teil der zahlreichen Besucher aus Osteuropa ausweist).

## 2.6. Die Arbeit der Pädagogin

Auch 1995 konnte das IFSH durch die Abordnung einer Pädagogin durch die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung an das Institut dem Wunsch von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen nach pädagogisch aufbereiteter Information zu Problemen der Friedensforschung und Sicherheitspolitik nachkommen.

Unverändert besteht eine hohe Nachfrage nach der pädagogischen Vermittlungsarbeit der abgeordneten Lehrerin. 1995 standen im Mittelpunkt der Anfragen Themen, die sich aus den Gedenktagen zum Kriegsende in Europa, der atomaren Bombardierung Hiroshimas und Nagasakis und der Gründung der Vereinten Nationen ergaben. Weitere Schwerpunkte bildeten die Operationen von UN-Blauhelmen im ehemaligen Jugoslawien, die Kontroverse über die französischen Atomtests im Südpazifik sowie der Friedensprozeß im Nahen Osten.

Inzwischen gibt es einen Stamm von Lehrern an Schulen Hamburgs sowie des Hamburger Umlandes, die mit ihren Lerngruppen das Angebot des IFSH an Information über aktuelle Themen aus der Friedensforschung und Sicherheitspolitik regelmäßig nutzen. Es handelt sich in der Mehrzahl um Grund- und Leistungskurse der Fächer Gemeinschaftskunde und Geschichte aus der Oberstufe von Gesamtschulen und Gymnasien und um Projektgruppen. Hinzu kam in diesem Jahr eine Reihe von größeren Veranstaltungen an Hamburger Schulen, in denen im Rahmen von Projekttagen zeitgeschichtliche und aktuelle Themen zur Sprache kamen. Auch diese Veranstaltungen standen im Zusammenhang mit den genannten drei Gedenktagen. Nach wie vor suchen Schüler die Beratung der Pädagogin bei der Materialsuche und der Anfertigung von Referaten und Jahresarbeiten sowie bei der Vorbereitung auf das Abitur. Darüber hinaus beriet sie Pädagogen und Pädagoginnen bei der Planung von Unterrichtseinheiten sowie bei der Erstellung von Abiturvorschlägen.

Die Pädagogin wirkte auch 1995 wieder an den einjährigen Weiterbildungsseminaren des Instituts für Lehrerfortbildung in den Fächern Gemeinschaftskunde und Geschichte (Zeitgeschichte) mit. In ihrem Mittelpunkt standen die Vorschläge des IFSH zur Neuorganisation europäischer Sicherheit im Rahmen einer Europäischen Sicherheitsgemein-

schaft sowie die Rolle der Vereinten Nationen bei der Bewältigung von Regionalkonflikten nach dem Ende des Kalten Krieges.

Die Pädagogin war verantwortlich für die Initiierung eines Hamburger Trägerkreises für die Ausstellung und Ideenwerkstatt "Phantastische Zeiten" (vgl. Abschnitt 2.2.6.), übernahm Aufgaben bei der Organisation und Einwerbung von Finanzmitteln und wirkte mit an der pädagogischen Betreuung der Besuchergruppen. Rund 1000 Schülerinnen und Schüler besuchten die "Phantastischen Zeiten" im Jugendclub Movimento/DGB-Gewerkschaftshaus.

Die IFSH-Reihe "Pädagogische Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" wurde mit drei Ausgaben fortgesetzt, die an die drei genannten Gedenktage anknüpften, mit den Titeln "Nie wieder Krieg?" Wege zum Frieden', "50 Jahre nach Hiroshima: Mit der Bombe leben?" und "Alle für jeden oder jeder für sich? Soll und Haben der Vereinten Nationen."

## **2.7. Internationales Fellowship-Programm**

Mit Hilfe der VW-Stiftung hat der Direktor des IFSH, Dr. Dr. Lutz, ein Internationales Fellowship-Programm ins Leben gerufen. Das Programm, für das die Stiftung ca. 500 000 DM zur Verfügung stellt, soll den Namen des Gründungsdirektors des IFSH, General a.D. Wolf Graf Baudissin tragen. Graf Baudissin, der am 5. Juli 1993 verstarb, gilt als Mitbegründer der heutigen Bundeswehr und als Vater der Inneren Führung.

Im Rahmen des Programmes, das u.a. auch in Kooperation mit der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg durchgeführt wird, sollen vorrangig Offiziere aus den Staaten Mittel- und Osteuropas, aber auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie zivile Angehörige der jeweiligen Verteidigungsadministrationen mit den Grundsätzen demokratischer Streitkräfte und der Einbettung in eine rechtsstaatliche Ordnung einerseits sowie in ein neues europäisches Sicherheitsgefüge andererseits vertraut gemacht werden.

Vor dem Hintergrund der epochalen Veränderungen in den Staaten der ehemaligen Warschauer Vertragsorganisation und im Zuge der Demokratisierungsprozesse der jeweiligen Reformstaaten besteht für deren militärische Streitkräfte ein Orientierungsdefizit, das vergleichbar mit der Situation bei der Gründung der Bundeswehr nach 1945 ist. Entsprechend groß ist das Interesse der Staaten Mittel- und Osteuropas an dem von Graf Baudissin entwickelten Integrationskonzept. In Fachkreisen wird bereits vom "Exportschlager Innere Führung" gesprochen. Generalinspekteur Klaus Naumann sagte am 7. Juni 1974 in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg: "Innere Führung ist zum Gütesiegel der Bundeswehr und bei der Öffnung Ost- und Mitteleuropas auch dort zu einem Modell für die Demokratie geworden".

Das Unterfangen, die vorhandenen Streitkräfte "demokratiegerecht" umzustrukturieren und sowohl ihre Eingliederung in die jeweilige Gesellschaft voranzutreiben als auch ihre Befähigung zur Zusammenarbeit mit westlichen Armeen, beispielsweise im Rahmen von OSZE-, NATO- oder WEU-Kooperationsprogrammen weiterzuentwickeln, ist eine Aufgabe, die sicherlich nicht von heute auf morgen zu lösen ist. Dieses Unternehmen ist um so erfolgreicher zu bewerkstelligen, wenn es Hilfe und Unterstützung von außen erfährt. Im Interesse Westeuropas, insbesondere



Deutschlands, liegt es deshalb, rasch einen Beitrag zum Gelingen dieser Aufgabe und damit zur Akzeptanz der Reformen und zur Festigung der Demokratie in Mittel- und Osteuropa zu leisten. Diese Aufgabe stellt sich das "Internationale Fellowship-Programm Graf Baudissin" am Institut für Friedensforschung in Hamburg.

Nach Finanzierungszusage durch die VW-Stiftung wurde das Fellowship-Programm vom IFSH international ausgeschrieben. Die erste Zusage hat Oberstleutnant Alexandr Bushan aus Weißrußland erhalten.

## 2.8. Lehrtätigkeit von Mitarbeitern des IFSH

Die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts führten die folgenden Lehrveranstaltungen durch:

### *Wintersemester 1994/1995*

1. Universität Hamburg  
Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften: Hauptseminar "Kollektive Sicherheit in und für Europa. Konzeptionelle, politische, rechtliche und militärische Aspekte" (Dieter S. Lutz)
2. Universität Hamburg  
Fachbereich Mathematik: Seminar "Mathematik und Internationale Sicherheit" (Götz Neuneck)

### *Sommersemester 1995*

3. Universität Hamburg  
Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften: Hauptseminar "Weltinnenpolitik - Probleme, Prozesse, Konzepte, Akteure. Teil I: Globale Probleme (Dieter S. Lutz)
4. Universität Hamburg  
Fachbereich Mathematik: Seminar "Mathematik und Internationale Sicherheit" (Götz Neuneck)

### *Wintersemester 1995/96*

5. Universität Hamburg  
Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften: Hauptseminar "Demokratisierung in Ostmitteleuropa - Systemwechsel im Vergleich" (Hans-Joachim Gießmann)
6. Universität Hamburg  
Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften: Hauptseminar "Weltinnenpolitik Teil II: Fallbeispiel China im Vergleich" (Dieter S. Lutz)

7. **Universität Hamburg**  
**Fachbereich Mathematik: Seminar "Mathematik und Internationale Sicherheit" (Götz Neuneck)**

## **2.9. Personalia**

Im Jahr 1995 wurden am IFSH eine wissenschaftliche Hilfskraft sowie drei studentische Hilfskräfte eingestellt. Im gleichen Zeitraum verließen das Institut zwei wissenschaftliche Mitarbeiter und drei studentische Hilfskräfte. Über das Jahr waren sieben ausländische Fellows zu einem Forschungsaufenthalt Gast des IFSH.

Ein wissenschaftlicher Mitarbeiter nahm einen dreimonatigen Forschungsaufenthalt am Center of International Relations der Queens University, Kingston/Ontario in Kanada wahr. Ferner führte eine wissenschaftliche Mitarbeiterin - finanziert über das Auswärtige Amt - eine Reihe von Forschungsgesprächen in den USA durch.

Durch den Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg wurde im April 1995 Dr. Hans-Joachim Gießmann die akademische Lehrbefähigung erteilt und der Titel eines Privatdozenten verliehen.

Zur Zeit arbeiten am IFSH der Direktor, der Stellvertretende Direktor, fünf wissenschaftliche Referentinnen und Referenten, fünf wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, eine Öffentlichkeitsreferentin, zwei abgeordnete Beamte, zwei wissenschaftliche Hilfskräfte, zwei studentische Hilfskräfte sowie sieben nichtwissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

### *Institutsangehörige:*

### *Institutsleitung:*

Wiss. Direktor: PD Dr. Dr. Dieter S. Lutz

Stv. Wiss. Direktor: Dr. Reinhard Mutz

### *Wissenschaftliche Referentinnen/Referenten:*

Dr. Hans-Georg-Ehrhart

PD Dr. Hans-Joachim Gießmann

Dr. Erwin Müller

Dr. Götz Neuneck  
Ursel Schlichting, M.A.

*Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter:*

Dr. Otfried Ischebeck  
Konrad Klingenburg, Dipl.-Pol.  
Anna Kreikemeyer, M.A.  
Ulrike Neureither, Dipl.-Pol.  
Dr. Jörg Wallner  
Dr. Wolfgang Zellner

*Öffentlichkeitsreferentin:*

Susanne Bund

*Abgeordnete Pädagogin:*

Dr. Margret Johannsen

*Abgeordneter der Streitkräfte:*

Major Dr. Jürgen Groß

*Fellows:*

Jonathan Bach/USA  
Prof. Dr. Pál Dunay/Ungarn  
Prof. Dr. Avishai Ehrlich/Israel  
Dr. Dmitri Trofimov/Rußland  
Prof. Dr. Kurt P. Tudyka/Niederlande  
Dr. Paul Walker/USA  
Dr. Andrej Zagorski/Rußland

*Wissenschaftliche Hilfskräfte:*

Matthias Karádi, Dipl.-Pol.  
Bettina Klee, M.A..

*Studentische Hilfskräfte:*

Paul Steffen  
Eva-Maria Rohr  
Tina Kamp  
Julia Bartelt  
Verena Fritz

*Sekretärinnen:*

Heike Maurer  
Gabriele Mayring  
Gunda Meier  
Heinke Peters

*Bibliothek:*

Anke Roering, Dipl.-Bibl.

*Dokumentation:*

Dagmar Otto, Wiss. Dokumentarin

*Verwaltung:*

Heidemarie Bruns

### **2.9.1. Nachwuchsförderung**

Das IFSH fördert bereits über viele Jahre hinweg nachdrücklich den wissenschaftlichen Nachwuchs. Traditionell erfolgt Nachwuchsförderung über die Mitarbeit studentischer Hilfskräfte, gegebenenfalls auch über die Mitarbeit von examinierten oder diplomierten Nachwuchswissenschaftlern und -wissenschaftlerinnen im Rahmen von Drittmittelprojekten. Das IFSH bildet darüber hinaus schulische und studentische Praktikanten aus, bietet Rechtsreferendaren ein erstes Praxis- und Betätigungsfeld, besetzt neben den studentischen Hilfskräften zwei Stellen mit wissenschaftlichen Hilfskräften, wirbt zusätzliche Mittel für Stipendiatenstellen ein und hat schließlich (mit Zustimmung von Kuratorium und Hochschulamt) eine Referentenstelle in zwei Nachwuchswissenschaftler/innen-Stellen aufgeteilt.

Im Berichtszeitraum hat ein Wissenschaftler des IFSH seine Promotion abgeschlossen. Die Arbeit wurde mit Auszeichnung (sehr gut) bewertet.

## **2.9.2. Praktika**

Im Rahmen seiner traditionell intensiven Nachwuchsförderung bietet das IFSH Studentinnen und Studenten auch die Gelegenheit zur Absolvierung eines Praktikums - ein Angebot, von dem mittlerweile stark Gebrauch gemacht wird: 1995 konnten acht Praktikantinnen und Praktikanten im IFSH hospitieren. Sie bescheinigen dem Institut ausnahmslos, ihnen einen interessanten und fruchtbaren Aufenthalt ermöglicht zu haben.

Die Praktikantinnen und Praktikanten bewerben sich teils aus eigener Initiative, teils aufgrund universitärer Studienordnungen, die Praktika als verbindliches Element des Studiengangs vorschreiben. Das IFSH wird in diesem Zusammenhang auch als Ausbildungseinrichtung anerkannt, z.B. von der Referendarausbildungsstelle des Hamburger Oberlandesgerichts.

Unter den studentischen Gästen des IFSH dominieren angehende Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler. Das Fach Politikwissenschaft ist besonders stark vertreten. An zweiter Stelle liegt die rechtswissenschaftliche Disziplin mit dem Schwerpunkt Völkerrecht. Der Frauenanteil entspricht dem an den Universitäten. Bewerbungen aus dem Ausland nehmen zu, einerseits von deutschen Studentinnen und Studenten, die an ausländischen Universitäten studieren, andererseits von Studierenden aus Staaten der Europäischen Gemeinschaft.

Ein Praktikum besteht u.a. aus der Mitwirkung in Bibliothek und Dokumentation des IFSH, der Teilnahme an den Diskussionsrunden im Hause und der Anfertigung einer dem Ausbildungsstand entsprechenden schriftlichen Ausarbeitung unter Anleitung und Betreuung durch erfahrene Institutsmitglieder.

Die Praktika, die in der Regel mindestens sechs Wochen dauern, begründen kein Arbeitsverhältnis. Eine finanzielle Unterstützung von seiten des IFSH ist nicht möglich. Trotzdem häufen sich die Praktikumsbewerbungen derart, daß die Kapazitätsgrenzen mittlerweile erreicht sind bzw. zeitweise überschritten werden. Dennoch bemüht sich das IFSH weiterhin, die Zahl der Absagen so gering wie möglich zu halten.



## **2.10. Drittmittel und sonstige Finanzierungen**

Das IFSH bemüht sich - über die Jahre hinweg kontinuierlich - um die Finanzierung von Mitarbeitern und Projekten außerhalb des regulären Institutsetats. Im Berichtszeitraum haben neun Mitarbeiter/innen ihre Tätigkeit am IFSH über Fremdfinanzierung aufnehmen bzw. fortführen können:

- VW-Stiftung: 5 Wiss. Mitarbeiter, 1 stud. Hilfskraft
- Bundesverteidigungsministerium: 1 abgeordneter Offizier
- Schulbehörde: 1 abgeordnete Lehrerin
- Büro für Technikfolgen-Abschätzung: 1 Wiss. Mitarbeiter

Das Symposium "20 Jahre nach Helsinki. Die OSZE und die Europäische Sicherheitspolitik im Umbruch" wurde durch die FHH und das Auswärtige Amt gefördert. Das Auswärtige Amt bezuschulte darüber hinaus die Veröffentlichung der Konferenzbeiträge.

Das IFSH-Seminar "Kooperative Sicherheitspolitik in Südasien" fand Unterstützung durch die VW-Stiftung.

Die Konferenz "Peacekeeping at a Crossroad?", eine gemeinsame Veranstaltung des IFSH mit dem Center for International Relations der Queen's University, Kingston/Ontario und dem Canadian International Peacekeeping Training Center, wurde von deutscher Seite finanziell von der DFG gefördert.

Die trilaterale Konferenz "Deutschland, Polen, Rußland und die europäische Sicherheit" in Warschau förderte die Stiftung für polnisch-deutsche Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und die Friedrich-Ebert-Stiftung.

Darüber hinaus förderte das Auswärtige Amt das Projekt "Friedensprozeß und Rüstungskontrolle im Nahen Osten" (Dr. Johannsen) mit Reisemitteln.

Für einen amerikanischen Fellow des IFSH stellte der German-Marshall-Fund Reisemittel zur Verfügung.

Folgende Drittmittelanträge wurden im Berichtszeitraum positiv beschieden:

- Innere Führung, Demokratie, Sicherheitspolitik/Internationales Fellowship-Programm Graf Baudissin (VW-Stiftung)
- Von Nonproliferation zu Counterproliferation: Die (richtige?) Antwort des Westens auf die globalen Proliferationsgefahren (VW-Stiftung)
- Zwischen Integration und Abschottung: Die westliche Diskussion über eine Ost-Erweiterung von Europäischer Union und NATO (VW-Stiftung). Die Mittel wurden dem Lehrstuhl für Völkerrecht an der Eötvös-Lorand Universität Budapest bewilligt, das Projekt wird in Zusammenarbeit mit dem IFSH durchgeführt.

Folgender Drittmittelantrag ist gestellt, im Berichtszeitraum aber noch nicht beschieden:

- Bedingungen und Chancen der Einbindung souveräner Staaten im internationalen Regime der Zusammenarbeit am Beispiel der Umweltpolitik der Volksrepublik China (VW-Stiftung).

## 2.11. Sonstiges

Der Buchbestand der *Bibliothek* erhöhte sich 1995 um 851 Bände auf insgesamt 19 842 Bände. Zur Zeit werden ca. 140 Zeitschriften fortlaufend gehalten. Die Arbeiten am Schlagwortkatalog wurden ebenso wie die Umstellung der Bibliothekskataloge auf EDV 1995 fortgeführt.

In der *Dokumentation*, die seit 1981 nach einer Systematik mit 16 Haupt- und inzwischen ca. 160 Unterkategorien geführt wird, werden 12 Tages- und Wochenzeitungen ausgewertet. Aus dem 'Article Alert Service', des Amerika-Hauses werden Veröffentlichungen amerikanischer Zeitungen und Zeitschriften ausgewählt und ebenfalls in die Systematik des IFSH eingearbeitet. Darüber hinaus werden zwölf regelmäßig erscheinende Presse- und Informationsdienste von Ministerien, Botschaften sowie Publikationen anderer offizieller und inoffizieller Stellen archiviert. Bibliothek und Dokumentation sind öffentlich zugänglich. Bücher, Zeitschriften und Zeitungsausschnitte sind reine Präsenzbestände. Kopiermöglichkeit ist vorhanden.

Das *Kuratorium* des IFSH tagte im Berichtszeitraum einmal. Es setzt sich derzeit aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Staatsrat Hermann Lange  
Behörde für Wissenschaft und Forschung  
- Hochschulamt -  
(Vorsitzender)

Dr. Jürgen Lühje  
Präsident der Universität Hamburg  
(Stellv. Vorsitzender)

Dr. Johannes Bastian  
Fachbereich Erziehungswissenschaft

Helmut Bilstein  
Staatsrat a.D.  
SPD-Hamburg

Uli Cremer  
GAL-Hamburg

Dr. Hartmut Delmas  
Literaturwissenschaftliches Seminar

Prof. Dr. Leoni Dreschler-Fischer  
Institut für Experimentalphysik

Manon Hamann  
Studentenvertreterin

Klaus Lattmann  
Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft  
CDU-Hamburg

Prof. Dr. Heinz Renn  
Institut für Soziologie

Prof. Dr. Rainer Tetzlaff  
Institut für Politische Wissenschaft

Der *Wissenschaftliche Beirat* trat im Berichtszeitraum nicht zusammen. Beiratssitzungen finden in der Regel im Zweijahresturnus statt. Die nächste Beiratssitzung ist für Anfang 1996 geplant. 1995 gehörten dem wissenschaftlichen Beirat an:

Prof. Dr. Marian Dobrosielski  
Universität Warschau  
(Vorsitzender)

Prof. Egon Bahr  
Bundesminister a.D., vormaliger Direktor des IFSH

Prof. Dr. Hans-Peter Dürr  
Werner-Heisenberg-Institut für Physik,  
München

**Prof. Dr. Jean Klein**  
**Institut Français des Relations Internationales, Paris**

**Prof. Dr. Adam Daniel Rotfeld**  
**Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)**

**Der *Institutsrat* trat im Berichtszeitraum zu fünf Sitzungen zusammen.**

### **3. Forschungsprojekte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**

*Hans-Georg Ehrhart*

- Peacekeeping und europäische Sicherheit

*Hans-Georg Ehrhart*

- Die friedenspolitische Rolle der EU im gesamteuropäischen Integrationsprozeß: Zur Entwicklung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP).

*Hans-Joachim Gießmann*

- Sicherheit in Ostmitteleuropa

*Hans-Joachim Gießmann*

- Rüstungspolitik, Rüstungsexporte und Probleme der Konversion in der Bundesrepublik Deutschland

*Hans-Joachim Gießmann/Dieter S. Lutz*

- Bedingungen und Chancen der Einbindung souveräner Staaten in internationale Regime der Zusammenarbeit am Beispiel der Umweltpolitik der Volksrepublik China

*Hans-Joachim Gießmann/Ursel Schlichting*

- Militär und Sicherheit in Mittel- und Osteuropa

*Jürgen Groß*

- Die eingebildete Ohnmacht. Internationale Staatengemeinschaft und lokale Kriege

*Otfried Ischebeck*

- Kooperative Strategien zur Prävention der Proliferation von Raketen und Nuklearwaffen - Perspektiven für Südasien

*Margret Johannsen*

- Die nukleare Frage im Madrider Friedensprozeß: Regionale und globale Dimensionen der Rüstungskontrollpolitik im Nahen und Mittleren Osten

*Matthias Z. Karádi*

- Europäische Sicherheit im Geflecht ineinandergreifender Institutionen - Arbeitsteilung oder Konkurrenz?

*Konrad Klingenburg*

- Vom Krisenmanagement zur Konfliktprävention - Herausforderung und Chance für Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

*Anna Kreikemeyer*

- Russische Außen- und Sicherheitspolitik in bewaffneten Konflikten auf dem Territorium der früheren Sowjetunion (1993-1995)

*Erwin Müller*

- Weltinnenpolitik: Vom Wort zum Konzept

*Reinhard Mutz*

- Europäische Sicherheit zwischen alter und neuer Frontenbildung und die sicherheitspolitische Orientierung der Bundesrepublik Deutschland.

*Reinhard Mutz/Götz Neuneck/Jörg Wallner*

- Vorbeugende Rüstungskontrolle - Ziele und Aufgaben unter besonderer Berücksichtigung verfahrensmäßiger und institutioneller Umsetzung im Rahmen internationaler Rüstungskontroll- und Abrüstungsregime

*Götz Neuneck*

- Die Weiterverbreitung und Diffusion moderner, militärrelevanter Technologien

*Ulrike Neureither/Hans-Joachim Gießmann*

Technik - Gewalt - Ethik. Entwicklung von Gesellschaft und Technik, ihrer wechselseitigen Beeinflussung und Kontrolle.

*Ursel Schlichting*

- Minderheiten und europäische Sicherheit. "Ethnische Identität" und Politik: Sprachgruppen und Wahlverhalten an ausgewählten Fallbeispielen

*Jörg Wallner/Götz Neuneck*

- Von Nonproliferation zu Counterproliferation: Die (richtige?) Antwort des Westens auf die globalen Proliferationsgefahren

*Wolfgang Zellner*

- Strategien zur Bewältigung des sicherheitspolitischen Vakuums in Osteuropa: Das Beispiel Ungarns 1990 bis 1995



**Bearbeiter: Hans-Georg Ehrhart**

**Projekt: Peacekeeping und europäische Sicherheit**

**Kurzbeschreibung:**

Nach den weltpolitischen Umbrüchen der letzten Jahre ist das wiedervereinigte Deutschland auf der Suche nach seiner künftigen friedenspolitischen Rolle. Es ist weitgehend unbestritten, daß die UNO und regionale Sicherheitsorganisationen den institutionellen Rahmen für die Schaffung bzw. Bewahrung von Sicherheit und Frieden bilden sollen. Umstritten sind hingegen die dafür einzusetzenden Mittel und deren Wirksamkeit. Das gilt auch für Peacekeeping-Operationen (PKO) der UN-Blauhelme, die noch 1988 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden waren. Die radikalen Veränderungen in den internationalen Beziehungen haben nicht nur neue Handlungsmöglichkeiten zur Konfliktregelung eröffnet. Angesichts veränderter Konfliktstrukturen verändert sich auch das Anforderungsprofil an PKO, deren sicherheitspolitische Relevanz gerade für Europa zuzunehmen scheint.

Die Möglichkeit der Anwendung militärischer Zwangsmaßnahmen im Rahmen von robustem Peacekeeping-Operationen (PKO) hat in der Bundesrepublik die politische Auseinandersetzung über die künftige friedenspolitische Rolle des wiedervereinigten Deutschland in der Welt verschärft. Die politischen Fronten verlaufen quer durch die deutsche Gesellschaft und die politischen Parteien. Die Debatte ist u.a. gekennzeichnet durch politisch-taktische Erwägungen, große Verunsicherung und viele offene Fragen. In ihrem Mittelpunkt steht das äußerst komplexe Problem eines Rechtes auf Einmischung. Demnach soll das Recht der Staaten zu einem Recht der Völker und Menschen weiterentwickelt werden, welches wiederum eine friedenspolitisch gerechtfertigte Einmischung in Form eines humanitär begründeten, die klassische staatliche Souveränität einschränkenden Interventionismus erfordert. Diesem Ansatz liegt die Vorstellung von der Notwendigkeit einer Zivilisierung von Staaten- und Gesellschaftswelt im Rahmen einer zukunftsorientierten Weltinnenpolitik zugrunde. Einerseits können vor dem Hintergrund zunehmender Interdependenzen weitere Schritte in Richtung eines sich verdichtenden Multilateralismus festgestellt werden. Andererseits steht einer Implementierung des universellen Zivilisierungsprojektes insbeson-

dere die Persistenz nationaler Egoismen und die begrenzte Reichweite der zur Verfügung stehenden Mittel entgegen.

Der Wissenschaft fällt die Aufgabe zu, die Problemkomplexität methodisch zu durchdringen und versachlichend in die öffentliche Auseinandersetzung einzugreifen. Mit der Konzentration des Projekts auf Möglichkeiten und Grenzen des Peacekeeping soll ein friedens- und sicherheitspolitischer Teilaspekt in den Mittelpunkt der Untersuchung gerückt werden, der sowohl auf globaler als auch auf europäischer Ebene zunehmende Bedeutung zu gewinnen scheint.

Die Leitfrage des Projektes lautet deshalb: Welche konflikttheoretischen und -praktischen Lehren kann die Bundesrepublik Deutschland aus den jüngsten Erfahrungen im Hinblick auf tatsächliche und mögliche friedenspolitische Funktionen von PKO im allgemeinen und auf ihren Stellenwert für die europäische Sicherheit im besonderen ableiten?

**Wissenschaftliche Kooperation:**

- Center for International Relations, Queen's University, Kingston, Kanada
- Canadian Institute of Strategic Studies, Ottawa, Kanada
- Université de Montréal, Kanada

**Veröffentlichungen zum Thema:**

- The "New Peacekeeping" and European Security: German and Canadian Interests and Issues, Baden-Baden 1995 (hrsg. zusammen mit David G. Haglund)
- Problems of Peacekeeping, in: Hans-Georg Ehrhart/Anna Kreikemeyer/Andrei Zagorski (Hrsg.), Conflict Management in the CIS: Whither Russia? Baden-Baden 1995, S. 229-243
- Peacekeeping im Jugoslawienkonflikt und die Folgen für die sicherheitspolitische Kooperation in Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 6/1995, S. 13-20.

## **Hans-Georg Ehrhart**

**Projekt:** Die friedenspolitische Rolle der EU im gesamteuropäischen Integrationsprozeß: Zur Entwicklung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)

### **Kurzbeschreibung:**

Der Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung kann durch die Unterstützung und Weiterentwicklung derjenigen Institutionen erfolgen, die sich bereits in der Vergangenheit friedenspolitisch bewährt haben. Diesbezüglich ist an erster Stelle die Europäische Union zu nennen. Als nominell stärkste Wirtschaftsmacht der Welt fällt ihr einerseits die Rolle des wirtschaftlichen Stabilitätsankers für die ostmitteleuropäischen Staaten zu. Andererseits ist sie als erfolgreiches Modell ziviler Konfliktregelung zwischen ehemals verfeindeten Staaten eine Kraft, die der Herausforderung der gesamteuropäischen Integration am ehesten gewachsen scheint. Ob sie dieser Verantwortung auch künftig gerecht werden wird, hängt wesentlich von der Fähigkeit der Harmonisierung der komplizierten Prozesse der Integrationsvertiefung und Integrationserweiterung ab. Auch wenn dieser Prozeß im Rahmen der angestrebten Wirtschafts- und Währungsunion sowie der Politischen Union nur beschwerlich voranschreitet, gibt es zu ihm keine Alternative.

Ein wichtiger Zwischenschritt wird die für 1996 geplante Überprüfungs-konferenz des Maastrichter Vertrages sein. Der Weiterentwicklung der darin verankerten gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wird während dieser Regierungskonferenz eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Will die EU außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähig werden, so sind einerseits weitreichende, die Substanz des traditionellen Souveränitätsverständnisses in Frage stellende Reformen unverzichtbar. Andererseits wird sie wegen des Konfliktpotentials an ihren Grenzen Strategien und Instrumente zur möglichst präventiven Konfliktbearbeitung entwickeln müssen. Gleichzeitig muß die künftige Rolle der WEU definiert werden, da der geänderte Brüsseler Vertrag spätestens bis zum 17. März 1997 gekündigt werden muß, wenn er einer Revision unterzogen werden soll. Dieser Prozeß steht wiederum in einer engen Beziehung zur Entwicklung des transatlantischen und des gesamteuropäischen Beziehungsgefüges sowie zu der Frage, wie künftig Sicherheit in Europa organisiert werden soll. Die in den Römischen Verträgen veran-

kerte gesamteuropäische Zielsetzung ist heute trotz vielfältiger Widerstände keine Illusion. Gleichwohl wird sie angesichts der komplexen Problemlage in Mittel- und Osteuropa nur schrittweise zu erreichen sein. Der Erfolg oder Mißerfolg der GASP wird entscheidend dazu beitragen, wie dieser Prozeß voranschreitet. Zudem ermöglicht er theoretische Erkenntnisse über das Spannungsverhältnis von konkurrierenden nationalen Interessen und inter- bzw. übernationalen Organisationen sowie über die Chancen und Grenzen integrationspolitischer Friedensstrategien. Diese Problemskizze führt zu folgenden Forschungsfragen:

1. Wie gestaltet sich die institutionelle Entwicklung der GASP?
2. Wie verläuft der Reformprozeß der WEU?
3. Welche "Ostpolitik" wird mit welchen Mitteln und Methoden im Rahmen der GASP verfolgt?
4. Welche "Südpolitik" wird mit welchen Mitteln und Methoden im Rahmen der GASP verfolgt?
5. Welche theoretischen Folgerungen über Möglichkeiten und Grenzen integrationspolitischer Friedensstrategien können aus der Analyse der Entwicklung der GASP und der WEU gezogen werden?

**Wissenschaftliche Kooperation:**

- Abteilung Außenpolitikforschung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
- Arbeitsstelle Frankreich der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn
- Europainstitut der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau

**Veröffentlichungen zum Thema:**

- Die Europäische Union am Scheideweg. Welches Europa soll es sein?, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Friedhelm Solms (Hrsg.), Friedensgutachten 1995, Münster/Hamburg 1995, S. 116-128.
- Die EU und die Sicherheit Europas (Teil I). Integrationspolitische und rüstungswirtschaftliche Aspekte, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 91, 1995.

**Bearbeiter: Hans-Joachim Gießmann**

**Projekt: Sicherheit in Ostmitteleuropa**

**Kurzbeschreibung:**

Ostmitteleuropa besitzt in der Neuordnung der sicherheitspolitischen Landschaft Europas eine besondere Bedeutung. Die Region zwischen den Staaten der EU und der GUS verfügt zum einen über vergleichsweise günstige innergesellschaftliche Voraussetzungen, die Schwierigkeiten der Demokratisierung in überschaubaren Zeiträumen zu meistern. Zum anderen aber vollzieht sich der Systemwechsel vor dem Hintergrund gravierender, vor allem wirtschaftlich-sozialer Probleme und einer nach dem Ende des Ost-West-Konflikts aufgebrochenen Instabilität des internationalen Umfelds in Osteuropa. Die ostmitteleuropäischen Staaten sind in dieser Situation zugleich nicht nur unmittelbar angrenzende Sicherheitspartner des Westens, sondern auch dessen Verbündete im Interesse einer weitergehenden Stabilisierung Osteuropas insgesamt. Die Chancen einer gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur hängen maßgeblich davon ab, ob die ostmitteleuropäische Identität und Politik künftig vorrangig durch Westanbindung oder Separierung, durch Pufferlage oder regionale Allianzbildung bestimmt werden. Die Entwicklung der Sicherheitspolitik dieser Staatengruppe ist insofern für den Bestand, für die Wirksamkeit und für die Wandlungen der europäischen Friedensordnung von großem Gewicht.

Das Projekt zielt auf die vergleichende Analyse der sicherheitspolitischen Konzeptionen, der Verteidigungs- und Streitkräfteplanung sowie der Rüstungswirtschaft der ostmitteleuropäischen Staaten im Zuge der reformerischen Gesamtentwicklung und auf Schlußfolgerungen für die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland und des westlichen Bündnisses. Besondere Berücksichtigung im Berichtszeitraum fand die Lage der Staaten der sogenannten Visegrad-Gruppe, d.h. Polens, der Tschechischen und der Slowakischen Republik sowie Ungarns.

**Wissenschaftliche Kooperation:**

- Institut für Strategische und Verteidigungsstudien, Budapest
- Institut für Internationale Beziehungen, Warschau
- Militärakademie der Tschechischen Republik, Brno

- Österreichisches Institut für Internationale Politik, Wien
- Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit

**Veröffentlichungen zum Projekt:**

- Sicherheitspolitik in Ostmitteleuropa. Probleme - Konzepte - Perspektiven, Baden-Baden, 1995.
- Die "Westdrift" Ostmitteleuropas. Probleme und Chancen der Wirtschaftsreform und die Zusammenarbeit im Rahmen der OSZE, in: OSZE-Jahrbuch Bd. 1, Baden-Baden, 1995, S. 353-364.
- Osteuropäische Sicherheit - Bedingungen, Perspektiven, Anforderungen an die Bundesrepublik Deutschland, in: Jörg Calließ/Bernhard Moltmann (Hrsg.), Die Zukunft der Außenpolitik. Deutsche Interessen in den Internationalen Beziehungen, Loccumer Protokolle Nr. 67/94, Rehburg-Loccum 1995, S. 391-400.

**Bearbeiter: Hans-Joachim Gießmann**

**Projekt: Rüstungspolitik, Rüstungsexporte und Probleme der Konversion  
in der Bundesrepublik Deutschland**

**Kurzbeschreibung:**

Die Versuche zur Neubestimmung der Rolle der Bundeswehr nach dem Ende des Ost-West-Konflikts schließen Veränderungen in der Rüstungspolitik der Bundesregierung und in der Ausrüstungsplanung der Bundeswehr ein. Die hochgesteckten Erwartungen zur Konversion der militärischen Strukturen und der wehrtechnischen Produktion haben sich indes in den vergangenen Jahren nur in sehr unbefriedigender Weise erfüllt. Erkennbar wird statt dessen eine schleichende Remilitarisierung des sicherheitspolitischen Denkens auch mit Blick auf die Einflußnahme der Bundesrepublik auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen. Ausdruck dieser Entwicklung ist - neben der Diskussion um die Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Kampfeinsätzen - vor allem die deutsche Rüstungsexportpolitik. Erstmals ist die Bundesrepublik im vergangenen Jahr unter die führenden Rüstungsexporteure der Welt gerückt, hat in absoluten Ziffern sogar traditionelle Großlieferanten wie Rußland und Frankreich überholt.

Das Projekt untersucht die schrittweise Aufweichung der noch bestehenden Restriktionen in der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung, ferner Probleme der Harmonisierung des Exportrechts innerhalb der Europäischen Union in bezug auf Kriegswaffen und sogenannte Dual-Use-Güter sowie, anknüpfend an umfangreiche Vorarbeiten, Fortschritte und Ursachen für das Scheitern politischer Konversionsbemühungen im Kontext der durch die Bundesregierung in den vergangenen Jahren schrittweise veränderten sicherheitspolitischen Vorgaben.

**Wissenschaftliche Kooperation:**

- Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit
- Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg

**Veröffentlichungen zum Projekt:**

- Regionale Konversion. Bilanz und Perspektiven, in: Jörg Calließ (Hrsg.), Die Soldaten ziehen ab - Was wird aus den Standorten, Rehburg-Loccum, 1995, S. 309-316.

- Abrüstung und Konversion in Deutschland, in: Konversion als Chance zur regionalen Entwicklung, Graue Reihe Nr. 7 (Hrsg. vom Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung - IRS), Erkener b. Berlin 1995, S. 9-14.
- Frieden schaffen mit deutschen Waffen? Der diskrete Abschied von strengen Exportkontrollen, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Friedhelm Solms, Friedensgutachten 1995, Münster/Hamburg 1995, S. 316-326.
- Tod für die Welt, in: Die Woche, Nr. 46, 10. 11. 1995, S. 11.



**Bearbeiter: Hans-Joachim Gießmann/Dieter S. Lutz**

**Projekt: Bedingungen und Chancen der Einbindung souveräner Staaten in internationale Regime der Zusammenarbeit am Beispiel der Umweltpolitik der Volksrepublik China**

**Kurzbeschreibung:**

Die Gegenwart ist von einer Vielzahl grenzüberschreitender Problemlagen gekennzeichnet, die ihre Ursache in der Art der Verfolgung von Einzelinteressen der wichtigsten Akteure der internationalen Beziehungen - der Staaten - besitzen und die insofern auch nur durch die Mitwirkung dieser Staaten im Rahmen kooperativer und kollektiver Verhaltensmuster zu lösen sind. Der Bereitschaft der Staaten, sich entsprechenden kooperativen und kollektiven Regeln und Regelungen zu unterwerfen, ist dabei in der Konsequenz eine entscheidende Bedeutung beizumessen. Das gilt vor allem für jene Staaten, die über ein herausragendes Potential zur Beeinflussung der Problemlagen verfügen. Die Volksrepublik China ist zweifellos ein Staat mit globaler Bedeutung. Angesichts dessen ist die Art und Weise, wie und in welche Richtung sich die innere Entwicklung der VR China und die Gestaltung ihrer außengerichteten Politik vollzieht, von großem Gewicht nicht nur für Asien sondern für die Zukunft der Menschheit. Dies an einem Ausschnitt der Weltpolitik - den Bemühungen um einen globalen präventiven Umweltschutz - zu untersuchen, steht in wissenschaftlicher Hinsicht im Zentrum des zur Förderung bei der Volkswagenstiftung neu eingereichten Forschungsprojekts. Das Ziel des zunächst begrenzten Projektes besteht in der Beurteilung von Chancen und Optionen sowie Hindernissen für die Mitwirkung der VR China an Regelwerken und Regimen internationaler, insbesondere zwischenstaatlicher (bilateraler und multilateraler) Zusammenarbeit am Beispiel des präventiven Umweltschutzes. Ausgelotet werden sollen Voraussetzungen und mögliche Ziele einer partiellen Preisgabe von nationalstaatlichen Souveränitätsrechten zum Vorteil kooperativer oder supranationaler Steuerungen in der internationalen Umweltpolitik. Im Rahmen des Projekts sollen kooperative Forschungsansätze an einem begrenzten, in sich relativ geschlossenen, Untersuchungsgegenstand, unter Beteiligung von Experten unterschiedlicher Fachdisziplinen in der Bundesrepublik Deutschland sowie wissenschaftlichen Einrichtungen und Einzelwissenschaftlern der VR China erprobt werden. Hierzu ist u.a. der Austausch von Wissenschaftlern beider Staa-

ten, im besonderen die projektbezogene Förderung von mehrmonatigen Forschungsaufenthalten jüngerer chinesischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen in der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen. Das Gelingen des Vorhabens vorausgesetzt, sollen die gesammelten Erfahrungen als Grundlage für ein unmittelbar anschließendes mehrjähriges Folgeprojekt mit einer erweiterten Problemperspektive genutzt werden.

**Wissenschaftliche Kooperation (geplant):**

- Institut für Asienkunde, Hamburg
- China Institute of Contemporary International Relations, Beijing
- Institute of World Economics and Politics, Beijing

**Veröffentlichungen zum Projekt:**

- Chinas Umweltpolitik - "Totentanz" einer globalen Ökokatastrophe?, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 1/1995, S. 31-35.
- Zivilisierung durch Weltinnenpolitik?, in: Berliner Debatte Initial, 6/1995, S. 13-22.

**Bearbeiter: Hans-Joachim Gießmann/Ursel Schlichting**

**Projekt: Militär und Sicherheit in Mittel- und Osteuropa**

**Kurzbeschreibung:**

Die Debatte um die zukünftige europäische Sicherheitsarchitektur, um ein "umfassendes Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert", hält an. Die Kernfragen betreffen die Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Staaten in gesamteuropäische Strukturen, insbesondere die zukünftige Rolle Rußlands. Für Zündstoff sorgt vor allem die Diskussion um die NATO-Osterweiterung. Die Frist für die Umsetzung der Bestimmungen des KSE-Vertrags ist im November 1995 abgelaufen. Dennoch gibt es auch hier noch substantielle Auseinandersetzungen. So zeigen z.B. die russischen Änderungswünsche, daß auch Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle noch nicht geklärt sind.

Welches sind die militärischen und (außen- und sicherheits-) politischen Voraussetzungen in den Ländern Mittel- und Osteuropas für zukünftige gesamteuropäische Entwicklungen? Im "Handbuch Sicherheit" haben die Bearbeiter im Jahre 1995 erstmals versucht, die Militär-, Rüstungs- und Sicherheitspolitik der mittel- und osteuropäischen Staaten umfassend zu dokumentieren, Tendenzen und Entwicklungsrichtungen aufzuzeigen und kritisch zu analysieren. Angesichts der noch immer offenen Fragen, der Veränderungen von Positionen und Einstellungen aufgrund sich wandelnder Rahmenbedingungen (wie z.B. der gewaltsame Ausbruch neuer oder die Eskalation alter Krisen und Konflikte) und anhaltender Transformationsprobleme sollen in einer aktualisierten Neufassung des Handbuchs die derzeitigen Bedingungen in 22 mittel- und osteuropäischen Ländern untersucht werden. Die synoptische Darstellung in Form von Länderkapiteln soll anhand der wichtigsten Daten, Informationen und Konzeptionen, die den militär- und sicherheitspolitischen Orientierungen der Staaten zugrunde liegen, sowohl einen Einblick in die Situation und Interessenlage der Einzelstaaten als auch eine vergleichende regionale Perspektive bieten.

In den einzelnen Länderkapiteln soll zunächst anhand umfangreichen Zahlenmaterials ein detaillierter Überblick über die jeweiligen nationalen Streitkräfte (u.a. Umfang, Struktur, Bewaffnung, Personalplanung und Haushalt) gegeben werden. Grundzüge der Militärdoktrinen sowie

Daten zur Rüstungswirtschaft sind weitere Übersichtskapitel. Inhaltliche Analysen folgen unter dem Stichwort "Sicherheitspolitik". Untersucht und dargestellt werden zum einen Konflikte und Konfliktpotentiale in und zwischen den Einzelländern sowie die grundsätzlichen Orientierungen und Konzepte der jeweiligen nationalen Außen- und Sicherheitspolitik. Im einzelnen beleuchtet wird das Verhältnis des jeweiligen Staates zur UNO, zur OSZE, zur NATO, zur EU/WEU sowie gegebenenfalls zu regionalen Bündnissen und Kooperationsforen. Hierbei stehen beispielsweise Fragen nach den Einstellungen zur NATO-Osterweiterung, nach dem Fortgang der Abrüstungs- und Rüstungskontrollbemühungen u.a. im Rahmen der START-Verträge und des KSE-Vertrages, nach der zukünftigen Rolle, die die Einzelstaaten der OSZE beimessen, oder die Frage nach der Rolle Rußlands innerhalb der GUS im Mittelpunkt.

**Wissenschaftliche Kooperation:**

- Institut für Strategische Grundlagenforschung an der Österreichischen Landesverteidigungsakademie, Wien

**Veröffentlichung zum Thema:**

- Handbuch Sicherheit. Militär und Sicherheit in Mittel- und Osteuropa. Daten - Fakten - Analysen, Baden-Baden 1995.

**Bearbeiter: Jürgen Groß**

**Projekt: Die eingebildete Ohnmacht. Internationale Staatengemeinschaft und lokale Kriege**

**Kurzbeschreibung:**

Fünf Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges in Europa wird immer deutlicher, daß er eine Fülle anderer Konfliktpotentiale nur verdeckt bzw. deren Austragung verhindert hatte. Diese vergessenen und überlagerten Konflikte drängen sich jetzt wieder in den Vordergrund.

Die wirklich bedeutsamen globalen Zukunftsaufgaben der Menschheit jedoch erfordern die Bündelung aller Energien und Kräfte. Lokale Kriege lenken davon ab und sind somit auch unter diesem Aspekt in hohem Maße dysfunktional. Ihre Verhinderung bzw. rasche Beendigung ist daher eine Aufgabe höchster Priorität und Dringlichkeit. Gefragt ist die ständige Ausdifferenzierung und flexible Verknüpfung eines breiten Spektrums von Konfliktbearbeitungsinstrumenten. Dieser Optimierungsprozeß wird langwierig und mühsam sein, und auch Rückschläge werden nicht ausbleiben; von einer zwangsläufigen Ohnmacht der internationalen Staatengemeinschaft kann jedoch keine Rede sein.

Ohne die Zustimmung der Bevölkerung, die mehr sein muß als eine vordergründige verbale Duldungsbereitschaft, erscheint eine solche Politik aber utopisch. Es sollte daher zunächst untersucht werden, was den Bürgern und Bürgerinnen in diesem Bereich zugemutet werden kann.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß weder die Vereinten Nationen noch irgendwelche einzelnen Staaten oder Allianzen über die Mittel verfügen, allen ausgebrochenen militärischen Konflikten ein Ende zu setzen. Da es jedoch keine Alternative sein kann, "Brandherde von selber ausbrennen" zu lassen, ist ein breites Spektrum von eingeübten Mechanismen, von Kräften und Mitteln notwendig, die (a) regional zu differenzieren und (b) schwerpunktmäßig auf die Früherkennung von Konflikten und die präventive Verhinderung ihrer gewaltsamen Austragung auszurichten sind.

Unter Zugrundelegung der gewonnenen Erkenntnisse über die Einstellung der Öffentlichkeit zu dieser Problematik sollte versucht werden, Instrumente des internationalen Krisenmanagements zu bewerten und zu einem Konzept zu verknüpfen.

Das Projekt wurde im Jahre 1995 mit einer Veröffentlichung abgeschlossen.

### **Wissenschaftliche Kooperation**

- Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg
- Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Strausberg

### **Veröffentlichungen zum Thema:**

- Die unterschätzte Öffentlichkeit, Sicherheitspolitische Einstellungen der Bundesbürger, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 2/1995, S. 114-119.
- Die eingebildete Ohnmacht. Internationale Staatengemeinschaft und lokale Kriege, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 95, Hamburg 1995.

**Bearbeiter: Otfried Ischebeck**

**Projekt: Kooperative Strategien zur Prävention der Proliferation von Raketen und Nuklearwaffen - Perspektiven für Südasien**

**Kurzbeschreibung:**

Die Proliferation von Kernwaffen und deren Trägersystemen in Südasien ist zu einem brennenden Thema der globalen Sicherheitspolitik geworden. Indien und Pakistan sind dabei, Kurzstreckenraketen bereitzustellen, die einen Kernsprengkopf tragen können. Trotz geringer Reichweite (80-250 km) können diese Raketen Millionenstädte bedrohen (z.B. Lahore und Delhi). Weder Indien noch Pakistan scheinen bereit zu sein, dem nuklearen Nicht-Verbreitungsvertrag beizutreten. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß regionale Konflikte in Kaschmir und in der pakistanischen Südprowinz Sindh in den vergangenen Jahren zu einer krisenhaften Verschlechterung des indisch-pakistanischen Verhältnisses geführt haben.

Das Projekt untersucht Wege, wie die militärische Zuspitzung im Verhältnis der beiden Länder in kooperativer Weise stabilisiert werden kann. Insbesondere werden Wege gesucht, die Bedrohungen durch Kernwaffen und Raketen einzudämmen.

Möglich sind klassische Zugänge, die sich im Ost-West-Konflikt bewährt haben: Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung. Dabei müssen die Verflechtungen von lokalen Konflikten mit strategischen Überlegungen und Rüstungsanstrengungen zu einer nuklearen Abschreckung im südasiatischen Raum berücksichtigt werden. In strategischer Hinsicht sind die Verhältnisse hier sehr verschieden von denen des zurückliegenden bipolaren Ost-West-Konflikts. Indien sieht seine Aufrüstung mit Kernwaffen und Raketen vor allem als einen Versuch, im asiatischen und im globalen Rahmen politisch mit China gleichzuziehen. Indien versucht, mit diesen Rüstungsanstrengungen den Status einer sicherheitspolitisch bestimmenden Macht im Raum des Indischen Ozeans zu erlangen. Pakistan sieht hingegen die nukleare Bedrohung direkt im Zusammenhang mit den pakistanisch-indischen Regionalkonflikten.

Zum anderen können Kooperationen im nicht-militärischen Bereich zwischen Forschungs- und Entwicklungszentren in Südasien Signale für eine zivile Kooperation in Feldern fortgeschrittener Technologie setzen. Energieprogramme und Nutzung des Weltraums zur Kommunikation, zur regionalen Wettervorhersage und zur Fernerkundung können dabei eine wichtige Rolle spielen. Als Teil einer "erweiterten Sicherheitspolitik" können diese Programme längerfristig einen Beitrag zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung, zum Umweltschutz und zur Armutsbekämpfung leisten. Sie stehen so im Rahmen einer "erweiterten Sicherheitspolitik".

Eine Einbindung europäischer Institutionen und Forschungsinstitute in diese Programme kann zum einen die regionale Kooperation unter den südasiatischen Ländern fördern, zum anderen auch für die beteiligten europäischen Institutionen selbst Nutzen bringen. Sie kann dazu beitragen, daß die Anstrengungen der Entwicklungsländer in Bereichen fortgeschrittener Technologie nicht nur als potentielle militärische Bedrohung der Industrieländer gesehen wird.

Das Projekt wurde 1995 abgeschlossen.

**Wissenschaftliche Kooperation:**

- Quaid-I-Azam University, Islamabad, Pakistan
- Institute for Defence Studies and Analyses, New Delhi, Indien

**Veröffentlichung zum Thema:**

- Kernwaffen in Südasien: Die Proliferation muß gestoppt werden, in: Wissenschaft und Frieden 4/1994, S. 19-23.



**Bearbeiterin: Margret Johannsen**

**Projekt:** Die nukleare Frage im Madrider Friedensprozeß: Regionale und globale Dimensionen der Rüstungskontrollpolitik im Nahen und Mittleren Osten

**Kurzbeschreibung:**

Die Auflösung des Ost-West-Konflikts führt dazu, daß sich die internationalen Politik fragmentiert und in Folge dieses Prozesses regionale Sicherheitssysteme wachsende Bedeutung erlangen. Zwischen regional-spezifischen Strategien zur nuklearen Rüstungskontrolle und dem global angelegten Regime des Nichtverbreitungsvertrags (NPT) besteht gleichwohl ein interdependentes Verhältnis. Dies gilt aufgrund ihrer hohen Bedeutung für die internationale Sicherheit in besonderem Maße für die Region des Nahen und Mittleren Ostens.

Neben Südasien ist der Nahe und Mittlere Osten eine der sensibelsten Proliferationsregionen weltweit, der darüber hinaus nach wie vor hohe Bedeutung für die europäische Sicherheit zuzusprechen ist. Untersucht werden sollen sowohl global angelegte Strategien zur Nichtweiterverbreitung als auch die Möglichkeiten, die der nahöstliche Friedensprozeß für eine nachhaltige Lösung der Sicherheitsdilemmata bietet, die mit der - bereits bestehenden und nicht auszuschließenden weiteren - Nuklearisierung des Nahen und Mittleren Ostens verbunden sind. Ziel des Projektes ist die Identifikation von Hindernissen, die der Errichtung einer nuklearwaffenfreien Zone in der Region entgegenstehen, sowie von Schritten, die geeignet sind, diese Hindernisse zu überwinden.

Um die Region rüstungspolitisch zu stabilisieren, müssen erstens die regionalen Territorialkonflikte politisch geregelt sein und sind zweitens Syrien, langfristig auch Irak und Iran in die Vereinbarungen einzubeziehen. Allein dieses Erfordernis macht deutlich, mit welcher langen Zeitspannen zu rechnen sein wird. Hierüber besteht ein breiter Konsens in der Fachwelt. In Expertenkreisen umstritten ist hingegen die Bedeutung, die einerseits dem konventionellen Kräfteverhältnis und der Verbreitung chemischer Waffen in der Region und andererseits vertrauensbildenden Maßnahmen und konventioneller Rüstungskontrolle für eine Agenda zur Identifikation von Schritten zukommt, die langfristig zur Errichtung einer nuklearwaffenfreien Zone im Nahen Osten führen könnten. Klä-

rungsbedarf besteht auch bei der Frage nach dem Verhältnis von bilateralen und multilateralen Foren sowie von regionalen und globalen Ansätzen zur Nichtverbreitung bzw. zur Rückführung bereits erfolgter Proliferation. Verifikationsfragen dürften in diesem Zusammenhang eine herausragende Rolle spielen.

Neben der Untersuchung dieser systematischen Probleme wird sich das Projekt auch den Möglichkeiten von zwei außerregionalen Akteuren widmen, zu Fortschritten bei den multilateralen Rüstungskontrollgesprächen beizutragen. Zum einen wird die rüstungskontrollpolitische Agenda der USA - heute der einzige relevante externe Anbieter von Sicherheit in der Region und daher Hauptsponsor des Madrider Friedensprozesses und Koordinator der Working Group on Arms Control and Regional Security (ACRS) - untersucht und auf ihre Problemlösungsfähigkeit geprüft. Zum anderen wird der Frage nachgegangen, in welcher Weise die Bundesrepublik Deutschland dazu beitragen kann, die Gespräche über Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung in der Region voranzubringen.

**Wissenschaftliche Kooperation:**

- Congressional Research Service, Washington, D.C.
- Royal Institute of International Affairs, London
- The Jaffee Center for Strategic Studies, Tel Aviv
- The Royal Scientific Society, Amman

**Veröffentlichungen zum Thema:**

- Die Chancen für eine Denuklearisierung des Nahen Ostens im Lichte des arabisch-israelischen Friedensprozesses, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 3/1995, S. 148-156.

**Bearbeiter: Matthias Z. Karádi**

**Projekt: Europäische Sicherheit im Geflecht ineinandergreifender Institutionen - Arbeitsteilung oder Konkurrenz?**

**Kurzbeschreibung:**

Seit dem Ende des Ost-West-Systemantagonismus befindet sich der europäische Kontinent auf der Suche nach einer adäquaten Sicherheitsarchitektur. Die Reform, Anpassung und Erweiterung der bestehenden relevanten Institutionen stehen im Mittelpunkt des Interesses. Gegenwärtig zeichnet sich die europäische sicherheitspolitische Realität durch ein institutionelles und konzeptionelles "Durchwursteln" und ein schwer durchschaubares Nebeneinander und Miteinander der "interlocking institutions" aus, mit denen sich der Nachteil verbindet, daß sie zugleich als "interblocking institutions" wirken.

Ziel des Projektes ist es, das europäische Institutionengeflecht von NATO, WEU, OSZE und UNO zu entwirren, d.h. zu untersuchen, welche Aufgaben und sicherheitspolitischen Funktionen die einzelnen Institutionen erfüllen, erfüllen könnten oder erfüllen möchten.

Drei sicherheitspolitische Grundkonzeptionen lassen sich unterscheiden:

- *die atlantische Konzeption:* Primat der NATO, um die USA so fest wie irgend möglich in Europa zu verankern;
- *die westeuropäische Konzeption:* zügiger Ausbau der WEU als Alternativorganisation;
- *die gesamteuropäische Konzeption:* Aufbau eines regionalen Systems kollektiver Sicherheit unter gleichberechtigter Teilhabe Rußlands im OSZE-Rahmen.

Es stellt sich die Frage, ob eine einseitige Realisierung einer dieser Optionen möglich oder gar wünschenswert ist. Die unterschiedlichen Interessen der unterschiedlichen Akteure legen vielmehr den Schluß nahe, daß einseitige Optionen sich von selbst verbieten.

Aus dem oben gesagten lassen sich folgende Fragenkomplexe ableiten:

- Wie kann der gegenwärtige Institutionenwirrwarr zu einem wirksamen arbeitsteiligen System kooperativer Sicherheit umgewandelt werden? Welche Ansätze können nebeneinander laufen, welche stehen sich diametral gegenüber? Welche Institutionen müßten aufgewertet, welche in ihren Kompetenzen beschnitten werden?
- Inwieweit ist das Konzept der "interlocking institutions" in sich schlüssig? Besteht überhaupt die Möglichkeit einer wirksamen Arbeitstei-

lung oder stehen nicht vollkommen unvereinbare sicherheitspolitische Konzepte hinter den einzelnen Institutionen?

- Soll die NATO um die osteuropäischen Staaten erweitert werden? Wie sind im Rahmen der NATO-Reform die PfP der NACC und die Rolle der NATO als ausführendes Organ der UNO zu bewerten?
- Können die westlichen Institutionen nach Ostmitteleuropa behutsam ausgedehnt und das übrige Osteuropa (GUS) gleichzeitig sicherheitspolitisch im Rahmen einer aufgewerteten OSZE und des NACC eingebunden werden?
- Wie kann die OSZE aufgewertet werden? Welche Aufgabenüberschneidungen bestehen im besonderen zwischen OSZE und NATO/NACC und PfP?
- Welche nationalstaatlichen Interessen favorisieren aus welchem Grunde bestimmte Institutionen?

*These:* Hauptziel europäischer Sicherheitspolitik muß es sein den atlantischen, den westeuropäischen und den gesamteuropäischen sicherheitspolitischen Ansatz vertreten durch NATO, WEU/EU und OSZE zu einem wirksamen Konzept europäischer Sicherheit zu verbinden. Die jeweiligen Stärken begründen jedoch zugleich die Schwächen der Institutionen. Zudem stellt sich die Frage, ob die Stärken beliebig zu kombinieren sind. Eine eindeutige Festlegung der spezifischen Aufgaben und Kompetenzen ist hierfür erforderlich.

#### **Wissenschaftliche Kooperation:**

- Arbeitsstelle für transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik, Freie Universität Berlin

#### **Veröffentlichungen zum Thema:**

- Auf den Trümmern der "Neuen Weltordnung". Das Scheitern von UNO und NATO im Balkankrieg, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 1/1995, S. 16-23 (zusammen mit Konrad Klingenburg).
- Chancen und Risiken von militärischen Aktionen unter dem Dach der UNO, in: IPW der Universität Heidelberg (Hrsg.), 50 Jahre Vereinte Nationen. Begleitreader zum IPW-Forum 1995, S. 87-98.
- Putting Troops on Russians' Border?, in: European Brief July/ August 1995, S. 41f.

**Bearbeiter: Konrad Klingenburg**

**Projekt: Vom Krisenmanagement zur Konfliktprävention - Herausforderung und Chance für Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts**

**Kurzbeschreibung:**

Die Hoffnung, mit dem Ende des Kalten Krieges würde auch eine Zivildisierung der internationalen Beziehungen in Europa einhergehen, muß nach den Ereignissen seit 1991 eher als unerfüllbare Illusion charakterisiert werden. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien steht als Synonym für das Scheitern der Bemühungen der Staatengemeinschaft, den gewaltsamen Austrag von Konflikten zu verhindern, sie einer friedlichen Lösung zuzuführen und mithin gewaltverhütend tätig zu werden. Allerdings sind dafür weniger die Organisationen selbst als vielmehr ihre Mitgliedstaaten verantwortlich zu machen, die die notwendige Unterstützung in jeder Hinsicht vermissen lassen. Weder die Vereinten Nationen (UNO) noch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) oder die Europäische Union konnten vor diesem Hintergrund den ihnen zugedachten Platz als Schaltstellen in einer neuen, friedlichen europäischen Ordnung ausfüllen und als Ordnungsinstrumente tätig werden. Die genannten Organisationen stehen den neuen Kriegen und deren verändertem - nämlich zumeist innergesellschaftlichen - Charakter hilflos gegenüber.

Aus der Ohnmacht der internationalen Gemeinschaft lassen sich grundsätzlich zwei Schlüsse ziehen: erstens, daß multinationales Krisen- und Konfliktmanagement aufgrund seiner vielfältigen immanenten Schwierigkeiten und Defizite fast zwangsläufig scheitern muß. Umgekehrt läßt sich aber aus der Ohnmacht folgern, daß die Strategien und Instrumente, die internationalen Organisationen zum Krisen- und Konfliktmanagement zur Verfügung stehen, verändert und verbessert werden müssen. Im Mittelpunkt der einschlägigen Diskussionen stehen zwei Konzepte: einerseits die Effektivierung der militärischen Schlagkraft der UNO sowie der relevanten Regionalorganisationen; andererseits ein Umdenken, das darauf abzielt, die UNO und andere Organisationen dazu zu befähigen, künftig frühzeitig auf Krisen und Konflikte reagieren zu können und zumindest deren Eskalation zu Kriegen zu verhindern.

Folgende konkrete Fragen stehen auf der Projekt-Agenda:

- Welche Rolle können heute internationale Organisationen (beispielhaft die OSZE) bei der Friedenssicherung überhaupt spielen? Wie sollte die Arbeitsteilung zwischen global und regional tätigen Organisationen funktionieren?
- Welches Verständnis von Konfliktprävention bzw. Gewaltverhütung ist in den internationalen Organisationen vorherrschend? Über welche Präventions-Konzepte verfügen sie? Welche "flankierenden Maßnahmen" stehen zur Verfügung?
- Wann sollen präventive Aktivitäten einsetzen? Wer leitet sie aufgrund welcher Datenlage in die Wege? Gibt es in anderen wissenschaftlichen Disziplinen Anknüpfungspunkte, um diese Fragen zu beantworten?
- Welche praktischen Erfahrungen hat die OSZE mit präventiver Diplomatie gemacht?
- Wie müßte die OSZE reformiert werden, damit sie künftig eine aktivere und erfolgreichere Rolle im Bereich von Konfliktprävention bzw. Gewaltverhütung spielen kann?
- Welche Organisationen oder Gruppen auf der nichtstaatlichen Ebene gibt es, die die OSZE bei der Wahrnehmung ihrer neuen Funktion unterstützen könnten? Wie müßte in Zukunft die Zusammenarbeit von staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen geregelt werden?
- Wie könnte (besser: müßte) ein analog zu anderen wissenschaftlichen Disziplinen und gesellschaftlichen Bereichen entwickeltes idealtypisches politisches Präventionskonzept aussehen?
- Welche innergesellschaftlichen Voraussetzungen erhöhen die internationalen Anwendungschancen der Prävention? Worin könnte der konkrete Beitrag einer zivilen bundesdeutschen Außenpolitik zur Steigerung der Präventionskompetenz bestehen?

#### **Wissenschaftliche Kooperation:**

- Dr. Albrecht Schnabel, American University of Bulgaria, Blagoevgrad

#### **Veröffentlichung zum Thema:**

- Von der Reaktion zur Aktion. Sicherheitspolitik heißt auch Kampf gegen Armut, für Demokratie und Menschenrechte, in: Freie Presse Chemnitz, 20.10.1995.

**Bearbeiterin: Anna Kreikemeyer**

**Projekt:** Russische Außen- und Sicherheitspolitik in bewaffneten Konflikten auf dem Territorium der früheren Sowjetunion (1993-1995)

**Kurzbeschreibung:**

Seit der Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) fanden auf dem Territorium der früheren Sowjetunion mehrere bewaffnete Konflikte statt, die zahlreiche Menschenleben forderten und große Fluchtbewegungen auslösten. Trotz einer leichten Stabilisierung Ende 1995 bestehen weitere Konfliktrisiken. Rußland war und ist in verschiedener Weise in diese bewaffneten Konflikte verwickelt. Das von der Volkswagen-Stiftung geförderte Forschungsprojekt hat das Ziel, die russische Außen- und Sicherheitspolitik in bewaffneten Konflikten in der GUS an sechs Fallstudien (Dnjestr-Region Moldavien, Nagornyj-Karabach, Süd-Ossetien, Abchasien, Inguschetien/Nord-Osseten, Tschetschenien) zu untersuchen.

Ergebnis des Projekts ist u.a., daß die veränderten Rahmenbedingungen russischer Sicherheitspolitik in der Transformationsperiode, die russischen Sicherheitsinteressen und die jeweiligen Akteurskonstellationen autochthone Konfliktursachen überlagerten und konfliktverschärfend wirkten.

Während der Transformationsphase wird die russische Außen- und Sicherheitspolitik in hohem Maße von den schwankenden Kräfteverhältnissen konkurrierender Akteure beeinflusst. In dem Maße wie nationalistische Kreise an Einfluß gewinnen, kommt es zu hegemonialem Verhalten Moskaus bei Konfliktregelungen. In den untersuchten Konflikten oszillierte die russische Sicherheitspolitik zwischen Militarisierung und Chaotisierung. Die Auswirkungen dieser Trends erhöhten die Risiken einer Eskalation zu zwischenstaatlichen Kriegen und trugen zu einer Verschärfung anderer außenpolitischer Konflikte bei. Hegemoniales Verhalten und unkontrollierte Militäreinsätze von russischer Seite erhöhten das Gewaltisiko. Bei multilateralen Formen der Konfliktregelung stellte sich die Frage ihrer Wirksamkeit einerseits und der Bereitschaft Rußlands, sie zu nutzen, andererseits. Die stabilisierende Rolle der Hegemonialmacht Rußland im GUS-Raum ist daher ambivalent.

Das deutsch-russische Kooperationsprojekt wurde Ende 1995 abgeschlossen. Die Forschungsergebnisse werden in einer Monographie veröffentlicht.

#### **Wissenschaftliche Kooperation**

- Staatliches Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO), Moskau.

#### **Veröffentlichungen zum Thema:**

- Renaissance of Hegemony and Spheres of Influence - The Evolution of the Yeltsin-Doctrine, in: Hans-Georg Ehrhart/Anna Kreikemeyer/Andrei V. Zagorski (eds.), Conflict Management in the CIS. Whither Russia?, Baden Baden 1995, S. 193-214.
- Introduction; Conclusion, in: Hans-Georg Ehrhart/Anna Kreikemeyer/Andrei V. Zagorski (eds.), Conflict Management in the CIS. Whither Russia?, Baden Baden 1995, S. 11-16, 255-260 (zus. mit Hans-Georg Ehrhart und Andrei V. Zagorski).



**Bearbeiter: Erwin Müller**

**Projekt: Weltinnenpolitik: Vom Wort zum Konzept**

**Kurzbeschreibung:**

An der Schwelle zum dritten Jahrtausend steht die Menschheit vor qualitativ neuen oder doch in ihrer Größenordnung bislang unbekanntem Herausforderungen, die sich ihrer singulären Natur wegen nicht in das vertraute Problemspektrum einpassen lassen, sich zu diesem jedoch hinzudaddieren. Sie verdanken sich Prozessen der destruktiven Veränderung der Biosphäre durch Menschenhand, ermöglicht von der Entwicklung und Anwendung technologischer Optionen. Als Stichworte mögen "global warming" und Klimakollaps genügen.

Ihre Aktualität für die Friedensforschung gewinnen Phänomene dieses Kalibers durch ihre immanente Konflikträchtigkeit, d.h. durch ihr Vermögen, in der Konsequenz neue Konfrontationslinien aufzubauen.

Selbst dann aber, wenn es keine neuen Problemtypen gäbe, wäre die Nachfrage nach innovativen Konzepten zur Bewältigung zunehmend globalisierter Herausforderungen doch mehr als gesichert: Die Hoffnung auf eine neue, friedlichere Weltordnung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hat sich längst als Illusion erwiesen. Der Krieg - eine intellektuell ehemals anderen Kontinenten zugewiesene barbarische und atavistische Form des Konfliktaustrags - ist nach Europa "zurückgekehrt". Andernorts war er ohnehin nie von der Bildfläche verschwunden: Über Tendenzen zu separatistischer Fragmentierung erleben die Strukturmuster organisierter kollektiver Gewaltanwendung eine dramatische Hochkonjunktur. Weitere Konfliktkonstellationen könnten sich der zunehmenden Verknappung öffentlicher wie privater Ressourcen, u.a. strategischer Rohstoffe und Energieträger, verdanken.

Aus dieser akuten Lage wie den potentiellen Perspektiven erwächst der Friedensforschung die Verpflichtung, sich einem breiten Spektrum sozial relevanter intellektueller Herausforderungen zu stellen. Dazu gehört in der Rubrik der analytischen und normativen Problemlösungsansätze unzweifelhaft die im internationalen Maßstab unter wechselnden sprachlichen Etikettierungen mit zunehmender Intensität diskutierte Idee einer "Weltinnenpolitik".

Der Diskurs ist jedoch nicht allzuweit gediehen: Feste Anhaltspunkte fehlen; Konturen sind nur undeutlich wahrnehmbar; das Profil des Konzepts harret seiner Modellierung.

Dieser Stand der Dinge legt mit einer gewissen Zwangsläufigkeit etliche Forschungsdesiderate nahe, die sich in diverse Leitfragen ummünzen lassen:

1. Was heißt "Weltinnenpolitik", wenn man begriffsanalytisch an die Frage herangeht und sich der Kriterien und Charakteristika von "Innenpolitik" im allgemeinen vergewissert?
2. Kann es demzufolge eine "Weltinnenpolitik" im strengen Sinne des Innenpolitik-Konzepts überhaupt geben?
3. Welches sind die strukturellen Voraussetzungen und Prämissen (die notwendigen Bedingungen im Sinne der "conditio sine qua non") für die Chance, Weltinnenpolitik treiben zu können?
4. Ist Weltinnenpolitik nur auf der Basis globaler Staatlichkeit ("Weltstaat") implementierbar, oder bieten sich Alternativoptionen nichtetatistischer Natur an?
5. Welche konkrete Gestalt könnten diese Varianten annehmen, wenn man sie nicht anhand einer stets dem Utopieverdacht ausgesetzten freien Phantasie kreiert und propagiert, sondern als Resultat einer Durchmusterung des Fundus an historisch-empirischen Modellen präsentiert, die ihre Leistungsfähigkeit bereits unter Beweis gestellt haben (hier insbes. internationale und supranationale Organisationen, aber auch Konföderationen)?

Die Anpassung der analysierten Modelle an die Erfordernisse der Zeit soll es in der Konsequenz gestatten, ein breites Spektrum von Optionen für die organisatorische Gestaltung von Weltinnenpolitik anzubieten. Die Evaluation und präzise Benennung ihrer Vorzüge und Defizite unter besonderer Berücksichtigung ihres prinzipiell in einem Verhältnis umgekehrter Proportionalität stehenden Effizienz- und Realisierbarkeitsaspektes soll der Umsetzung des konvenierendsten Konzepts in Realpolitik die Grundlage bereiten.

#### **Veröffentlichungen zum Thema:**

- "Weltinnenpolitik" - mehr als ein Wort?, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 1/1995, S.7-12.

**Bearbeiter: Reinhard Mutz**

**Projekt:** Europäische Sicherheit zwischen alter und neuer Frontenbildung und die sicherheitspolitische Orientierung der Bundesrepublik Deutschland.

**Kurzbeschreibung:**

Ziel des Forschungsvorhabens ist, Voraussetzungen und Erfordernisse zu klären, die den Gesellschaften Europas eine Zukunft gewährleisten

- ohne Krieg,
- frei von äußerer Bedrohung,
- in politischer Selbstbestimmung und
- für alle Beteiligten vorteilhaften Zusammenarbeit.

Das engere Erkenntnisinteresse des Projekts richtet sich auf den möglichen Beitrag der deutschen Politik zur Verwirklichung des Zielzustandes.

Die Konzipierung einer Ordnung des gesicherten Friedens in Europa wirft strukturelle wie strategische Fragen auf. Zunächst zu klären sind die Funktionen, die ein leistungsfähiges System regionaler Sicherheit erfüllen muß. Daraus folgt der Bedarf an Analyse und Entwicklung funktionsgerechter Institutionen, Mechanismen und Instrumente. Beide Problemkomplexe stehen nicht im Vordergrund dieser Untersuchung; sie werden in anderen Projekten bearbeitet. Das Forschungsvorhaben konzentriert sich auf die Frage nach den angemessenen Transformationsstrategien: Auf welchen Wegen und durch welche Mittel kann der Übergang von einer Sicherheitsstruktur, die nach wie vor blockförmige Züge und konfrontative Orientierungen aufweist, zu einer kooperativen (kollektiven) Sicherheitsordnung Europas bewirkt werden? Welche Entwicklungen begünstigen einen solchen Übergang, welche Hindernisse stehen ihm entgegen?

Dazu sind vornehmlich drei Empiriefelder, die derzeit tiefgreifenden Veränderungen unterliegen, realanalytisch zu bearbeiten:

a) *Sicherheitspolitische Risikofaktoren.* Aus welchen Ursachen und Anlässen können künftig in Europa sicherheitsrelevante zwischenstaatliche Konflikte erwachsen? Welche Krisen- und Konfliktzonen bergen neue (nationale, ethnische, menschenrechts- und minoritätspolitische, ökonomische, ökologische) Gefahrenpotentiale? Bedrohen außereuropäische

Konflikte Europa? Kommt eine größere Verantwortung für den Frieden in Krisenregionen der Dritten Welt auf Europa zu?

- b) *Sicherheitspolitische Interessenlagen*. Wie definieren die wichtigsten europäischen Staaten ihre Sicherheit nach außen? Wodurch sehen sie sich zu Sicherheitsvorkehrungen veranlaßt? Welche Ziele und Interessen verbinden sich mit der Forderung nach verstärkter sicherheitspolitischer Integration Westeuropas? Was veranlaßt das Bestreben mittel- und ost-europäischer Länder nach Assoziierung und Integration in die multinationalen Zusammenschlüsse des Westens auch auf militärischem Gebiet?
- c) *Sicherheitspolitische Strategien*. Welche Methoden, welche Instrumente der Konflikteinwirkung haben während des vergangenen Jahrzehnts in Europa welche Ergebnisse gezeitigt? Wie ist ihre künftige sicherheitspolitische Bedeutung zu beurteilen? Welche Erfolge, welche Mißerfolge verzeichnen die relevanten internationalen Institutionen und Organisationen? Wie ist ihre künftige sicherheitspolitische Bedeutung zu beurteilen?

Die Ergebnisse des Projekts sollen Aufschlüsse über Handlungsspielraum und Optionen der deutschen Sicherheitspolitik erbringen. Die Mittelrolle Deutschlands impliziert zugleich eine Mittlerrolle. Wie sie bisher wahrgenommen wurde, unterliegt einer kritischen Beurteilung und eröffnet die Frage nach problemangemessenen Alternativen.

#### **Veröffentlichungen zum Thema:**

- Möglichkeiten und Grenzen der Konfliktvorbeugung und der nicht-militärischen Konfliktlösungen, Stellungnahme für die öffentliche Anhörung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages am 25. Mai 1994 in Bonn, in: Protokoll der 97. Sitzung der 12. Wahlperiode des Auswärtigen Ausschusses, S. 135-179 (zusammen mit Sabine Jaberg und Konrad Klingenburg).
- Militärmacht Deutschland? in: Friedhelm Solms, Reinhard Mutz, Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1994, Münster/Hamburg 1994, S. 213-228.
- Zivilisierung als Projekt - Zur Frage der Kompatibilität von Normen und Interessen in der deutschen Außenpolitik, in: Jörg Calließ/Bernhard Moltmann (Hrsg.), Die Zukunft der Außenpolitik - Deutsche Interessen in den internationalen Beziehungen, Loccum 1995, S. 298-305.

**Bearbeiter: Reinhard Mutz/Götz Neuneck/Jörg Wallner**

**Projekt:** Vorbeugende Rüstungskontrolle - Ziele und Aufgaben unter besonderer Berücksichtigung verfahrensmäßiger und institutioneller Umsetzung im Rahmen internationaler Rüstungskontroll- und Abrüstungsregime

**Kurzbeschreibung:**

Nach der abrüstungspolitischen Erfolgsbilanz Anfang der neunziger Jahre erscheint die Zukunft der Rüstungskontrolle heute ungewisser denn je. Mit dem KSE-Vertrag war der Durchbruch zur Reduzierung konventioneller Rüstungen in Europa gelungen, die START-Abkommen werden die nuklearstrategischen Arsenale Rußlands und der USA drastisch verringern und mit der Konvention über chemische Waffen wurde erstmals die vollständige Beseitigung einer ganzen Kategorie von Massenvernichtungsmitteln vereinbart sowie deren Anwendung geächtet. Jedoch hat der Rüstungskontrollprozeß seither keine markanten Impulse mehr erhalten, die Verhandlungen wurden eingestellt oder stagnieren.

Die Notwendigkeit einer neuen Aufgabenbestimmung für Rüstungskontrolle drängt sich auf. Zum einen haben sich die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen grundlegend gewandelt. Zum anderen zeichnet sich ab, daß militärische Fähigkeiten zukünftig immer mehr auf hochinnovativen - und überwiegend zivilen - Technologien basieren werden.

Vor dem Hintergrund veränderter politischer Interessen, beschleunigter technologischer Entwicklungen und neuer Bedrohungsmuster müssen die Aufgaben von Rüstungskontrolle erweitert werden in Richtung auf:

- Krisen- und Konfliktmanagement,
- Vermeidung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen,
- Vermeidung von regionalen oder technologischen Wettrüsten,
- Vermeidung der Diffusion destabilisierender Waffentechnologien.

Vorbeugende Rüstungskontrolle bewegt sich dabei im Spannungsfeld zwischen der Gestaltung von Technologie zur Gewährleistung der äußeren Sicherheit des eigenen Staates und der Eingrenzung des Bedrohungspotentials, das aus neuen Militärtechnologien resultiert. Sie setzt vor allem auf der Ebene von Forschung und Entwicklung - sowie gegebenenfalls bei der Beschaffung - an. Anhand bestimmter Kriterien sollen rüstungstechnologische Trends frühzeitig auf stabilitätskritische bzw. de-

stabilisierende Wirkungen überprüft werden und es soll eine Beurteilung der Frage ermöglicht werden, ob eine Weiterentwicklung entsprechender Technologien anzustreben ist bzw. wie sie gestaltet werden soll.

Ziel des Projekts ist es, auf dem Erfahrungshintergrund bisheriger Rüstungskontrolle und mit Blick auf die Aufgaben zukünftiger Rüstungssteuerung institutionelle und verfahrensmäßige Probleme präventiver Rüstungskontrolle zu analysieren, mögliche Lösungen auf politische Operabilität zu überprüfen und einer nationalen wie internationalen Entscheidungsfindung zugänglich zu machen. Die praktische Intention ist, einen umsetzbaren Vorschlag zu erarbeiten, der die politischen Entscheidungsträger in den Verfassungsorganen der Bundesrepublik Deutschland zu eigenständiger kompetenter Urteilsbildung in Fragen präventiver Rüstungskontrolle und zukünftiger Technologiegestaltung befähigt. Die Bezugsebene ist dabei nicht allein die nationale Entscheidungskompetenz, sondern auch regionale wie internationale Zusammenarbeit.

Das Projekt wurde im Auftrag des TAB (Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag) durchgeführt. Die Untersuchungsergebnisse faßt ein Gutachten von 300 Seiten zusammen. Es liegt dem Bundestagsausschuß für Wissenschaft, Forschung und Technologie sowie dem Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle vor. Die Freigabe zur Veröffentlichung wird erwartet.

#### **Wissenschaftliche Kooperation:**

- Arbeitsgruppe Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit in der Universität Hamburg (CENSIS)
- Arbeitsgruppe Verifikation an der Ruhr-Universität Bochum
- Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Naturwissenschaft, Technik und Sicherheitspolitik (IANUS), Darmstadt
- Bonn International Center for Conversion (BICC)
- Office of Technology Assessment (OTA), Washington
- Arms Control and Disarmament Agency (ACDA), Washington
- Congressional Research Service (CRS), Washington

#### **Veröffentlichung zum Thema:**

- Götz Neuneck, Reinhard Mutz, Qualitative Rüstungskontrolle - Erfahrungen und Probleme, Gutachten für das Büro für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages im Rahmen des Projektes "Rüstungskontrollkriterien", Hamburg 1994.

**Bearbeiter: Götz Neuneck**

**Projekt:** Die Weiterverbreitung und Diffusion moderner, militärrelevanter Technologien

**Kurzbeschreibung:**

Vor dem Hintergrund einer sich beschleunigenden Wissenschafts- und Technologiedynamik, zunehmender internationaler Handelsbeziehungen, eines sich verschärfenden, internationalen Wettbewerbes und der fortschreitenden Fragmentierung von nationaler Sicherheitspolitik wird sich die Weiterverbreitung von Technologien zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen und dazugehörigen Transportsystemen, sowie die Diffusion von Technologien zur Herstellung von konventionellen Waffen in den nächsten Jahren möglicherweise weiter verstärken. Allgemein wird die Proliferation von Massenvernichtungswaffen sowie von Technologien zu ihrer Herstellung als eine wesentliche globale Gefährdung angesehen. Hierbei handelt es sich aber nicht nur um ein Problem, sondern um ein Dilemma, denn die technologisch führenden Nationen sind die Vorreiter in der Produktion und der militärischen Integration von Massenvernichtungswaffen und hochmodernen Waffensystemen.

Ziel der Projektes ist es, die unterschiedlichen Dimensionen der horizontalen wie vertikalen Proliferation aufzuarbeiten sowie die Mittel zu ihrer Eindämmung auf ihre Effektivität und Funktionsfähigkeit hin zu überprüfen. Leitfragen sind:

1. Was sind Massenvernichtungswaffen (MVW)? Welche Kenntnisse, Materialien und Militärtechnologien sind zu ihrer Herstellung erforderlich? Welche Bedrohungen und Auswirkungen resultieren aus der Weiterverbreitung von MVW global bzw. regional? Welche Gefahren der mißbräuchlichen Aneignung sind denkbar? Welche Gefahren ergeben sich im Vergleich zur Proliferation von konventionellen Waffensystemen?
2. Was sind die Gründe und Motive für Aneignung von MVW, Trägersystemen und fortgeschrittenen konventionellen Waffensystemen?
3. Welches Verständnis von (Nicht-)Weiterverbreitung bzw. Rüstungskontrolle haben die nationalen und internationalen Akteure? Welche Verfahren und Vorschläge in bezug auf die Eindämmung haben sie erarbeitet?
4. Welche Maßnahmen und Methoden sind zur Verhinderung oder Eindämmung von Weiterverbreitung staatlich bzw. international

- handhabbar bzw. möglich? Welche nationalen bzw. internationalen Regime existieren? Welche Erfahrungen wurden gesammelt?
5. Welche Ziele und Funktionen können globale und/oder regionale Rüstungskontrollvereinbarungen bzw. Sicherheitsorganisationen nach Ende des Ost-West-Konfliktes in bezug auf präventive Konfliktprävention erfüllen?

Es wurden nationale wie internationale Programme zur Eindämmung der Proliferation näher studiert, so die Programme in den Weißbüchern von Japan, den USA, Kanada, Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Sowohl eine umfassende Datenbank zur Erfassung der einschlägigen Literatur wird aufgebaut wie auch eine Datenbank, die technische und sicherheitspolitische Parameter ballistischer Trägersysteme erfaßt. Im Rahmen der Expertise für das Büro für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages zur Vorbeugenden Rüstungskontrolle wurde eine umfangreiche Studie erarbeitet, die das Proliferationsproblem miteinschließt. Konzepte wie "Counterproliferation" und "Information Warfare" wurden einer intensiven Untersuchung unterzogen.

#### **Wissenschaftliche Kooperation:**

- IANUS, c/o Institut für Kernphysik, Darmstadt
- Union of Concerned Scientists, Cambridge/Mass.
- Defense and Arms Control Program, MIT, Cambridge/Mass.
- Federation of American Scientists, Washington D.C.
- Old Dominion University, Norfolk Virginia

#### **Veröffentlichungen zum Thema:**

- Schritte zur Abschaffung ballistischer Raketen - Ein wesentlicher Beitrag zur Kontrolle von Trägersystemen für Kernwaffen, in: Wissenschaft und Frieden 1/1995, S. 30-51 (zusammen mit Jürgen Scheffran)
- The Diffusion of Advanced Technologies, Missile Non-Proliferation and Global Arms Control, in: Wolfgang Liebert/Jürgen Scheffran: Against Proliferation Towards General Disarmament, Münster 1995, S. 144-148
- Nonproliferation und Counterproliferation, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 3/1995, S. 141-148 (zusammen mit Jörg Wallner)



**Bearbeiter: Ulrike Neureither/Hans-Joachim Gießmann**

**Projekt: Technik - Gewalt - Ethik. Entwicklung von Gesellschaft und Technik, ihrer wechselseitigen Beeinflussung und Kontrolle.**

**Kurzbeschreibung:**

Den Revolutionen im Bereich der Kommunikation, Information und Gentechnik steht keine weltanschauliche Entwicklung gegenüber, die unser Verhalten ebenso revolutioniert hätte. Die Anwendungsmöglichkeiten entziehen sich bisher gegebenen staatlichen, kulturellen, ethischen und biologischen Grenzen. Entwicklungen in der Evolution kennen ebensowenig Moral wie in der Wissenschaft. Es ist die Anwendung durch den Menschen, die beurteilt und beeinflusst werden kann.

Das Projekt verfolgt im Rahmen des Schwerpunkts "Weltinnenpolitik" das Ziel, den wechselseitigen Einfluß von Gesellschaft und Technik zu analysieren. Wie beeinflusste Technik Gesellschaft? Wie beeinflusste Gesellschaft Technik? Welche Rolle spielt potentielle und tatsächliche Gewalt in diesen Entwicklungen?

Die wechselseitige Beziehung soll an zwei Technologiebereichen gezeigt werden: einem militärischen (Zerstörungstechnik) und einem zivilen (Gentechnik). Die jahrtausendealte Entwicklung der Zerstörungstechnik menschlicher Gesellschaften wird anhand der fundamentalen Durchbrüche nachvollzogen. Welche technische Entwicklung veränderte den Charakter von Kriegen? Welche Gesellschaft ermöglichte sie? Zu welchen politischen Veränderungen führte sie? Wer kontrollierte sie und wie?

Diese Untersuchungsweise soll auf den zivilen, vollkommen neuen Technologiebereich der Gentechnik übertragen werden.

In einem dritten Schritt sollen Entwicklungsmuster für diese beiden Technikbereiche sowie ihre politischen und gesellschaftlichen Steuerungsmöglichkeiten auf ihre Vergleichbarkeit untersucht werden.

Die Beurteilung der Übertragbarkeit und Anwendung dieser (Auto)Mechanismen auf die revolutionären neuen Techniken bedeutet eine bessere Antizipation dieser Entwicklungen und kann eine Orientierungs-

möglichkeit sein bei ihrer jetzt anstehenden, noch offenen rechtlichen, politischen und ethischen Regulierung.

**Wissenschaftliche Kooperation (geplant):**

- Institut für Wissenschaft und Ethik, Bonn (IWE)
- Gen-ethisches Netzwerk, Berlin
- Zentrale Kommission zur Wahrung ethischer Grundsätze in der Medizin und ihren Grenzgebieten, Köln (ZEKO)

**Veröffentlichung zum Thema:**

- Genetische Veränderung des Menschen, in: Bahr, Egon/Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Unsere Gemeinsame Zukunft - Globale Herausforderungen, Baden-Baden 1994/1995, S. 121-129.

**Bearbeiterin: Ursel Schlichting**

**Projekt: Minderheiten und europäische Sicherheit. "Ethnische Identität" und Politik: Sprachgruppen und Wahlverhalten an ausgewählten Fallbeispielen**

**Kurzbeschreibung:**

Spannungen zwischen ethnischen Minderheiten und Mehrheiten gibt es in zahlreichen Staaten nicht nur Mittel- und Ost-, sondern auch Westeuropas. Minderheitenschutz ist einerseits eines der Kriterien für die Aufnahme neuer Mitglieder in gesamt- und westeuropäische Strukturen. Andererseits sind aber auch Mitglieder der EU mit Minderheitenproblemen konfrontiert. Geplant ist daher eine vergleichende Studie, die anhand von Fallbeispielen die Minderheitenfrage in Ländern Westeuropas und potentiellen Mitgliedern (west-)europäischer Institutionen untersucht.

Spannungen, in denen ethnische Identität zumindest ein konfliktverschärfender Faktor ist, entladen sich in einigen Fällen bereits in bewaffneten Auseinandersetzungen (ehemaliges Jugoslawien, ehemalige Sowjetunion), äußern sich in einzelnen Gewalttaten ethnisch motivierter extremistischer Gruppen (Spanien) oder - eher latent, zumindest nicht gewaltsam - in ethnisch motiviertem Wahlverhalten. Auf der oberen Ebene dieser Skala, als bewaffnet ausgetragener Konflikt, sei es als Bürgerkrieg, sei es als zwischenstaatlicher Krieg, sind sie eine manifeste Bedrohung der gesamteuropäischen Sicherheit. Auf der unteren Ebene - ethnisch motiviertes Wahlverhalten - befinden sie sich in einem Stadium, dessen Analyse als "Frühwarnsystem" einer Politik der Gewaltprävention bzw. der Vorbeugung der Eskalation teilweise ethnisch motivierter Konflikte Orientierung bieten kann.

Ausgehend von der Hypothese, daß das Wahlverhalten in ethnisch segregierten Parteiensystemen in hohem Maße ethnisch determiniert, Ethnizität mithin eine Bestimmungsgröße politischen Verhaltens ist, lautet die übergeordnete Fragestellung, ob und inwieweit ein ethnisch segregiertes Parteiensystem ethnisch motivierte Spannungen in einer ethnisch differenzierten Gesellschaft institutionell auffangen kann.

Das Rahmenkonzept des Projekts unterscheidet drei Ebenen: die abstrakte Ebene des Zusammenhangs von ethnischer Identität und Politik allgemein, die Ebene des konkret zu untersuchenden Sachverhalts, d.h. des Einflusses von Sprachgruppenzugehörigkeit auf das Wahlverhalten,

und die Ebene der empirischen Messung dieses Zusammenhangs auf der aggregierten Ebene von Gemeinden bzw. Wahlbezirken.

Der erste Teil der Gesamtstudie widmet sich allgemein dem Phänomen der "Ethnizität", erörtert Begriffe wie "Volk" und "Minderheit", beschreibt den Stand des Minderheitenschutzes in Europa und zeigt Konflikte und Konfliktpotentiale auf. Der zweite Teil umfaßt mehrere Fallstudien, die wiederum in zwei Teile gegliedert sind: Zunächst werden jeweils die Rahmenbedingungen in den ausgewählten Staaten untersucht. Hierzu gehören quantitativ-demographische Daten (ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung, räumliche Verteilung etc.), historische Aspekte, die wirtschaftliche und soziale Situation (spezifische Lage der betreffenden Sprachgruppen/Minderheiten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung/Mehrheit), die Nationalitäten-/Minderheitenpolitik der jeweiligen Regierung (allgemeine Grundlagen, verfassungsmäßige Rechte zur Wahrung von Identität wie z.B. Diskriminierungsverbot, Sprachregelungen, expliziter Minderheitenschutz bzw. kollektive Rechte, rechtlicher Status der Sprachgruppen, Staatsbürgerschaft oder Ausländerstatus, Wahlrecht, gegebenenfalls territoriale Autonomieregelungen etc.), die politischen Partizipationsmöglichkeiten (politische Institutionen, Parteien, insbesondere explizit ethnisch definierte Parteien) und Konfliktpotentiale im einzelnen (Interessen, Akteure). Anschließend erfolgt die Messung des Zusammenhangs von Sprachgruppenzugehörigkeit und Wahlverhalten anhand einer sozialräumlichen Analyse von Wahlergebnissen als Methode der empirischen Sozialforschung.

Für eine erste Fallstudie wurde zunächst Estland ausgewählt. Die dort lebende russischsprachige Minderheit (ca. 500.000) macht rund ein Drittel der Bevölkerung aus. Aufgrund des neuen Staatsbürgerschaftsgesetzes, das Anfang 1995 verabschiedet wurde, sind - bislang allerdings erst wenige - Angehörige der russischen Sprachgruppe wahlberechtigt. Bei den Parlamentswahlen im März 1995 erreichte ein russisches Wählerbündnis knapp sechs Prozent der abgegebenen Stimmen. Als weitere Fallstudien kommen z.B. Spanien, Frankreich, Rumänien, Ungarn, die Tschechische Republik und Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten in Betracht.

#### **Wissenschaftliche Kooperation:**

- Prof. Dr. Heinz Renn, Universität Hamburg, Institut für Soziologie.
- Dr. Aksel Kirch, Institut für internationale und soziale Studien an der Estnischen Akademie der Wissenschaften, Tallinn/Estland.

**Bearbeiter: Jörg Wallner/Götz Neuneck**

**Projekt: Von Nonproliferation zu Counterproliferation: Die (richtige?)  
Antwort des Westens auf die globalen Proliferationsgefahren**

**Kurzbeschreibung:**

Die Weiterverbreitung (Proliferation) von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen, aber auch von fortgeschrittenen konventionellen Militärtechnologien und von Kommunikations- und Fernerkundungssatelliten, hat ein Stadium erreicht, das in den westlichen Staaten immer größere Besorgnisse hervorruft. Ca. 40 Staaten sollen bis zur Jahrtausendwende in der Lage sein, Nuklearwaffen zu produzieren, deutlich mehr werden voraussichtlich biologische Waffen herstellen können und etwa 100 Länder sollen bereits heute die Anlagen und das Know-how zur Produktion von chemischen Waffen haben.

Natürlich ist die Fähigkeit nicht automatisch gleichzusetzen mit der Absicht, diese auch zu nutzen; so ist der Kreis von Nuklearwaffenstaaten bis heute relativ begrenzt geblieben, die Anzahl von Ländern, die Programme zur Entwicklung von chemischen bzw. biologischen Waffen unterhalten, soll bei "nur" jeweils einem runden Dutzend liegen. Als besonders problematisch gilt dabei aus westlicher Sicht, daß viele der fraglichen Staaten bereits im Besitz von ballistischen Raketen sind, die als Trägersysteme fungieren können, oder versuchen, sie zu erwerben. Der leichtere Zugang zu Weltraumsystemen, insbesondere zu Fernerkundungssatelliten, könnte ihnen die Daten liefern, die für eine genaue Zielplanung benötigt werden.

Der Zerfall der UdSSR, die Erfahrungen mit dem Irak und mit Nordkorea, die zunehmende Ausbreitung von Wissen, doppelverwendbaren Technologien und leistungsstarken Rüstungsindustrien in den weniger entwickelten Ländern haben gezeigt bzw. bewirkt, daß die Kontroll- und Einflußmöglichkeiten des Westens auf diese Prozesse gesunken sind. Das läßt für die Zukunft wenig Gutes ahnen und nährt obendrein den Verdacht, daß der traditionelle Ansatz, Proliferation mit politischen, diplomatischen und ökonomischen Maßnahmen und Mitteln zu verhindern (Nonproliferation), nicht mehr greift.

Die USA haben aus den skizzierten Entwicklungen und Problemen die Notwendigkeit abgeleitet, die Bemühungen um eine Prävention der Proliferation um solche zu ihrer Bekämpfung und zum Schutz vor ihren Fol-

gen zu ergänzen. Im Herbst 1993 wurde zu diesem Zweck die Defense Counterproliferation Initiative (DCI) ins Leben gerufen.

Das Ziel des Projekts ist es, die Defense Counterproliferation Initiative einer kritischen Bewertung zu unterziehen, danach zu fragen, ob sie die richtige Antwort auf die globalen Proliferationsgefahren ist oder ob gegebenenfalls bessere Alternativen vorhanden bzw. denkbar sind. Wichtige Bewertungskriterien sind: Die technische, finanzielle und politische Realisierbarkeit der einzelnen Ansätze, die zu erwartende Leistungsfähigkeit in bezug auf die Verhinderung bzw. den Abbau von Proliferation und Bedrohungen (bzw. Bedrohungsperzeptionen), die Kompatibilität mit völkerrechtlichen und rüstungskontrollpolitischen Normen und Bestimmungen sowie die wahrscheinlichen Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen. Im einzelnen werden vor allem folgende Fragen untersucht:

- Wie weit ist die Proliferation fortgeschritten, welche Entwicklungen sind in den kommenden Jahren wahrscheinlich?
- Welche konkreten Bedrohungen und welche anderen Auswirkungen resultieren daraus, welche können für die Zukunft prognostiziert werden?
- Auf welchem Stand sind die für Counterproliferations-Zwecke vorgesehenen Technologie- und Rüstungsprogramme, wie sind ihre technische Machbarkeit und Finanzierbarkeit einzuschätzen?
- Wie wird sich die Counterproliferations-Initiative auf die tatsächlichen oder vermeintlichen Proliferatoren auswirken, welche regionalen und überregionalen Folgen sind zu erwarten?
- Wird die Konzeption von den Verbündeten der USA übernommen, beteiligen sie sich an bestimmten Programmen?

#### **Wissenschaftliche Kooperation:**

- Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Naturwissenschaft, Technik und Sicherheitspolitik (IANUS)
- Massachusetts Institute of Technology (MIT)
- Federation of American Scientists (FAS)

#### **Veröffentlichung zum Thema:**

- Götz Neuneck, Jörg Wallner, Nonproliferation und Counterproliferation, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 3/1995, S. 141-148.

**Bearbeiter: Wolfgang Zellner**

**Projekt: Strategien zur Bewältigung des sicherheitspolitischen Vakuums in Osteuropa: Das Beispiel Ungarns 1990 bis 1995**

**Kurzbeschreibung:**

Das Ende des Blocksystems bedeutete den Zerfall der außenpolitischen (Zwangs-)Integrationsstrukturen im östlichen Teil Europas und stellte die Staaten Ostmittel- und Südosteuropas ebenso wie die Folgestaaten der Sowjetunion vor die Aufgabe, ohne feste Rahmenbedingungen neue Außen- und Sicherheitspolitiken entwickeln zu müssen, wobei die spezifischen Bedingungen dafür äußerst unterschiedlich sind.

Ungarn ist ein Schlüsselland für die Entwicklung in Ostmittel- und Südosteuropa. Das Land liegt nicht nur an der Trennlinie zwischen Ostmittel- und Südosteuropa mit seinen je spezifischen Entwicklungsproblemen und Konfliktstrukturen, sondern ist darüber hinaus durch starke ungarische Minderheiten in den meisten Nachbarstaaten mit deren Schicksal verbunden. Auf dem Hintergrund der schwach ausgeprägten Sicherheitsstrukturen in der Region birgt die Lage Ungarns an einer strukturellen Bruchlinie zusammen mit den Minderheitenproblemen erhebliche außenpolitische Risikopotentiale, die nach denen Post-Jugoslawiens als die zweitbrisantesten in Ostmittel- und Südosteuropa einzuschätzen sind. Damit kommt der ungarischen Außenpolitik über die Regulierung spezifischer bilateraler Beziehungen hinaus hohe Bedeutung für die Stabilisierung der gesamten Region zu.

Die ungarische Außenpolitik steht im Spannungsfeld zweier zumindest partiell widersprüchlicher Orientierungen: Einerseits kommt im ungarischen Selbstverständnis dem Ziel der Westintegration die oberste Priorität zu. Dem entspricht der Wunsch, sich als das mit am höchsten entwickelte Land Ostmitteleuropas vom Schicksal dieser Region abzukoppeln und so schnell wie möglich die volle EU- und NATO-Mitgliedschaft zu erreichen. Andererseits unterstreichen offene Probleme im Verhältnis zu Rumänien, Serbien und zur Slowakei, daß die Stabilität und damit auch die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten Ungarns entscheidend von der Stabilität des gesamten Raums und die Westintegration Ungarns damit von einer aktiven ungarischen Kooperations- und Nachbarschaftspolitik abhängen.

Vier Hauptfaktoren beeinflussen dieses Spannungsverhältnis zwischen Westorientierung und Regionalpolitik:

- erst die Existenz der Sowjetunion und die Präsenz ihrer Truppen, dann ihr Zerfall und die Sorge vor dessen destabilisierendem Verlauf;
- der Krieg im ehemaligen Jugoslawien, der mitten in Europa in einem Nachbarland Ungarns militärische Gewalt als Mittel der Politik wiedererstehen läßt und spezifisch die ungarische Minderheit in Serbien und den serbisch besetzten Gebieten bedroht;
- der Zerfall der Tschechoslowakei, der Ungarn mit der neuen Realität einer unabhängigen Slowakei konfrontiert;
- und schließlich übergreifend der neu-alte Stellenwert des Minderheitenproblems als Stabilitätsfaktor mit einer sowohl außen- wie innenpolitischen Dimension.

Die zentralen Fragestellungen der Studie lauten daher: In welcher Weise verarbeitet die neu entstehende ungarische Außenpolitik die genannten vier Hauptfaktoren? Wie wird in diesem Rahmen das Verhältnis von Westorientierung und Regionalpolitik formuliert? Inwieweit gelingt es, die teilweise widersprüchlichen Bedingungen und Orientierungen ungarischer Außenpolitik in eine Gesamtstrategie einzuordnen? Wo liegen die Chancen, Risiken und Grenzen ungarischer Außenpolitik?

**Wissenschaftliche Kooperation:**

Prof. Dr. Pál Dunay, Eötvös-Universität Budapest, stellv. Direktor des Ungarischen Instituts für Auswärtige Beziehungen

**Veröffentlichung zum Thema:**

Die Außenpolitik Ungarns im ersten Jahr der Regierung Horn, in: Südosteuropa, 11-12/1995.



#### 4. Veröffentlichungen

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH haben 1995 insgesamt elf Bücher veröffentlicht und mit über 150 Beiträgen schriftlich an der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion teilgenommen. Im einzelnen wurden publiziert:

##### *IFSH*

- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1995. Jahrbuch zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) Band 1, Baden-Baden 1995.
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft. Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, Bonn 1995.

##### *Jonathan P.G. Bach*

The Partnership and the Pendulum. The Foreign Policy Debate in the United States and Implications for European Security, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 94, Hamburg 1995.

##### *Susanne Bund*

- Weltinnenpolitik. Neuere Literatur zum Themenschwerpunkt, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 1/1995, S. 55-54.
- Jahresbericht 1994, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 88, Hamburg 1995 (Red.)

##### *Hans-Georg Ehrhart*

- Peacekeeping im Jugoslawienkonflikt und die Folgen für die sicherheitspolitische Kooperation in Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 6/1995, S. 13-20.

- Some Remarks on Germany's European Policy, in: Janusz Golebioski (Hrsg.), Poland-Germany-Russia: Perspectives on Collaboration, Warsaw: World Economy Research Institute 1995, S. 29-32.
- Crisis Management in the CIS: Whither Russia? Baden-Baden 1995 (Hrsg. zusammen mit Anna Kreikemeyer und Andrei V. Zagorski).
- Introduction, in: Hans-Georg Ehrhart/Anna Kreikemeyer/Andrei V. Zagorski (Hrsg.), Crisis Management in the CIS: Wither Russia? Baden-Baden 1995, S. 11-16 (zusammen mit Anna Kreikemeyer und Andrei V. Zagorski).
- Conclusions, in: Hans-Georg Ehrhart/Anna Kreikemeyer/Andrei V. Zagorski (Hrsg.), Crisis Management in the CIS: Wither Russia? Baden-Baden 1995, S. 247-252 (zusammen mit Anna Kreikemeyer und Andrei V. Zagorski).
- Problems of Peacekeeping in a New International Environment, in: Hans-Georg Ehrhart/Anna Kreikemeyer/Andrei V. Zagorski (Hrsg.), Crisis Management in the CIS: Wither Russia? Baden-Baden 1995, S. 229-243.
- The "New Peacekeeping" and European Security: German and Canadian Interests and Issues, Baden-Baden 1995 (Hrsg. zusammen mit David G. Haglund).
- Germany and the Peacekeeping Challenge, in: Hans-Georg Ehrhard/David Haglund (Hrsg.), The "New Peacekeeping and European Security", Baden-Baden 1995, S. 267-283.
- Introduction, in: Hans-Georg Ehrhart/David Haglund (Hrsg.), The "New Peacekeeping and European Security", Baden-Baden 1995, S. 17-28 (zusammen mit David G. Haglund).
- Gerhard Cafay/Deniz Unal-Kesenci; Repenser L'Europe, Paris 1993, Besprechung in: Internationale Politik und Gesellschaft, 2/1995, S. 198-199.

- Die Europäische Union am Scheideweg: Welches Europa soll es sein?, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Friedhelm Solms (Hrsg.), Friedensgutachten 1995, Münster/Hamburg 1995, S. 116-128.
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft. Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, Bonn 1995 (Mitverf.).
- Die EU und die Sicherheit Europas (Teil I), Integrationspolitische und rüstungswirtschaftliche Aspekte, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 91, Hamburg 1995.
- Deutschland und Frankreich: Internationale Beziehungen und gegenseitige Verflechtung, Eine Bibliographie 1983-1990, hrsg. vom Deutsch-Französischen Institut, München u.a. 1994, Besprechung in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 1/1995, S. 65.

*Verena Fritz*

- "Wir müssen lernen, für uns selber zu denken". Der Mongolei hat die neue Zeit zunächst eine Spaltung zwischen vielen Armen und einigen (Neu)Reichen gebracht, in: Frankfurter Rundschau vom 20. März 1995, S. 6.

*Hans-Joachim Gießmann*

- Security Policies in Eastern Central Europe, in: The Polish Quarterly of International Affairs 4/1994, S. 47-54.
- Sicherheitspolitik in Ostmitteleuropa. Probleme - Konzepte - Perspektiven, Baden-Baden 1995.
- Handbuch Sicherheit. Militär und Sicherheit in Mittel- und Osteuropa. Daten, Fakten, Analysen (Hrsg. zusammen mit Ursel Schlichting), Baden-Baden 1995.

- Albanien, in: Hans-Joachim Gießmann/Ursel Schlichting (Hrsg.), Handbuch Sicherheit. Militär und Sicherheit in Mittel- und Osteuropa. Daten, Fakten, Analysen, Baden-Baden 1995, S. 9-21 sowie die Kapitel: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakische Republik, Tschechische Republik, Ungarn.
- Die "Westdrift" Ostmitteleuropas. Probleme und Chancen der Wirtschaftsreform und die Zusammenarbeit im Rahmen der OSZE, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1995, Baden-Baden, 1995, S. 353-363.
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft. Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, Bonn 1995 (Mitverf.).
- Frieden schaffen mit deutschen Waffen? Der diskrete Abschied von strengen Exportkontrollen, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Friedhelm Solms (Hrsg.), Friedensgutachten 1995, Münster/Hamburg 1995, S. 316-326.
- Regionale Konversion. Bilanz und Perspektiven, in: Jörg Calließ (Hrsg.), Die Soldaten ziehen ab - Was wird aus den Standorten, Rehburg-Loccum 1995, S. 309-316.
- Chinas Umweltpolitik - "Totentanz" einer globalen Ökokatastrophe?, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 1/1995, S. 31-35.
- Zivilisierung durch Weltinnenpolitik?, in: Berliner Debatte Initial 6/1995, S. 13-22.
- Politische Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, in: Delta-Report 1995 (Hrsg. von der Forschung Gesellschaft und Technik der Daimler Benz AG), Berlin 1995, S. 10-16.
- Osteuropäische Sicherheit - Bedingungen, Perspektiven, Anforderungen an die Bundesrepublik Deutschland - Thesen, in: Jörg Cal-

- ließ/Bernhard Moltmann (Hrsg.), Die Zukunft der Außenpolitik. Deutsche Interessen in den Internationalen Beziehungen, Loccum-Protokolle 67/1994, Rehburg-Loccum 1995, S. 391-400.
- Abrüstung und Konversion in Deutschland, in: Konversion als Chance zur regionalen Entwicklung, Graue Reihe Nr. 7 (Hrsg. vom Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung - IRS), Erkner b. Berlin 1995, S. 9-14.
  - Vorwort, in: Marion Hinte, Internationale Imperative und nationale Restriktionen in der Energiepolitik der VR China, in: Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 89, Hamburg 1995, S. 7-18.
  - Die Elixiere des Geschäfts, in: Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung Nr. 8 vom 17. Februar 1995, S. 7.
  - Die Karte im Ärmel. Der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen läuft aus, in: Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung Nr. 10 vom 3. März 1995, S. 1.
  - Willygate, in: Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung Nr. 14 vom 31. März 1995, S. 2.
  - Verspielte Chancen, in: Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung, Nr. 27 vom 30. Juni 1995, S. 2.
  - Hilflos in Drohgebärde, in: Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung Nr. 30 vom 21. Juli 1995, S. 4.
  - Rückkehr des Faustrechts?, in: Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung Nr. 32 vom 4. August 1995, S. 1.
  - Nuklearschirm für Kerneuropa. Fadenscheiniges Angebot, in: Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung Nr. 38 vom 15. September 1995, S. 2.
  - Tod für die Welt, in: Die Woche Nr. 46 vom 10. November 1995, S. 11.

- Frithjof Knabe, Unter der Flagge des Gegners. Wertewandel im Umbruch in den Streitkräften - Von der NVA zur Bundeswehr, Besprechung in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 1/1995, S. 65-66.
- Thomas Baaken/Jens Christophers (Hrsg.), Management der Konversion. Konzepte, Methoden, Erfahrungen der betrieblichen Rüstungskonversion, Besprechung in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 4/1995, S. 262-263.
- Die OSZE und die Zukunft von Rüstungskontrolle und Abrüstung in Europa, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 4/1995, S. 239-241.
- Stephan Nonhoff, in der Neutralität verhungern? Österreich und die Schweiz vor der europäischen Integration, Besprechung in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 4/1995, S. 262.
- Marathon mit Wadenkrampf. EU-Gipfel in Madrid: Wie zerrissen ist die Europäische Einigung?, in: Freitag. Die Ost-West- Wochenzeitung Nr. 51 vom 15. Dezember 1995, S. 8.

*Hans-Friedrich Graf*

- Beobachtete und modellierte Klimaveränderungen - Projektionen in die Zukunft. Volker Linneweber, Nutzung globaler Ressourcen als Konfliktpotential, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 92, Hamburg 1995.

*Jürgen Groß*

- Die unterschätzte Öffentlichkeit. Sicherheitspolitische Einstellungen der Bundesbürger, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 2/1995, S. 114-119.
- Die eingebildete Ohnmacht. Internationale Staatengemeinschaft und lokale Kriege, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 95, Hamburg 1995.

- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft. Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, Bonn 1995 (Mitverf.).

### *Marion Hinte*

- Internationale Imperative und nationale Restriktionen in der Energiepolitik der VR China, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 89, Hamburg 1995.

### *Margret Johannsen*

- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft. Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, Bonn 1995 (Mitverf.).
- "Nie wieder Krieg?". Wege zum Frieden, Pädagogische Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Ausgabe 5, Hamburg 1995.
- Zwischen Hoffnung und Schrecken. Der Friedensprozeß im Nahen Osten, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Friedhelm Solms (Hrsg.), Friedensgutachten 1995, Münster/Hamburg 1995, S. 168-183 (zusammen mit Claudia Schmid).
- 50 Jahre nach Hiroshima: Mit der Bombe leben?, Pädagogische Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Ausgabe 6, Hamburg 1995.
- Der Friedensprozeß im Nahen Osten, in: Joachim Betz/Stefan Brüne (Hrsg.), Jahrbuch Dritte Welt 1996, München 1995, S. 259-268 (zusammen mit Claudia Schmid).
- Die Chancen für eine Denuklearisierung des Nahen Ostens im Lichte des arabisch-israelischen Friedensprozesses, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 3/1995, S. 148-156.
- Frieden durch Wohlstand? Zur Politischen Ökonomie des israel-

5  
lich-palästinensischen Friedensprozesses, in: nord-süd aktuell 3/1995, S. 435-444 (zusammen mit Claudia Schmid).

- Alle für einen oder jeder für sich? Soll und Haben der Vereinten Nationen, Pädagogische Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Ausgabe 7, Hamburg 1995 (zusammen mit Bettina Klee).

*Matthias Z. Karádi*

- Auf den Trümmern der "Neuen Weltordnung. Das Scheitern von UNO und NATO im Balkankrieg, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 1/1995, S. 16-23 (zusammen mit Konrad Klingenburg).
- Kein Frieden in Sicht: Der Balkan im vierten Kriegsjahr, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Friedhelm Solms (Hrsg.), Friedensgutachten 1995, Münster/Hamburg 1995, S. 33-46 (zusammen mit Konrad Klingenburg).
- Chancen und Risiken von militärischen Aktionen unter dem Dach der UNO, in: IPW der Universität Heidelberg (Hrsg.), 50 Jahre Vereinte Nationen. Begleitreader zum IPW-Forum 1995, Heidelberg 1995, S. 87-98.
- Putting Troops on Russias' Border?, in: European Brief 8/1995, S. 41f.
- Bombs for Peace? The United States, Germany and the War in Bosnia, in: European Brief 9/1995, S. 34f.
- Time for Peace. Das Friedensgutachten 1995, in: IFSH-aktuell 17/1995.
- Die 53 OSZE-Mitgliedstaaten. Daten, Fakten, Kooperationsformen, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1995, Baden-Baden 1995, S. 561-575.
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Univer-



sität Hamburg (IFSH), Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft. Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, Bonn 1995 (Mitverf.).

- Henry A. Kissinger, Die Vernunft der Nationen, Berlin 1994, Besprechung in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 4/1995, S. 263-265.

### *Bettina Klee*

- Von der Diplomatie zur friedlichen Streitbeilegung vor Gericht, in: Frankfurter Rundschau Nr. 127 vom 2. Juni 1995, S. 18 (zusammen mit Dieter S. Lutz).
- Ein Schiedsgerichtshof für Europa, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 2/1995, S. 104-109 (zusammen mit Dieter S. Lutz).
- Zivilisierungsfortschritt oder Aktionismus angesichts von Machtlosigkeit gegen Krieg und Gewalt in Europa? Die Verwirklichung von Menschenrechten und die Aktivitäten der OSZE, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1995, Baden-Baden 1995, S. 257-276 (zusammen mit Anna Kreikemeyer).
- Internationales IFSH-Symposium in Hamburg anlässlich der Präsentation des OSZE-Jahrbuches, in: IFSH-aktuell 18/1995 (zusammen mit Konrad Klingenburg).
- Die OSZE wird allmählich immer wirkungsvoller, in: Das Parlament 44-45/1995, S. 13 (zusammen mit Anna Kreikemeyer).
- Alle für einen oder jeder für sich? Soll und Haben der Vereinten Nationen, Pädagogische Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Ausgabe 7, Hamburg 1995 (zusammen mit Margret Johannsen).

*Thomas Kiefer*

- Modernisierung in der VR China: Neue Konfliktpotentiale und immanente sowie globale Regelungsmechanismen, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 90 Hamburg 1995.

*Konrad Klingenburg*

- Auf den Trümmern der "Neuen Weltordnung" - Das Scheitern von UNO und NATO im Balkankrieg, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 1/1995, S. 16-23 (zusammen mit Matthias Z. Karádi).
- Kein Frieden in Sicht: Der Balkan im vierten Kriegsjahr, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Friedhelm Solms (Hrsg.), Friedensgutachten 1995, Münster/Hamburg 1995, S. 33-46 (zusammen mit Matthias Z. Karádi).
- Das OSZE-Krisenmanagement im Balkankrieg, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1995, Baden-Baden 1995, S. 147-158.
- Die UNO - Auslaufmodell oder Zukunftsprojekt?, in: Freie Presse Chemnitz vom 20. Oktober 1995.
- Zwischen leisen Erfolgen und spektakulären Niederlagen, in: Freie Presse Chemnitz vom 20. Oktober 1995.
- Von der Reaktion zur Aktion. Sicherheitspolitik heißt auch Kampf gegen Armut, für Demokratie und Menschenrechte, in: Freie Presse Chemnitz vom 20. Oktober 1995.
- Internationales IFSH-Symposium in Hamburg anlässlich der Präsentation des OSZE-Jahrbuches, in: IFSH-aktuell, Nr. 18/1995 (zusammen mit Bettina Klee).
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft.

Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, Bonn 1995 (Mitverf.).

*Anna Kreikemeyer*

- Crisis Management in the CIS: Whither Russia? Baden-Baden 1995 (Hrsg. zusammen mit Hans-Georg Ehrhart und Andrei V. Zagorski).
- Renaissance of Hegemony and Spheres of Influence - The Evolution of the Yeltsin-Doctrine, in: Hans-Georg Ehrhart/Anna Kreikemeyer/Andrei V. Zagorski (Hrsg.), Conflict Management in the CIS: Whither Russia?, Baden-Baden 1995, S. 193-214.
- Introduction in: Hans-Georg Ehrhart/Anna Kreikemeyer/Andrei V. Zagorski (Hrsg.), Conflict Management in the CIS: Whither Russia?, Baden Baden 1995, S. 11-16 (zusammen mit Hans-Georg Ehrhart und Andrei V. Zagorski).
- Conclusions, in: Hans-Georg Ehrhart/Anna Kreikemeyer/Andrei V. Zagorski (Hrsg.), Conflict Management in the CIS. Whither Russia?, Baden-Baden 1995, S. 255-260 (zusammen mit Hans-Georg Ehrhart und Andrei V. Zagorski).
- Pan-European Integration and European Institutions: The New Role of the Council of Europe, in: Klaus Gottstein (Hrsg.), Tomorrow's Europe. The Views of Those Concerned. Frankfurt/ New York 1995, S. 117- 138 (zusammen mit Michael R. Lucas).
- GUS und Europäische Sicherheit, Tagungsbericht, in: AFB-INFO 1/1995, S. 9-10.
- Ein kaum noch zu entwirrendes Knäuel vieler Interessen. Europäische Anstrengungen um Nagorno-Karabach: Nicht Krieg, nicht Frieden, in: Das Parlament 29/1995.
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft.

Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, Bonn 1995 (Mitverf.).

- Zivilisierungsfortschritt oder Aktionismus angesichts von Machtlosigkeit gegen Krieg und Gewalt in Europa, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1995, Baden Baden 1995, S. 257-276 (zusammen mit Bettina Klee).
- Die OSZE wird allmählich immer wirkungsvoller, in: Das Parlament 44-45/1995, S. 13 (zusammen mit Bettina Klee).
- Defizite der Präventiven Diplomatie der OSZE, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 4/1995, S. 251-252.

#### *Volker Linneweber*

- Hans-Friedrich Graf, Beobachtete und modellierte Klimaveränderungen - Projektionen in die Zukunft. Volker Linneweber, Nutzung globaler Ressourcen als Konfliktpotential, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 92, Hamburg 1995.

#### *Dieter S. Lutz*

- Die Konkurrenz der Sicherheitsarchitekturen, in: Frankfurter Rundschau Nr. 25 vom 30. Januar 1995, S.14.
- Die Saat des Wahnsinns trägt Früchte, in: taz vom 25. Februar 1995, S. 10.
- Auf der Flucht vor der Klimaänderung, in: Klimaschutz, Verlagsbeilage zur Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 74 vom 28. März 1995, S. B 6.
- Der Ernstfall bleibt der Frieden!, in: Das Gespräch aus der Ferne 1/1995, S. 2-6.
- Innere Führung. Zum Gedenken an Wolf Graf von Baudissin, Baden-Baden 1995 (Hrsg. zusammen mit Hilmar Linnenkamp).

- Graf Baudissin - Reformier, Wissenschaftler, Hochschullehrer, in: Hilmar Linnenkamp/Dieter S. Lutz (Hrsg.), Innere Führung, Baden-Baden 1995, S. 11-18.
- Wird der "Krieg der Armen gegen die Reichen" denkbar?, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 1/1995, S. 36-39.
- Deserteure des Zweiten Weltkrieges sollten rehabilitiert werden, in: Neue Ruhr Zeitung Nr. 86 vom 11. April 1995, S. 6.
- Eine neue Sicherheitsarchitektur in und für Europa. Plädoyer für die Schaffung eines regionalen Systems Kollektiver Sicherheit, in: Erhard Forndran/Hans-Dieter Lemke (Hrsg.), Sicherheitspolitik für Europa zwischen Konsens und Konflikt, Baden-Baden 1995, S. 239-256.
- Die sicherheitspolitische Neuorientierung Europas: Westeuropa oder Gesamteuropa?, in: Uwe Hartmann/Christian Walther (Hrsg.), Der Soldat in einer Welt im Wandel, München/Landsberg 1995, S. 27-41.
- Die Welt im Wandel: Klimaveränderung, Meeresspiegelanstieg, Bevölkerungszunahme, Massenarmut, Migrationsströme, Terrorismus, Krieg, ...?, in: Uwe Hartmann/Christian Walther (Hrsg.), Der Soldat in einer Welt im Wandel, München/Landsberg 1995, S.61-70.
- Brauchen wir die Wehrpflicht?, in: Vorwärts 5/1995, S. 4.
- Sicherheit/Internationale Sicherheitspolitik, in: Dieter Nohlen (Hrsg.), Wörterbuch Staat und Politik, München 1995, S. 670-675.
- Von der Diplomatie zur friedlichen Streitbeilegung vor Gericht, in: Frankfurter Rundschau Nr. 127 vom 2. Juni 1995, S. 18 (zusammen mit Bettina Klee).
- Ein Schiedsgerichtshof für Europa, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 2/1995, S. 104-109 (zusammen mit Bettina Klee).

- Wehrpflicht ade?, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 2/1995, S. 124.
- Türöffner oder Alibi? Der neue europäische Gerichtshof läßt noch viele Wünsche offen, in: Das Gespräch aus der Ferne 2/1995, S. 9.
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1995. Jahrbuch zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) Band 1, Baden-Baden 1995.
- Die OSZE im Übergang von der Sicherheitsarchitektur des 20. Jahrhunderts zum Sicherheitsmodell des 21. Jahrhunderts, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1995, Baden-Baden 1995, S. 63 - 96.
- Der OSZE-Gerichtshof, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1995, Baden-Baden 1995, S. 241 - 253.
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft. Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, Bonn 1995 (Mitverf.).
- Die neue Friedensmacht, in: Vorwärts 12/1995, S. 8-9.
- Europa verpaßt auch seine letzte Chance. Von Grün bis Rot: Die politische Klasse in Deutschland hat weder eine friedenspolitische Vision noch eine sicherheitspolitische Konzeption, in: Frankfurter Rundschau vom 1. Dezember 1995.
- Falsche Lehren aus Bosnien, in: Berliner Zeitung vom 2. Dezember 1995.
- Von der KSZE zur OSZE - Von der Helsinki Schlußakte zum Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 4/1995, S. 213-216.

- Verlorenes Land Bosnien-Herzegowina?, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 4/1995, S. 255-258.
- Endet die Zukunft in der Gegenwart?, in: Laszlo, Ervin/Schüre, Frank (Hrsg.), Frieden durch Dialog, Berlin 1995, S. 44.
- Entseeltes Land Bosnien-Herzegowina, in: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel 98/1995, S. 10-13.
- Die Lehre aus dem Morden in Bosnien-Herzegowina heißt ESG, in: IFSH-aktuell 19/1995, S. 1-4.
- Fischers "moralische Seele", in: Berliner Zeitung vom 5. September 1995.

#### *Erwin Müller*

- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft. Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, Bonn 1995 (Mitverf.).
- "Weltinnenpolitik" - mehr als ein Wort?, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 1/1995, S. 7-12.

#### *Reinhard Mutz*

- Friedensgutachten 1995, Münster/Hamburg 1995 (Hrsg. zusammen mit Bruno Schoch und Friedhelm Solms).
- Zur gegenwärtigen Situation - Aktuelle Entwicklungen und Empfehlungen, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Friedhelm Solms (Hrsg.), Friedensgutachten 1995, Münster/Hamburg 1995, S. 1-23 (zusammen mit Bruno Schoch und Friedhelm Solms).
- Die Rehabilitierung des Krieges - Paradigmenwechsel der Sicherheitspolitik, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Friedhelm Solms (Hrsg.), Friedensgutachten 1995, Münster/Hamburg 1995, S. 89-102.

- Das Baudissinsche Postulat einer friedensverträglichen Sicherheitspolitik - Eine Aktualisierung für die neunziger Jahre, in: Hilmar Linnenkamp/Dieter S. Lutz (Hrsg.), Innere Führung - Zum Gedenken an Wolf Graf von Baudissin, Baden-Baden 1995, S. 121-133.
- Zivilisierung als Projekt - Zur Frage der Kompatibilität von Normen und Interessen in der deutschen Außenpolitik, in: Jörg Caließ/Bernhard Moltmann (Hrsg.), Die Zukunft der Außenpolitik - Deutsche Interessen in den internationalen Beziehungen, Loccum 1995, S. 298-305.
- Können Kriege durch internationale Intervention verhindert oder beendet werden?, in: Studien zur Außenpolitik des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung 66/1995, S. 13-18.
- Das Modell heißt Westeuropa - Nur durch Integration lassen sich die Kriegsursachen beseitigen, in: Das Gespräch aus der Ferne 1/1995, S. 15-19 (zusammen mit Bruno Schoch und Friedhelm Solms).
- Gegen die Restauration des Faustrechts - Das "nationale Interesse" ist keine solide Basis für Sicherheit, in: Das Gespräch aus der Ferne 1/1995, S. 22-23.
- Die Deutschen und der Frieden - Niemand bedroht die Bundesrepublik mit Waffen, in: Harburger Nachrichten vom 6. Mai 1995, S. 45.
- Die NATO - von der Verteidigung zur Interessenverteidigung, in: Frankfurter Rundschau vom 22. Juni 1995, S. 14.
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft. Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, Bonn 1995 (Mitverf.).



### *Götz Neuneck*

- Schritte zur Abschaffung ballistischer Raketen - Ein wesentlicher Beitrag zur Kontrolle von Trägersystemen für Kernwaffen, in: Wissenschaft und Frieden 1/1995, S. 30-51 (zusammen mit Jürgen Scheffran).
- Computersimulation und moderne Kriegführung, in: Hans-Jörg Kreowski u.a. (Hrsg.): Realität und Utopien in der Informatik, Münster 1995, S. 95-103.
- Relations between Weapons of Mass Destruction and Delivery Systems, in: Beyond the NPT: A Nuclear-Weapon-Free World. Preliminary Findings of the Study Group 'Beyond the NPT', Int'l Network of Engineers And Scientists Against Proliferation INESAP, New York/Darmstadt 1995, S. 117-121.
- The Diffusion of Advanced Technologies, Missile Non-Proliferation and Global Arms Control, in: Wolfgang Liebert/Jürgen Scheffran (Hrsg.): Against Proliferation Towards General Disarmament, Münster 1995, S. 144-148.
- Die mathematische Modellierung von konventioneller Stabilität und Abrüstung, Baden-Baden 1995.
- Nonproliferation und Counterproliferation, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 3/1995, S.141-148 (zusammen mit Jörg Wallner).
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft. Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, Bonn 1995 (Mitverf.).

### *Ursel Schlichting*

- Handbuch Sicherheit. Militär und Sicherheit in Mittel- und Osteuropa. Daten, Fakten, Analysen, Baden-Baden 1995 (Hrsg. zusammen mit Hans-Joachim Gießmann).

- Armenien, in: Hans-Joachim Gießmann/Ursel Schlichting (Hrsg.), Handbuch Sicherheit. Militär und Sicherheit in Mittel- und Osteuropa. Daten, Fakten, Analysen, Baden-Baden 1995, S. 23-33 sowie die Kapitel: Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldowa, Russische Föderation, Ukraine.
- Conflicts in the Former Soviet Union: Chances and Limits of their Settlement, in: Hans-Georg Ehrhart/Anna Kreikemeyer/Andrei V. Zagorski (Hrsg.), Crisis Management in the CIS: Wither Russia?, Baden-Baden 1995, S. 19-31.
- Tschetschenien - Krieg im Kaukasus, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 3/1995, S. 45-54.
- Rußlands Krieg im Kaukasus, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Friedhelm Solms (Hrsg.), Friedensgutachten 1995, Münster/Hamburg 1995, S. 47-59.
- Das Engagement der OSZE in Tschetschenien, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1995, Baden-Baden 1995, S. 211-220.
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft. Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, Bonn 1995 (Mitverf.).

*Ljuba Trautmann*

- Rußland zwischen Diktatur und Demokratie. Die Krise der Reformpolitik seit 1993, Baden-Baden 1995.

*Dmitry A. Trofimov*

- Islam in the Political Culture of the Former Soviet Union: Central Asia and Azerbaijan, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 93, Hamburg 1995.

*Kurt P. Tudyka*

- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft. Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, Bonn 1995 (Mitverf.).
- Einleitung, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1995, Baden-Baden 1995, S. 17-21.
- Von der KSZE zur OSZE: Regimewandel im Epochenwandel, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1995, Baden-Baden 1995, S. 27-38.

*Jörg Wallner*

- Konventionelle Rüstungskontrolle und Fernerkundung in Europa, Eine exemplarische Untersuchung des Beitrags technischer Mittel zur Friedenssicherung unter den Bedingungen einer erweiterten Rüstungskontrollkonzeption, Baden-Baden 1995.
- Mehr Sicherheit durch Technologie? Milliarden für die Satellitenbeobachtung, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Friedhelm Solms (Hrsg.), Friedensgutachten 1995, Münster/Hamburg 1995, S. 305-315.
- Das Open-Skies-Regime, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1995, Baden-Baden 1995, S. 321-330.
- Nonproliferation und Counterproliferation, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 3/1995, S. 141-148 (zusammen mit Götz Neuneck).
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft.

Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, Bonn 1995 (Mitverf.).

*Wolfgang Zellner*

- Von der Stagnation zur Krise: Konventionelle Abrüstung in Europa, in: Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Friedhelm Solms (Hrsg.), Friedensgutachten 1995, Münster/Hamburg 1995, S. 290-304.
- Anfang vom Ende oder neue Chance kooperativer Sicherheit? Zur Krise europäischer Rüstungskontrolle, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1995, Baden-Baden 1995, S. 289-306.
- Kompromiß in Sicht im Flankenstreit mit Rußland, in: taz vom 19. November 1995.
- Die Außenpolitik Ungarns im ersten Jahr der Regierung Horn, in: Südosteuropa 11-12/1995 (zusammen mit Pál Dunay).
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft. Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, Bonn 1995 (Mitverf.).
- Der KSE-Vertrag muß modernisiert werden, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S + F) 4/1995, S. 241-242.

## **5. Anhang**

### **5.1. Interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit in der Universität Hamburg (CENSIS)"**

Die Arbeitsgruppe 'Naturwissenschaft und internationale Sicherheit' hatte sich 1988 in der Universität Hamburg zusammengeschlossen, um Fragestellungen aus dem Schnittfeld zwischen Naturwissenschaft und Internationaler Sicherheit zu bearbeiten sowie in die Lehre einzubringen. Die Gruppe besteht aus Wissenschaftlern der Fachbereiche Physik, Mathematik und Informatik. Aus den Fachdisziplinen heraus sollen mittels interdisziplinärer Zusammenarbeit Wissenschaft und Technikfolgen untersucht und Ansätze bzw. Verfahren für einen verantwortlichen Umgang mit den Ergebnissen von Wissenschaft und Technik erarbeitet werden. Der Forschungsschwerpunkt lag bisher auf der sicherheitspolitischen Entwicklung in Europa; Forschungsfragen zum Umweltmonitoring sind inzwischen hinzugekommen. Folgende Forschungsprojekte werden in den jeweiligen Fachbereichen bearbeitet:

1. **Mathematische Studien zu Abrüstung und Stabilität (Projektleiter Prof. W. Kerby)**  
Die Gruppe beschäftigt sich am Fachbereich Mathematik der Universität Hamburg mit der mathematischen Modellierung von Abrüstungsprozessen, den Funktionsprinzipien Kollektiver Sicherheitssysteme und der Bestimmung von Machtindizes in Wahlsystemen. Es werden dabei dynamische Gleichungssysteme sowie spieltheoretische Methoden verwendet. Die Forschungsarbeiten finden in Form von Dissertationen statt. Die Dissertation "Die mathematische Modellierung von konventioneller Stabilität und Abrüstung" (Götz Neuneck) wurde abgeschlossen.
2. **Verifikation konventioneller Abrüstung in Europa mittels Fernerkundung.**  
Im Rahmen von zwei Forschungsprojekten werden in Kooperation mit Physikern und Informatikern technische Aspekte des Einsatzes von flugzeug- und satellitengestützten Fernsensoren zu Verifikationszwecken untersucht. Den Hintergrund dafür bildet der "Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa" sowie der Vertrag über den "offenen Himmel". Für Forschungszwecke

finden z.B. Flugbildexperimente statt. Bei der Überfliegung des Flughafens Nürnberg wurden Multispektral- und Schwarz-Weiß-Photos erstellt.

- 2a) Projekt OSCAR Rechnergestützte Bildauswertung (Projektleiterin: Prof. Dr. Leonie Dreschler-Fischer).

Untersuchungsgegenstand im OSCAR-Projekt (Open Skies for Conventional Arms Reduction) ist die Entwicklung von Methoden bzw. Verfahren zu rechnergestützter Auswertung von Luft- und Satellitenbildern als Hilfsmittel zur Verifikation.

- 2b) Projekt: Physikalische Grundlagen der Fernerkundung (Projektleiter: Prof. Dr. Johann Bienlein; Prof. Dr. Hartwig Spitzer)

In dem Projekt werden die physikalischen Aspekte der Bildentstehung, die bei der Beschreibung und Klassifizierung von Verifikationsobjekten von Bedeutung sind, bearbeitet. Es werden Klassifizierungsverfahren entwickelt, die die Basis für wissenschaftliche Bildinterpretationen abgeben können. Während sich ein Teilprojekt zusätzlich mit den politischen und technischen Optionen für eine Erweiterung des 'Open-Skies' Vertrages befaßt, werden auch zunehmend Fragen des Umwelt-Monitoring und der Landschaftsdiagnose bearbeitet.

3. Modernisierung und Stabilität. Die Auswirkung neuer konventioneller Waffentechnologien (Prof. Dr. Hartwig Spitzer, Dr. Götz Neuneck)

Ziel des Projektes ist es, Entwicklungen in der konventionellen Rüstung zu analysieren, die zur Auslösung neuer Rüstungswettläufe sowie zur Entstehung militärischer Ungleichgewichte und Kriseninstabilitäten führen können. Die Projektarbeit konzentrierte sich bisher auf fünf Bereiche der Entwicklung neuer konventioneller Waffensysteme: Panzer und Panzerabwehr, Stealth-technologie im Flugzeugbau, Spin-Offs des SDI-Programms für konventionelle Rüstung, konventionelle Waffen großer Zerstörungskraft sowie Raketen und Raketenabwehr. Maßnahmen für präventive, qualitative Rüstungskontrolle, insbesondere auf dem Gebiet der elektromagnetischen Geschosse und der Panzerabwehr/des Panzerabwehrwetterüstens, wurden erarbeitet und sol-

len weiterentwickelt werden. In Zukunft werden Fragen der Weiterverbreitung (Proliferation) mit einbezogen.

In Zusammenarbeit mit dem IFSH wird eine Datenbank über Raketentechnologien weiterentwickelt. Zu diesem Zweck hielt sich ein Mitarbeiter des Projektes cand. phys. Soenke Richardson ein Jahr an der Old Dominion University; Norfolk/Virginia auf.

Die Forschungsgruppen treffen sich monatlich einmal zur Diskussion der Forschungsergebnisse und für organisatorische Fragen in den Fachbereichen. Ca. ein- bis zweimal im Jahr werden die Ergebnisse im IFSH vorgestellt und diskutiert.

## 5.2. Reihenübersicht

### "Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik"

- |      |    |  |
|------|----|--|
| Heft | 67 | Margret Johannsen, Amerikanische Nuklearwaffen in Europa: Rückblick und Ausblick. Oktober 1992.*   |
| Heft | 68 | Peter D. Zimmerman, Using Synthesized Images to Establish Monitoring Capabilities. Oktober 1992.   |
| Heft | 69 | Marian Dobrosielski, Deutsche Minderheiten in Polen, Warszawa. November 1991-Januar 1992.*   |
| Heft | 70 | Sabine Jaberg, KSZE 2001, Profil einer Europäischen Sicherheitsordnung - Bilanz und Perspektiven ihrer institutionellen Entwicklung. Dezember 1992.*   |
| Heft | 71 | Jörg Barandat, Wasser - Ein Pulverfaß. Dezember 1992.*   |
| Heft | 72 | Dieter S. Lutz, Krieg als ultima ratio? Zum Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Territoriums der Bundesrepublik Deutschland. Januar 1993.*  |
| Heft | 73 | Jahresbericht 1992. Februar 1993.  |
| Heft | 74 | Otfried Ischebeck, Proliferation von Raketen und Kernwaffen und die deutsche Sicherheitspolitik. März 1993.*   |
| Heft | 75 | Vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts. Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) als Garant von Sicherheit und Frieden - Eine Studie des IFSH -. April 1993.*  |
| Heft | 75 | English Version: From the Law of the Strongest to the Strength of the Law. A European Security Community (ESC) to Safeguard Peace and Security - A Study by the Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (IFSH) - April 1993. |
| Heft | 76 | Maria Schoppa, Auf der Suche nach dem neuen Modus vivendi: die polnisch-ukrainischen Beziehungen im Wandel. April 1993.*   |
| Heft | 77 | Valentin Falin, Die Perestroika und der Zerfall der Sowjetunion. Ein Essay. April 1993.*   |
| Heft | 78 | Hans-Joachim Gießmann, "Globe Sicherheit" Chance oder Trugbild? Herausforderungen und Ansätze. August 1993.*   |
| Heft | 79 | Nicola Mögel, Die gescheiterte Hoffnung: "Rüstungskonversion" in Rußland, Dezember 1993.   |
| Heft | 80 | Wolfgang Zellner, Ungarns Sicherheitspolitik im Spannungsfeld zwischen Westorientierung und regionalen Risiken in Mittel- und Südosteuropa, Dezember 1993.   |
| Heft | 81 | Alexander Ryzhenkov, Politico-economic Premises for an evolutionary Stabilization and Integration of the Commonwealth of Independent States, Januar 1994.  |
| Heft | 82 | Hans-Georg Ehrhart/Hans-Joachim Gießmann/Dieter S. Lutz/Erwin Müller, Kollektive Sicherheit zwischen Realität und Modell, April 1994.  |
| Heft | 83 | Jahresbericht 1993. April 1994.  |
| Heft | 84 | Emeka Nwokedi, Violence and Democratisation in Africa, April 1994.   |
| Heft | 85 | Kurt Tudyka, Der weltweite Kampf um Arbeit, August 1994.   |
| Heft | 86 | Peter-Michael Zenk, Auf dem Weg zur Weltinnenpolitik? Zur Problematik militärischer Intervention bei innerstaatlichen Konflikten. August 1994.*  |
| Heft | 87 | Dieter S. Lutz/Adam Daniel Rotfeld, Security for Europe. Two Views. December 1994.   |
| Heft | 88 | Jahresbericht 1994. April 1995.  |
| Heft | 89 | Marion Hinte, Internationale Imperative und nationale Restriktionen in der Energiepolitik der VR China. Mai 1995.  |



- Heft 90 Thomas Kiefer, Modernisierung in der VR China: Neue Konfliktpotentiale und immanente sowie globale Regelungsmechanismen. Mai 1995.
- Heft 91 Hans-Georg Ehrhart, Die EU und die Sicherheit Europas (Teil I). August 1995.
- Heft 92 Hans-Friedrich Graf, Beobachtete und modellierte Klimaveränderungen - Projektionen in die Zukunft. Volker Linneweber, Nutzung globaler Ressourcen als Konfliktpotential. August 1995.
- Heft 93 Dmitry A. Trofimov, Islam in the Political Culture of the Former Soviet Union: Central Asia and Azerbaijan. Oktober 1995
- Heft 94 Jonathan P.G. Bach, The Partnership and the Pendulum: The Foreign Policy Debate in the United States and Implications for European Security. Oktober 1995.
- Heft 95 Jürgen Groß, Die eingebildete Ohnmacht, Internationale Staatengemeinschaft und lokale Kriege. November 1995.

**"Hamburger Informationen zur Friedensforschung  
und Sicherheitspolitik"**

- Heft 8 Dieter S. Lutz, Tiefflug - Daten, Fakten, Probleme, Alternativen. Juli 1989.
- Heft 9 Stellungnahme des IFSH zu den Verhandlungen "Zwei plus Vier": Ein geeintes Deutschland in einem neuen Europa - Vom Blocksystem zur Sicherheitsgemeinschaft. April 1990.
- Heft 10 Krieg oder Frieden am Golf? Stellungnahme des IFSH zur Golfkrise, November 1990.\*
- Heft 11 Deutsche an die Fronten? Lehren aus dem Golfkrieg. März 1991.
- Heft 12 Friedensforschung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Alte Probleme und neue Herausforderungen. Eine Studie aus dem IFSH. Januar 1992.
- Heft 13 Dieter S. Lutz, Endzeit: Alptraum oder Wirklichkeit? Plädoyer für eine deutsche Weltinnenpolitik. August 1993.
- Heft 14 Egon Bahr/Dieter S. Lutz, Nach der Einheit - Aussöhnung durch Amnestie?, Dezember 1993.
- Heft 15 Hans-Georg Ehrhart/Konrad Klingenburg, Was heißt Peacekeeping? August 1994.\*
- Heft 16 Sabine Jaberg, Nichtmilitärische Konfliktbearbeitung. Juli 1994.\*

**"Pädagogische Informationen zur Friedensforschung  
und Sicherheitspolitik"**

- Heft 2 Margret Johannsen, Baupläne für Europa. Institutionen europäischer Sicherheit in den 90er Jahren. September 1990.
- Heft 3 Günther Gugel, Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst 1991. November 1991.
- Heft 4 Margret Johannsen, Frieden für Palästina? August 1994.
- Heft 5 Margret Johannsen, "Nie wieder Krieg?" Wege zum Frieden. Mai 1995.
- Heft 6 Margret Johannsen, 50 Jahre nach Hiroshima: Mit der Bombe leben? August 1995.
- Heft 7 Margret Johannsen/Bettina Klee, Alle für einen oder jeder für sich? Soll und Haben der Vereinten Nationen. Dezember 1995.

\*) vergriffen

### **5.3. Kontakte des IFSH - eine Auswahl**

- Amerika-Haus, Hamburg
- American Institute for Contemporary German Studies, The Johns Hopkins University, Washington D.C.
- Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB)
- Arbeitsstelle Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik, Freie Universität Berlin
- Association for Political Sciences of Uzbekistan, Taskent
- Australian National University, Research School of Pacific Studies, Canberra, Australien
- Auswärtiges Amt, Bonn
- BDIMR der OSZE, Warschau
- Berghof-Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung, Berlin
- BESA Center for Strategic Studies, Ramat Gan, Israel
- Birkbeck-College, University of London
- Bonn International Center for Conversion (BICC), Bonn
- Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung, Bremen
- Brookings Institution, Washington D.C.
- Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Bonn
- Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln
- Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
- Canadian Institute of Strategic Studies, Ottawa
- Center for Defense Journalism, Boston University
- Center for International Affairs, Harvard University
- Center for International Relations, Queens University, Kingston, Kanada
- Center for Strategic and International Studies, Washington D.C.
- Center of International Studies, Moscow State Institute of International Relations, Ministry of Foreign Affairs, Moscow
- Center of Peace and Conflict Research at the University of Copenhagen
- Centre Interdisciplinaire des Recherches sur la Paix et d'Etudes de Sécurité (CIRPES), Paris
- Committee for External Relations of the Supreme Soviet of the Republic of Kazakhstan, Alma Ata

- Congressional Research Service, Washington, D.C.
- Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DLR), Köln/ Oberpfaffenhofen
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Bonn
- Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Bonn
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Bonn
- Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW), Hamburg
- Deutscher Bundestag, Büro für Technikfolgenabschätzung, Bonn
- Eötvös-Lorand-University, International Law Department, Budapest
- Europa-Institut, Akademie der Wissenschaften Rußlands, Moskau
- Europa Universität Viadrina, Frankfurt/Oder
- Europäisches Parlament, Straßburg / Brüssel
- Europarat, Forschungssekretariat, Straßburg
- Europarat, Direktion Menschenrechte, Straßburg
- European Institute for Security, Luxemburg
- Federation of American Scientists (FAS), Washington D.C.
- Fondation pour les Etudes de Défense Nationale, Paris
- Forschungsgruppe Europa, Institut für Politikwissenschaft, Johannes-Gutenberg Universität, Mainz
- Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg
- Forschungsstelle Umweltpolitik, Freie Universität Berlin
- Forum Informatik für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung, Hamburg
- Friedensforschung Linz, Österreich
- Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Bonn
- Fritz-Thyssen-Stiftung, Köln
- Führungsakademie der Bundeswehr (FüAk), Hamburg
- George Washington University, Washington D.C.
- Gorbatschow-Stiftung für sozialwissenschaftliche und politische Forschung, Moskau
- Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (HWWA), Hamburg
- Hans-Böckler-Stiftung (HBS), Düsseldorf
- Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt
- Humboldt-Universität zu Berlin
- IANUS, Institut für Kernphysik, TH Darmstadt
- Innovations- und Technologieberatungstelle, IG-Metall

- Institut Français des Relations Internationales (IFRI), Paris
- Institut für allgemeine Überseeforschung, Hamburg
- Institut für Europäische Politik, Bonn
- Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV), Ruhr-Universität Bochum
- Institut für Internationale Beziehungen, Warschau
- Institut für Internationale Politik und Regionalstudien, FU Berlin
- Institut für Internationale Studien, Bratislava
- Institut für Lehrerfortbildung, Hamburg
- Institut für Östliche Studien, Universität Warschau
- Institut für Politikwissenschaft, Universität Minsk
- Institut für Strategische und Verteidigungsstudien, Budapest
- Institut für Theologie und Frieden, Hamburg
- Institut für USA- und Kanada-Studien, Akademie der Wissenschaften Rußlands, Moskau
- Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der Ukraine, Kiew
- Institut für östliche Studien, Universität Warschau
- Institute for Defence Studies and Analyses, Neu Delhi, Indien
- Institute for East-West-Security Studies, New York
- Institute for Pedagogics, University of Bishkek, Kyrgyzstan
- Institute for Policy Studies (IPS), Washington D.C.
- Institute for World Policy, New York
- Institute of International Relations, Prag
- Inter Nationes, Hamburg
- International Institute for Strategic Studies (IISS), London
- Jaffee Center for Strategic Studies, Tel Aviv, Israel
- Kazakhstan Association for the Advancement of International Scholarly Projects and Exchanges (KAAISPE), Alma Ata
- King's College, Department of War Studies, London
- Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin
- Landesverteidigungsakademie, Wien,
- Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg
- Massachusetts Institute of Technology (MIT), Cambridge, USA
- MacArthur-Foundation, Chicago
- Militäarakademie der Tschechischen Republik, Brno
- Mohyla-Academy at the University of Kiev, Ukraine
- Naturwissenschaftler für den Frieden, Hamburg
- Österreichisches Institut für Friedensforschung, Stadtschlaining

- Österreichisches Institut für Internationale Politik, Wien
- Orient-Institut, Hamburg
- Ostkolleg, Köln
- OSZE, Wien
- Pacific Institute for Studies in Development, Environment and Security, Berkeley
- Panteion University of Social and Political Studies, Institute of Internatinal Relations, Athen
- Peace Research Institute Oslo (PRIO), Norwegen
- Purdue University, Indiana, USA
- Quaid-I-Azam Univerity, Islamabad, Pakistan
- Royal Institute of International Affairs, London
- Schweizerische Friedensstiftung, Bern
- Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (SOWI), Strausberg
- Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn
- Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Ebenhausen
- Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), Stockholm
- Südosteuropa-Institut, München
- Tampere Peace Research Institute (TAPRI), Finnland
- UNESCO-Institut für Pädagogik, Hamburg
- Ungarisches Institut für Internationale Angelegenheiten, Budapest
- Union of Concerned Scientists, Washington D.C.
- United Nations Institute for Disarmament and Development Research (UNIDIR), Genf
- Université de Montréal, Kanada
- Universität der Bundeswehr, Hamburg
- Universität der Bundeswehr, München
- University of St. Louis, Missouri, USA
- Verein für Friedenspädagogik, Tübingen
- Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW), Berlin
- Volkswagen Stiftung, Hannover
- Werner Heisenberg Institut für Physik, München
- WEU, Institute for Security Studies, Paris
- Wissenschaftszentrum Berlin
- World Climate Research Programme, Genf
- Zentrum Innere Führung der Bundeswehr, Koblenz

# Friedensforscher sehen europäische Sicherheit in Trümmern

Deutsche Experten legen Jahresgutachten vor / Bundesregierung wird für die wachsenden Rüstungsexporte gezeißelt

Von Matthias Arning

Für führende deutsche Friedensforscher steht „die Politik europäischer Sicherheit vor einem Trümmerhaufen“. Zugleich befürchten sie in ihrem „Friedensgutachten 1995“, daß der Westen in das alte Blockdenken zurückkehrt und sich selbst in die Gefahr bringt, „eine Jahrhundertchance“ im Hinblick auf künftige friedliche Kooperationen zu verspielen.

FRANKFURT A.M., 19. Juni. Das „Friedensgutachten“, das der *Frankfurter Rundschau* vorliegt und am Mittwoch veröffentlicht werden soll, skizziert eine globale Lage, die im wesentlichen durch zwei gegenläufige Entwicklungen gekennzeichnet ist. Während die Europäische Union (EU), „eine der wenigen Inseln des Friedens und des Wohlstandes“, auf dem Weg zu einem in Frieden verfaßten „Föderalismus freier Staaten“ sei, häuften sich in unmittelbarer Nachbarschaft zählige

Konflikte. Zu ihnen zählen die Friedensforscher die brutalen Auseinandersetzungen auf dem Balkan, wo „der Kriegswille der Konfliktparteien ungebrochen ist“, und das Vorgehen der Russen „mit brachialer Gewalt“ gegen die Zivilbevölkerung im Kaukasus. Weiter weisen die Konfliktexperten auf die Unfähigkeit der Türkei hin, mit den Kurden eine politische Lösung des Konflikts zu finden. Durch eine militärische Invasion versuche Ankara diese Misere zu kaschieren.

Das „Friedensgutachten 1995“ ist ein gemeinsames Werk der drei friedenswissenschaftlichen Institute in der Bundesrepublik. An der Studie, die als Buch aufgelegt wird, haben mitgewirkt: das Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, die Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung und die Heidelberger Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft.

In ihrer Expertise monieren die Konfliktforscher die veränderten Strategien

für eine Erweiterung der Nato. Der Stand der Debatte dokumentiere, „wie weit sich die Überlegungen zu einer neuen Sicherheitsstruktur Europas inzwischen von ihrem Ausgangspunkt entfernt haben“. Während noch vor fünf Jahren klar gewesen sei, daß Sicherheit künftig auch anders als durch Bündnisstärke und Waffenmacht garantiert werden könne, sei für die sich um Beitritt zur Allianz bemühen den Osteuropäer nichts anderes übrig geblieben als „Vormundschaftsofferten“: Versuche von seiten des Westens, „die asymmetrische Machtverteilung des geschichtlichen Augenblicks auf Dauer festzuschreiben“. Zu diesem sicherheitspolitischen Bereich gehört auch, daß der Westen seit dem Krieg in Tschetschenien im Hinblick auf die Berechenbarkeit Rußlands verunsichert sei. Doch nach Ansicht der Friedensforscher kann der Militäreinsatz „kaum als langfristig geplante, kühl kalkulierte Aktion“ gewertet werden. Zu vermuten sei vielmehr, daß es sich „um

den klassischen Fall unbeabsichtigter Eskalation handelte“.

Selbst wenn die EU sich hin zu einem „Föderalismus freier Staaten“ entwickle, sehen die Experten doch von ihnen für bedenklich gehaltene Tendenzen, beispielsweise in Griechenland und in Deutschland. Am südöstlichen Rand der EU münze das mit seinen Nachbarn Türkei, Albanien und Mazedonien verfeindete Griechenland „seine Mitgliedschaft erfolgreich in einen Positionsvorteil zur Wahrnehmung nationaler Partikularinteressen um“. Kritik richten die Konfliktforscher — ähnlich wie in der vergangenen Woche bereits das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri — wegen stark gewachsener deutscher Rüstungsexporte auch an die Bundesregierung. In dem „Friedensgutachten“ wird Bonn vorgeworfen, „mit der Lockerung nationaler Ausfuhrbeschränkungen den Kurs ihrer restriktiven Exportpolitik verlassen und ein schädliches Signal gesetzt“ zu haben.

Frankfurter Rundschau vom 20. Juni 1995

# Unzuständig, unzulänglich, überfordert

## Der Balkan-Konflikt / Friedensinstitute warnen vor Nato-Erweiterung

Lt. BERLIN, 21. Juni. Die drei deutschen Friedensforschungsinstitute haben vor nachlassender Aufmerksamkeit bei der Abrüstung gewarnt und die bisherigen Bemühungen um eine gesamteuropäische Sicherheitsordnung als „völligen Fehlschlag“ bewertet. Das Gutachten kritisiert die Bundesregierung, die ihre Exportbeschränkungen für Rüstungsgüter immer weiter lockere, so daß Deutschland zum zweitgrößten Waffenexporteur der Welt geworden sei.

Der stellvertretende Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Mutz, sagte bei der Vorstellung des Jahresgutachtens in Berlin, die Bundesregierung habe die Liste jener Länder halbiert, für die ein Waffenexport-Verbot bestehe. Die deutschen Exporterlöse aus Militärgüter hätten sich zwischen 1992 und 1994 verdoppelt. Mutz sagte, die Bundesrepublik verspiele ihren Ruf als ein zurückhaltendes Exportland bei Waffenlieferungen: überdies sabotiere sie die internationalen Bemühungen um wirksame Einschränkungen des Waffenhandels. Die drei Forschungsinstitute, zu denen auch die Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung sowie die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft zählen, äußern sich überdies besorgt, daß die Nuklearmächte der Welt derzeit keine Anstrengungen mehr zur weiteren Verringerung ihres Atomwaffenarsenals unternehmen. Auch nach der Erfüllung nuklearer Abrüstungsabkommen behielten die Vereinigten Staaten und Rußland im nächsten Jahrtausend jeweils 3500 strategische Atomwaffen-Trägersysteme. Zudem kritisieren die Institute die französische Ankündigung weiterer Atomtests als einen Affront gegen die gerade beschlossene Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages. Die

Bundesregierung müsse diese Absicht verurteilen, statt sie als innere Angelegenheit Frankreichs zu bewerten.

Zudem warnen die Friedensforschungsinstitute vor einer Dämonisierung Rußlands im Blick auf eine Ost-Erweiterung der Nato und auf die Weigerung westeuropäischer Staaten, Änderungen am Vertrag über konventionelle Abrüstung zuzulassen. Mutz prophezeite, der konventionelle Abrüstungsvertrag „treibe dem Zusammenbruch zu“. Im Abrüstungsvertrag seien unter den Bedingungen des Kalten Krieges nach einem Paritätsschlüssel die Abrüstungskontingente verteilt worden, diese Formel greife aber nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes nicht mehr. Mutz äußerte Verständnis für russische Wünsche, den Vertrag zu modifizieren, und warnte vor der Gefahr, daß westliche Staaten „die Russen absichtlich auflaufen lassen“. Eine Ost-Erweiterung der Nato werde Rußland nach Ansicht der drei Institute ebenfalls „stigmatisieren“ und zu einem Gegner erklären. Die Bundesrepublik, die ihre außenpolitischen Gewinne seit 1989 dem Wandel in Moskau verdanke, sollte sich nach der Empfehlung des Gutachtens vielmehr einem Sicherheitskonzept verschreiben, das eigene Sicherheit nicht zu Lasten fremder Sicherheit erwirke. Mutz sagte, er halte eine gestärkte OSZE für das geeignete Instrument dafür; heute aber sei jene Organisation „nicht einmal ein Papiertiger“.

Mutz vertrat die Ansicht, das Dilemma der europäischen Sicherheitspolitik werde derzeit vom Krieg auf dem Balkan illustriert. Fünf internationale Organisationen konkurrierten dort bei der Suche nach Frieden, manche handelten unzuständig, andere unzulänglich, und alle seien mit der Aufgabe überfordert.

# Wird Europa erneut in militärische Abschreckungsblöcke geteilt?

Symposium des Hamburger Friedensforschungsinstitutes diskutierte über die Sicherheit des Kontinents / Kann Rußland integriert werden?

Von unserem Korrespondenten  
Thomas Wolgast

Hamburg. Von eines „neuen Weltordnung“ war optimistisch die Rede, als die Sowjetunion auseinanderbrach und der „Eiserne Vorhang“ zerschmolz. Das in der „Charta von Paris“ 1990 verkündete neue „Zeitalter des Friedens“ ist erst recht ein schöner Traum, seit erstmals in der jetzt 20 Jahre alten Geschichte der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) Kriege und Bürgerkriege die Region erschüttern. Gestern wurde bei einem Symposium, veranstaltet vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg, eine Bilanz gezogen, mit namhaften Experten aus aller Welt. Und erstmals wurde ein Jahrbuch zur Geschichte und Zukunft der OSZE vorgestellt, das sich unter anderem mit der Frage befaßt: Wie sieht es um die Sicherheit unseres Kontinents?

Am 1. August 1975 hatten 33 europäische Staaten sowie die USA und Kanada in Helsinki die Schlüsselfakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa KSZE (seit 1994 in OSZE umbenannt) unterzeichnet und damit eine neue Epoche in der europäischen Nachkriegsgeschichte eingeleitet. In ihren Anfängen war die KSZE eher ein Spiegelbild der Konfrontation beider Supermächte in Europa, analysiert Prof. Kurt P. Tudyka aus den Niederlanden die ersten Jahre. Während sich das Hauptinteresse des Westens auf die Verwirklichung der Menschenrechte und auf größere Freizügigkeit richtete, verhielten sich die kommunistischen Staaten restriktiv, was die Auswanderung, den Reiseverkehr, die Familienzusammenführung, die Arbeitsbedingungen für Journalisten und den Verkauf westlicher Zeitungen anging.

Auch die gegenseitige Teilnahme an militärischen Manövern im Rahmen vertrauensbildender Maßnahmen fand nicht wie erwünscht statt. Dann aber habe die KSZE, wie ein Katalysator den Wandel vom schroffen Gegeneinander zur Überwindung der europäischen Teilung erleichtert“, so Tudyka. Michail Gorbatschow beförderte den „Wan-

del“ durch sein Programm des „neuen Denkens“ in der Sowjetunion. 1990 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten in der französischen Metropole und stellten in der „Charta von Paris“ enthusiastisch in der Präambel fest: „Nun ist die Zeit gekommen, in der sich die jahrzehntlang gehegten Hoffnungen und Erwartungen un-

serer Völker erfüllen: Unerschütterliches Bekenntnis zu einer auf Menschenrechten und Grundfreiheiten beruhenden Demokratie, Wohlstand durch wirtschaftliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit und gleiche Sicherheit für alle unsere Länder.“

Erstmals wurde die KSZE – bis dahin eher eine Ansammlung von Willenserklärungen –

mit einem Gerüst von Institutionen ausgestattet: Zum Beispiel einem „Rat der Außenminister“, einem Sekretariat, einem Konfliktverhütungszentrum und einem Büro für freie Wahlen. Freilich, die hehren Vorstellungen von der Entwicklung der europäischen Politik und von der Effektivität der OSZE haben sich nicht erfüllt. In gewisser Weise, so meint Prof. Tudyka in seinem Beitrag für das Jahrbuch, seien solche Organisationen (wie auch die UNO) „dazu da, die Erwartung der Öffentlichkeit zu erfüllen, daß die Regierungen die zahlreich vorhandenen Konflikte nicht ignorieren oder ihnen tatenlos zusehen“.

Dieter S. Lutz, Nachfolger von Egon Bahr als Leiter des Hamburger Friedensforschungsinstitutes, konstatiert, daß Europa wieder in Zonen ungleicher Sicherheit gespalten sei. Inzwischen gabe es, im Gegensatz zur früheren West-Ost-Spaltung, gleich vier Fraktionen in Europa: Die westlichen Staaten, ein Rußland, das militärisch stark, aber im Inneren instabil sei, die nach „Westen“ tendierenden Reformstaaten und die konfliktreiche Region der russisch dominierten GUS-Länder. Lutz stellt die Frage, ob sich am Horizont der Geschichte „nicht wieder ein in Abschreckungsblöcke zersplitteres Europa“ abzeichne, in dem die Militärpotentiale der Staaten eine größere Rolle spielen als ihre zivilen Möglichkeiten.

Auf dem KSZE-Gipfel im Oktober 1994 in Budapest zeichneten sich die neuen Kontroversen deutlich ab. Als noch wenige Tage vor dem Treffen die NATO-Ministerratstagung beschloß, über eine Erweiterung der NATO in Richtung Osten (Polen) nachzudenken, „war ein Temperatursturz vorprogrammiert“, schreibt der Osterreicher Prof. Heinrich Schneider in dem Jahrbuch. Keine Einigung gab es auch über Resolutionen zum Krieg im ehemaligen Jugoslawien, weil sich Rußland als Verfechter serbischer Interessen erwie. Beschlossen wurde hingegen, im Laufe der kommenden zwei Jahre eine „breit angelegte, und umfassende Diskussion“ durchzuführen, mit dem Ziel, „ein Konzept für die Sicherheit im 21. Jahrhundert auszuarbeiten“. Bei dem nächsten Gipfeltreffen

1996 soll dann über die Zukunft einer solchen Sicherheitsarchitektur diskutiert werden.

Auch wenn es kritische Stimmen gibt, so ist das Urteil der Friedensforscher, was den Erfolg von 20 Jahren KSZE/OSZE anbelangt, doch überwiegend positiv. Die Organisation habe „Rahmenbedingungen für die Überwindung des Status quo gesetzt“, meint Dieter S. Lutz, weil sich die inediten Freiheitsrevolutionen in Mittel- und Osteuropa auf ihre Vereinbarungen hätten berufen können. Der amerikanische Diplomat Jonathan Dean meint gar, die OSZE habe das Potential, „die wichtigste Sicherheitsorganisation in Europa zu werden“. Allerdings sei ihr Hauptproblem, daß ihre wichtigste Aufgabe – die Integration Rußlands in ein stabiles europäisches Sicherheitssystem – mit allen ihren Risiken und Schwierigkeiten – „eine zu große Aufgabe ist, als daß sie allein von der OSZE gelöst werden kann: Sie erfordert die Hilfe größerer Institutionen wie der Europäischen Union und der NATO sowie die Unterstützung durch bilaterale Beziehungen“.

Das Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik hat den Vorschlag erarbeitet, die OSZE im Laufe der Jahre in einer „Europäische Sicherheitsgemeinschaft“ (ESG) zu überführen. Das ordnungspolitische Leitprinzip einer ESG soll lauten: Der Gebrauch von Gewalt in den Beziehungen zwischen Staaten darf nicht zurückfallen in das Erbe des 19. Jahrhunderts von Regierungen, sondern muß „ultima ratio“ politischen Handelns überstaatlich verbindlichen Normen unterworfen werden. Die ESG soll eine Rechtsordnung schaffen, „in der Streitkräfte gebündelte Sanktionsinstrumente gegen den Rechtsbruch werfen“. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre, so Institutsleiter Lutz, „den Beschlüssen und Entscheidungen der OSZE endlich völkerrechtliche Bindung zu weisen“.

Das erste Jahrbuch zur Geschichte und Zukunft der OSZE ist erschienen bei der Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden, 582 Seiten, DM 48. Titel: OSZE-Jahrbuch 1995.



Bremer Nachrichten vom 9. September 1995



## Kooperation als Antrieb der Sicherheitspolitik

Ein Symposium des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik hat neue Formen der Zusammenarbeit diskutiert, wie sie heute von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) erprobt werden. Amerikanischen und deutschen Vorstellungen, dass Mehrheitsentscheide in Sicherheitsbelangen anzustreben wären, stand die russische Meinung gegenüber, das alte Konsensprinzip leiste wirksamere Dienste.

*Doe. Hamburg, im September*

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg hat an einer Tagung kürzlich das erste Jahrbuch der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) vorgestellt. Der Institutsdirektor Dieter Lutz erwartet von der Wissenschaft, dass sie mit unabhängig-kritischen Publikationen die Organisation «antreibt» und gesellschaftlich besser verankert, als dies bisher der Fall war. Ihre Arbeit müsse der Öffentlichkeit im offenen Diskurs bekannt werden. Darauf setzt auch der OSZE-Generalsekretär Wilhelm Höynck, der überdies vom Jahrbuch eine Anregung des eigenen Denkens erwartet. Der im Nomos-Verlag erschienene Band 1 entspricht diesen Vorgaben und Wünschen über weite Strecken; er könnte tatsächlich zum Marketing der Organisation beitragen – wenn er nur einen Titel trüge! Aber nein, das neue Logo und die Amtsblattbezeichnung «OSZE-Jahrbuch 1995» sollen die Leser von «corporate identity» und selbstverständlicher Wichtigkeit überzeugen. Aus Neugier, die mit einem ansprechenden Titel geweckt werden könnte, soll das Buch offenbar niemand kaufen.

### Neuer oder bestehender Rahmen?

Einige der Jahrbuch-Autoren sind vom Hamburger Institut zu einem Symposium eingeladen worden, um des zwanzigsten Jahrestages der Schlussakte von Helsinki zu gedenken und um den Wandel der KSZE zur heutigen OSZE und ihre Zukunft zu diskutieren. Der langjährige amerikanische Europadiplomate Jonathan Dean hat im Jahrbuch einen erhellenden Beitrag über die Ambivalenz Washingtons gegenüber der OSZE «zwischen Förderung und wohlwollender Vernachlässigung» verfasst; er macht die Vorsicht der USA deutlich, die die WEU als Konkurrenz zur Nato und die OSZE nur als zweitwichtigstes Instrument zur Pflege ihrer Interessen in Europa sehen; das erklärt den Widerstand Washingtons gegen stärkere Institutionalisierung und gegen supranationale Ansätze, die einige Europäer der OSZE-Arbeit zugrunde legen möchten.

Deans Referat in Hamburg über Europas Sicherheitsarchitektur im 21. Jahrhundert ging von der ohne Zweifel richtigen Annahme aus, dass noch lange Jahre der Frustrationen zu erdulden sein werden, bis ein «Sicherheitsvertrag» wirksam werden könne. Voraussetzung dafür sei, dass die heute 53 Mitgliedstaaten alle zu funktionierenden Demokratien und Nato-Mitgliedern würden, denn Deans Modell sieht eine umgestaltete Nato als militärischen Arm der OSZE vor. Dieser Zeitpunkt liege in weiter Ferne, weil Regierungspolitik nicht auf langfristiges strategisches Handeln, sondern auf kurzfristige Interessen ausgerichtet sei, betonte Dean.

Mit Distanz zur gängigen Selbstdarstellung der russischen Aussenpolitik trug der Stellvertretende

Direktor des Moskauer Instituts für Internationale Beziehungen, Andrei Zagorski, seine Sicht der OSZE vor. Er bedauerte, dass die Wertegemeinschaft der KSZE, die auch von der Sowjetunion in den letzten Jahren vor deren Auflösung 1991 voll mitgetragen wurde, durch die rasche Aufnahme aller GUS-Mitglieder verspielt worden sei. Zagorski zielte auf die Zentralasien und prangerte vor allem Usbekistan an, das sich innerhalb der GUS sogar der Annahme eines Menschenrechtskatalogs widersetze.

Dem in Hamburg vorgetragenen deutschen Wunsch einer stärkeren Verrechtlichung und Institutionalisierung der OSZE hielt der junge Moskauer Wissenschaftler entgegen, dass tragfähige Entscheide nicht durch Strukturen, sondern durch die politische Bereitschaft der Mitglieder zustande kämen. Das bisherige Konsensverfahren sei effizient genug. Zagorski hält nichts von der immer wieder zu hörenden Idee, die OSZE zu einem europäischen Sicherheitsrat auszugestalten, der auf Grund von Mehrheitsentscheiden Friedenstruppen entsenden könnte.

Zagorski schätzt das Vorgehen der OSZE im Tschetschenienkrieg, das nicht in Konfrontation mündete, sondern im Konsens mit Moskau geschah, als gutes Zeichen ein. Die heutigen Regeln hätten ja durchaus die Anwendung des Mechanismus wegen Verletzung der Menschenrechte – ohne Zustimmung Moskaus – erlaubt. Nur das kooperative Vorgehen habe den bisherigen Erfolg der Tschetschenien-Mission ermöglicht. Bei dieser Bewertung übergeht Zagorski die nicht zu unterschätzenden Auswirkungen der Geiselnahme von Budjonnowsk und die Übernahme des Tschetschenien-Dossiers durch Tschernomyrdin.

### Präventiv tätige Feldmissionen

Das Hamburger Symposium schloss mit praxisnahen Ausblicken in die präventive Diplomatie. Die Konfliktvorbeugung wurde richtig nicht als festes Instrument, sondern in ihrem Spannungsfeld zwischen vorhandener Frühwarnung und fehlendem Willen zu raschem Handeln dargestellt. Zur Prävention gehört auch die Konsolidierung eines Konflikts, wie sie in den meisten OSZE-Feldmissionen die Arbeit vor der Konfliktlösung dominiert. Der bisherige Leiter der Mission in Georgien und künftige Chef der deutschen OSZE-Delegation in Wien, Hansjörg Eiff, machte deutlich, dass verstärktes Gewicht auf wirtschaftliche Anreize und auf die Menschenrechtsbetreuung zu legen sei. Eiff unterstrich die bisher feststellbare Wirksamkeit des OSZE-Hochkommissars für Minderheiten im Baltikum, in der Slowakei und in Rumänien. Diese dringe wegen der Diskretion des Amtsinhabers van der Stoep nur in geringem Ausmass an die Öffentlichkeit. Eiff und andere haben für das Jahrbuch Darstellung und Analysen der Missionsarbeit verfasst.

# Die Vision eines Europas mit eigener Eingreiftruppe

Der Hamburger Friedensforscher Dieter Lutz schlägt eine neue Sicherheits-Gemeinschaft von Staaten vor.

Von ULRIKE BRENDLIN

Die Zeit ist reif für eine große politische Alternative mit einer visionären Qualität, vergleichbar jener der sozialdemokratischen Ost- und Entspannungspolitik", behauptet Dieter Lutz.

Der Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg ist Nachfolger von Egon Bahr, dem einstigen Berater von Willy Brandt. Zum Parteitag der SPD in Mannheim hat der 46jährige Politik- und Rechtswissenschaftler ein Konzept zur „Konfliktverhütungspolitik“ vorgelegt.

Der Friedensforscher will aus der bestehenden Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die vor 20 Jahren in Helsinki unter dem Namen „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ aus der Taufe gehoben wurde, eine Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) entwickeln. Ihm schwebt keine Idealwelt ohne Krieg vor, allerdings eine mit so wenig Krieg wie nur möglich. „Ein Bosnien mit vielen Millionen Ermordeten, Vertriebenen, Vergewaltigten und Vertriebenen“, davon ist Lutz überzeugt, „darf es in Europa nicht wieder geben.“

Diese Ereignisse vor Augen will Lutz vor allem die Sozialdemokraten von seinen Thesen überzeugen. Denn schon immer war es die Sozialdemokratie, die es verstand, Visionen über den Tag hinaus zu entwickeln und zugleich mit dem politischen Tagesgeschäft zu verbinden.

Lutz konstatiert: „Ohne Entspannungspolitik kein Ende des Ost-West-Konfliktes. Ohne Wandel durch Annäherung keine deutsche Einheit. Ohne gemeinsame Sicherheit kein Gorbatschow. Ohne strukturelle Angriffsfähigkeit kein Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa.“

In der Logik dieser Entwicklung liegt für den Friedensforscher, daß die Sozialdemokraten die Vision eines „Europäischen Systems Kollektiver Sicherheit“ haben müßten. Schließlich sei deren Realisierung bereits in den fünfziger Jahren von der SPD gefordert worden. Und im Godesberger Programm der SPD von 1959 heiße es: „Alle Völker müssen sich einer internationalen Rechtsordnung unterwerfen, die über eine ausreichende Exekutive verfügt. Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein.“

Diese zu Zeiten des kalten Krieges fast utopisch klingenden Vorstellungen müßten jetzt Realität werden, fordert Lutz.

Es müsse eine Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG) als ein regionales System kollektiver Sicherheit entstehen. Denn derzeit würden sich die Bündnisse NATO, WEU (West-Europäische-Union) und OSZE häufig gegenseitig behindern. Selbst die UNO habe sich so manches Mal als Hindernis erwiesen.

Gleichwohl soll die ESG nach Lutz' Wunsch ähnlich funktionieren wie die UNO: nach dem Prinzip des konsequenten Ein-



Dieter Lutz ist Chef des Hamburger Instituts für Friedensforschung. Foto: DPA

stehens der Gemeinschaft für die Sicherheit jedes einzelnen ihrer Mitglieder. Primär soll die ESG Gewaltverhüten. Zunächst müsse sie versuchen, Streitigkeiten friedlich beizulegen.

„Dazu dient der ESG ein breiter Fächer ziviler Einwirkungsmittel – von der obligatorischen (Schieds-)Gerichtbarkeit über klassische und unkonventio-

Regel“. Er empfiehlt: Befolge ein aggressives ESG-Mitglied den Spruch des Schiedsgerichts aber nicht, widersetze sich also dem „Ordnungsgerecht“, dann müsse auch die ESG Waffen zur Beendigung ausgebrochener Gewalt einsetzen.

„Die ESG muß ihre systemeigenen Verbände als eine Art Puffer zwischen Aggressor und An-

**Günter Verheeren, Fraktions-Vize und außenpolitischer Sprecher der SPD:** „Eine Europäische Sicherheitsgemeinschaft ist für mich die zwingende Konsequenz aus der Tatsache, daß Europa Institutionen dieser Aufgaben nicht hat. Der Bosnien-Konflikt hat es bewiesen. Die NATO dient der gemeinsamen Verteidigung ihrer Mitglieder; ihr Eingreifen im ehemaligen Jugoslawien ist eine Ausnahme. Aus der OSZE könnte ein System gemeinsamer Sicherheit für ganz Europa entstehen, das von den anderen Institutionen sinnvoll ergänzt wird.“

**Peter Zunkley, Bundestagsabgeordneter aus Hamburg und SPD-Verteidigungsexperte:** „Ich bin dafür, über dieses neue Konzept in der sicherheitspolitischen Kommission der SPD weiter nachzudenken. Dabei wird man an der Folgerung von Lutz nicht vorbeikommen, daß am Ende einer langen Kette vorbeugender, friedlicher Streitbelegungsmaßnahmen Gewaltanwendung als Ultima ratio zur Durchsetzung einer Rechtsordnung möglich ist und vorbereitet sein muß. In jedem Falle eignet sich das Modell auch zur Umsetzung einer Stärkung der OSZE.“

nelle politische Einflüsse bis zur Verhängung wirtschaftlicher Sanktionen.“

Würden die Regelungen der friedlichen Streitbelegung greifen, sei die Frage von Pazifismus oder Bellizismus gegenstandslos. Der Hamburger Friedensforscher pocht darauf: „Das Gewaltverbot ist Norm und Praxis zugleich.“ Lutz ist dabei klar, daß es Verletzungen des Verbots gibt, „aber sie bestätigen nur die

gegriffenem einsetzen.“ Daß ein Friedensforscher als Ultima ratio Waffengewalt beürwortet und der ESG den Zugriff auf Streitkräfte zuspricht, zeigt ein desillusioniertes Weltbild.

Lutz will allerdings verankert wissen, daß der Startschuß für einen militärischen Einsatz ausschließlich in der Verantwortlichkeit der Gemeinschaft und im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen liegt. Dabei

soll die ESG „in allen Fällen aktiv werden, in denen eine Friedensgefährdung, eine Friedensbedrohung, ein Friedenbruch oder eine Aggression vorliegt“.

● Im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Gemeinschaft sind die Mitglieder und deren Mitglieder zum automatischen Beistand verpflichtet, egal ob der Aggressor Mitglied der ESG ist oder nicht.

● Im Falle innergesellschaftlicher gewaltsamer Konflikte in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft ist die ESG dann zuständig, wenn sich diese Konflikte zu internationalen Streitigkeiten entwickeln oder zu entwickeln drohen, und

● im Falle der Nichteinhaltung von Minderheiten- und Menschenrechten.

Um die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft sicherzustellen, soll es einen Generalsekretär wie bei der UNO geben. Zum Unterschied zur UNO soll der ESG-Generalsekretär aber mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet sein. Die Kompetenzverteilung zwischen den entscheidungsbefugten Organen – Europäischer Sicherheitsrat, Ständige Kommission, Generalsekretär und ESG-Gerichtshof – soll zwar in einem hohen Maß demokratisiert sein, aber nicht zu gegenseitiger Lähmung führen.

Ein einzelstaatliches Vetorecht wie im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen lehnt Dieter Lutz ausdrücklich ab.

Erstaunliches Novum ist der Rat des Friedensforschers: „Die ESG muß einen Zugriff auf Streitkräfte haben.“ Dabei billigt er den einzelnen Staaten weiterhin nationale Streitkräfte zu. Der ESG aber sollten ständig eigene hochmobile und kampfkraftige Krisenreaktionskräfte für ihre Einsätze zur Verfügung stehen.

„Es könnte sich einerseits um (gemischte) Kontingente ziviler und militärischer Friedenserhaltungskräfte für sogenannte Blauhelmissionen handeln und andererseits um den Kampfverband in der Größenordnung einer Division.“

Gäbe es eine solche Europäische Sicherheitsgemeinschaft, aufgebaut auf dem Leitgedanken „vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts“ verbunden mit der Möglichkeit des Einsatzes militärischer Mittel, würden Aggressoren „a priori abgehalten“, behauptet Lutz.

Er kritisiert, daß weder bei der gegenwärtigen CDU/CSU-FDP-Regierung noch bei der SPD-Opposition eine über den Tag hinausreichende „grand strategy“ erkennbar sei. Der Regierung schreibt er ins Stammbuch: Trotz der Nöte des tagpolitischen Geschäftes müsse auch sie sich Gedanken zur Sicherheitspolitik machen, damit das Kind nicht in den Brunnen falle. „Auch und gerade für Deutschland. Wegen seiner Geschichte und seiner moralischen Schuld. Wegen seiner geographischen Lage mitten in Europa. Wegen seiner wirtschaftlichen Größe und seiner politischen Macht.“

Sei das Kind erst einmal in den Brunnen gefallen, hätten Politik und Politiker versagt. „Die Realität auf dem Balkan ist der Beleg.“

Den Sozialdemokraten hat Lutz sein Konzept Anfang Oktober zugesprochen. Der Bundesvorsitzende der SPD, Rudolf Scharping, hat nicht darauf reagiert. „Eigentlich habe ich von diesem Politiker auch nichts anderes erwartet“, sagt Lutz.

Wunsch des Friedensforschers war gewesen, daß „entsprechende konzeptionelle und operative Beschlüsse“ beim Mannheimer Parteitag gefaßt werden.

Hamburger Abendblatt vom 13. November 1995

フランスが核実験を強行するだ  
けでなく、フランスの核で欧州の  
安全を守るべく、核の傘、提供を  
申し出たこと、隣国ドイツが戸  
惑っている。欧州連合（EU）の  
軸となる独仏関係への配慮からコ  
ーデル・シュンツェルはフランスへの批判を  
避けているが、北大西洋条約機構  
（NATO）による集団安全保障  
を重視する閣僚からは疑問の声  
も上がっている。フランスの思惑  
やシレンマに悩むドイツの立場に  
ついて、欧州安保に詳しいドイツ  
・ハンブルク大学付属平和安全保  
障政策研究所の女性研究員マーグ  
レット・ヨハンセンさんに聞い  
た。

（ハンブルクで、熊倉逸男、写  
真も）

◇ ◇

——フランスの核実験をどう思  
うか。

「ニューヨークで決めた核拡散  
防止条約（NPT）延長に逆行し

独ハンブルク大  
平和安全保障研究所  
マーグレット・ヨハンセンさん



仏の核の傘は二免だ

条約を骨抜きにする行為だ。フ  
ランスはモスクワまで飛ばせるミサ  
イルだけでなく小型ミサイルのテ  
ストも狙っている。この背景には  
欧州を脅かす中東、アルジェリア  
などの原理主義者対策を念頭に置  
いた冷戦後の核戦略見直しの議論  
がある。シラク仏大統領は選挙で  
核実験再開を表明し公約を守っ  
た。しかし問題はフランスでは「  
核の傘、提案をどう受け  
止めるか。  
「背景には、米軍が欧州からい

なくなら、米国の保護を失っ  
たドイツが自前の核兵器を進めるか  
もしれないというフランスの懸念

マーグレット・ヨハンセンさん  
ギムナジウム（高等中学）教師  
を経て、一九八七年からハンブル  
ク大学付属平和安全保障政策研究  
所勤務。九四年博士号取得。中東  
政策にも詳しい。同研究所は七一  
年ハンブルク市によって設立さ  
れ、ブランド元首相のブレインス  
ト所長を務めた。四十九歳。

欧州安全保障を毒すだけ

がある。しかしフランスがNATO  
の同意を受け西欧盟盟（WEU）  
U、欧州連合（EU）の防衛部門）  
に核を提供した場合でも、核の扱  
いの権限はあくまでフランスにあ  
るため、WEUの共同外交・安全  
保障政策をつくることはできな  
い。また将来のEUの東ヨーロッパ  
パへの拡大を考えると、核配備場  
所としてポーランド国境付近が検  
討される可能性も高く、西欧と東  
欧の新たな対立も生みかねない」

核抑止力は今後も必要か。

「旧ユーゴ紛争でも明らかによ  
うに、今の時代の国際紛争で核兵  
器は何の役割も果たしていない。  
私には核兵器で先制攻撃を仕掛け  
るような戦争のシナリオは考えら  
れない。つまり核兵器は実際には  
使えない政治的な武器で国際関係  
にとっては毒になる。フランスの  
きたまう」

「欧州での独仏関係の重要性に  
加え、ドイツが米国の核実験の成  
果を享受していることを考える  
と、フランスの核実験を批判でき  
ないのは理解できる。また、核の  
傘、提供は予想外でどう答えてい  
いか分からないのだと思う。八〇  
年代に反核運動が起きたのを見て  
も明らかのように、ドイツ人には  
核アレルギーが強い。ドイツがフ  
ランスとの関係に配慮しつつ核反  
対を進めるためには、まず反核の  
立場をより鮮明にし、包括的核実  
験禁止条約（CTBT）や兵器備用  
核物質生産禁止条約の締結実現  
に、世界の先頭に立って努力すべ

## Russischer Wissenschaftler zur Lage nach den Wahlen:

# Schwache Gegner Chance für Jelzin

**Hamburg.** Die Parlamentswahlen in Rußland haben die innenpolitischen Gewichte verschoben: Mit dem Wahlsieg der Kommunisten und dem – trotz aller Verluste – unerwartet starken Abschneiden des Ultra-Nationalisten Schirinowski verfügen die Jelzin-Gegner über die Mehrheit im Parlament. Paradox: Dennoch scheinen nach Ansicht von Beobachtern die Chancen Boris Jelzins für die Präsidentschaftswahlen im Juni zu steigen.

Den Hauptgrund dafür sieht der Vizedirektor des Moskauer Instituts für Internationale Beziehungen, Andrej Zagorski, in einem entscheidenden Manko der Reform-Gegner: Weder bei den Kommunisten, noch im nationalen Lager ist ein Kandidat in Sicht, der Jelzin wirklich gefährlich werden könnte, so der Poli-

tikwissenschaftler, der gestern beim Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik das russische Wahlergebnis analysierte. Das gute Abschneiden der Kommunisten dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, daß KP-Chef Gennadi Sjuganow in der Öffentlichkeit nicht ankommt.

Für die Kommunisten gilt: Die Partei wurde gewählt, nicht ihr führender Politiker. Bei den Präsidentschaftswahlen kann sich der Mangel an Charisma als tödliches Handikap auswirken. Sjuganow, ein hölzerner und ungelinker Parteisoldat, der Auftritte in den Medien meidet, werden kaum Chancen gegen den amtierenden Präsidenten eingeräumt.

Der frühere Fallschirmspringer-General Alexandr Lebed dagegen, vor dem Duma-Wahlen als

härtester Rivale für Boris Jelzin gehandelt, ist nach seinem Absturz am vergangenen Wochenende als ersthafter Kandidat der Rechten aus dem Rennen. Spekulationen, wonach der populäre und gradlinige Ex-Militär immer noch mit den Kommunisten gemeinsame Sache machen könnte, seien, so Zargowski, wenig stichhaltig: „Lebed wäre als Kandidat für die Kommunisten zu schwer kontrollierbar.“

Auch der Exponent der extremen Rechten, Wladimir Schirinowski, scheidet als ernstzunehmender Präsidentschaftsbewerber aus, da die Wählerbasis des Demagogen zu schmal ist. Bei aller Unzufriedenheit im Land kann Jelzin also vermutlich von den personellen Schwächen seiner Gegner profitieren. Es mangelt schlichtweg an Alternativen.

Dennoch wird die innenpolitische Lage des Präsidenten in den kommenden Monaten schwierig. Sjuganows Fraktion wird sich nach der endgültigen Auszählung auf eine massive relative Mehrheit in der Duma stützen können. Addiert man die Direktmandate der KP-nahen Agrar-Partei und die Sitze des nationalistischen Lagers hinzu, liegen die Jelzin-Gegner nahe bei der Zweidrittel-Mehrheit – eine kritische Marke. Denn mit einem Zweidrittel-Votum kann das ansonsten relativ machtlose Parlament auch ein Veto des Präsidenten niederstimmen. Jelzin und seine Regierung wären blockiert. Entscheidend könnte sein, wie sich die 70 Unabhängigen Kandidaten verhalten, die per Direktmandat ins Parlament einzogen.

FRANK LINDSCHEID